



Vereinte Nationen

Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen

Generalversammlung

Offizielles Protokoll
Siebenundfünfzigste Tagung
Beilage 1 (A/57/1)

Generalversammlung
Offizielles Protokoll
Siebenundfünfzigste Tagung
Beilage 1 (A/57/1)

Bericht des Generalsekretärs
über die Tätigkeit der
Vereinten Nationen



Vereinte Nationen • New York 2002

ISSN 0252-0044

Inhalt

<i>Kapitel</i>	<i>Ziffer</i>	<i>Seite</i>
Einleitung	1 - 9	1
I. Herbeiführung von Frieden und Sicherheit	10 - 71	3
Konfliktverhütung und Friedensschaffung	12 - 33	3
Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung	34 - 54	7
Die Vereinten Nationen und die Regionalorganisationen	55 - 58	10
Wahlhilfe	59 - 61	11
Terrorismus	62	11
Abrüstung	63 - 68	12
Sanktionen	69 - 71	12
II. Erfüllung der humanitären Verpflichtungen	72 - 113	15
Herausforderungen auf dem Gebiet des Schutzes und der Hilfe für Flücht- linge und Binnenvertriebene.....	74 - 84	15
Erbringung humanitärer Hilfe und das Problem von Notsituationen, für die nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen	85 - 102	17
Naturkatastrophen-Management: Antwortmaßnahmen auf Notfälle und Ka- pazitätsaufbau	103 - 106	19
Koordinierung der Hilfe und Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Kon- flikten	107 - 113	20
III. Entwicklungszusammenarbeit	114 - 146	23
Bekämpfung der extremen Armut	114 - 124	23
Nachhaltige Entwicklung.....	125 - 127	25
Afrika.....	128 - 131	25
Deckung der Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder	132 - 135	26
Bekämpfung von HIV/Aids.....	136 - 139	27
Soziale Entwicklung.....	140 - 146	27
IV. Internationale Rechtsordnung und Menschenrechte	147 - 184	31
Entwicklungen auf dem Gebiet der Menschenrechte	147 - 156	31
Der Internationale Strafgerichtshof	157 - 163	32
Die Internationalen Strafgerichtshöfe	164 - 175	33
Stärkung der Herrschaft des Rechts.....	176 - 179	35
Rechtsangelegenheiten	180 - 184	35
V. Stärkung des Managements	185 - 202	37
Verwaltung und Management.....	185 - 192	37
Rechenschaftspflicht und Aufsicht	193 - 200	38
Stärkung der Vereinten Nationen	201 - 202	39
VI. Partnerschaften	203 - 229	41
Kommunikation	203 - 212	41
Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften.....	213 - 217	42
Projektdienste	218 - 223	43
Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft	224 - 229	43

Fazit	230	45
--------------------	------------	-----------

Einleitung

1. Im vergangenen Jahr wurden Sicherheit und Stabilität vor außerordentliche Herausforderungen gestellt. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten von Amerika veranschaulichten auf drastische Weise, welche weltweite Bedrohung vom Terrorismus ausgeht, und machten deutlich, dass es zu seiner Bekämpfung einer umfassenden Strategie bedarf. Die Vereinten Nationen spielen schon seit langem eine tragende Rolle dabei, die internationale Gemeinschaft für Maßnahmen im weltweiten Kampf gegen den Terrorismus zu mobilisieren. Wir wissen aus schmerzlicher Erfahrung, dass der Terrorismus kein neues Phänomen ist; er hat tiefe politische, wirtschaftliche, soziale und psychologische Wurzeln. Ich bin der festen Überzeugung, dass die vom Terrorismus ausgehende Bedrohung beseitigt, seitens der Staaten aber gleichzeitig sichergestellt werden muss, dass ihre Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen nicht die Menschenrechte verletzen.

2. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 richtete die internationale Gemeinschaft ihr Hauptaugenmerk auf die Herausforderung des Wiederaufbaus schwacher oder gescheiterter Staaten wie beispielsweise Afghanistans, die dem Terrorismus einen Nährboden bieten. Zur selben Zeit kam es im vergangenen Jahr zu einer scharfen Eskalation der Gewalt und der Spannungen im Nahen Osten, in Südasien und in Zentralafrika.

3. Parallel dazu vollzogen sich auf der internationalen Bühne auch positive Entwicklungen. Osttimor erreichte seine Unabhängigkeit, und in Sierra Leone fanden friedliche Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Auf der Konferenz von Doha über Handel, der Konferenz von Monterrey über Entwicklungsfinanzierung und der Konferenz von Johannesburg über nachhaltige Entwicklung wurden die Schritte vorgezeichnet, die zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele beitragen können. Das Inkrafttreten des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs ließ Ordnung und Gerechtigkeit in der Welt ein großes Stück näher rücken. Auch wurde in zunehmendem Maße anerkannt, dass die Einhaltung internationaler Verträge und des Völkerrechts für die menschliche Sicherheit, die Stabilität und den Fortschritt unabdingbar ist.

4. Es ist eine der Grundwahrheiten unserer Zeit, dass kein einzelnes Land in der Lage ist, den politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und technologischen Herausforderungen einer eng verbundenen Welt zu

begegnen. Probleme wie Terrorismus, massive Flüchtlingsbewegungen, HIV/Aids, Überbevölkerung, Umweltzerstörung und Umweltverschmutzung gehen über die Landesgrenzen hinaus und erfordern internationale Lösungen – und die Zahl der globalen Probleme, die globale Lösungen erfordern, steigt ständig an. Alle Nationen können von dem konstruktiven Wandel, den der Multilateralismus erst möglich macht, und von den Chancen und Lösungsmöglichkeiten, die er eröffnet, nur profitieren. Außerdem sind in vielen Fällen, in denen ein einseitiges Handeln unmöglich oder nicht erstrebenswert wäre, multilaterale Aktionen ein gangbarer Weg.

5. In ihrer Eigenschaft als Weltorganisation haben die Vereinten Nationen zur Entwicklung der Grundsätze und der Praxis des Multilateralismus beigetragen. Die Vereinten Nationen sind ein einzigartiges Werkzeug, dessen sich die Welt bedienen kann, um kritische globale Probleme anzugehen, die die kollektiven Ressourcen und die Zusammenarbeit aller Länder erfordern. Sie bieten die gemeinsamen Strukturen und Institutionen, mit denen wir die grundlegenden Interessen der gesamten Menschheit fördern können.

6. Die Fragen, auf die die Vereinten Nationen ihr Hauptaugenmerk richten, sind für alle Länder von Belang und wirken sich in vielerlei Hinsicht auf das Leben aller Menschen überall auf der Welt aus. Wie aus diesem Bericht deutlich wird, ist das Aufgabenspektrum der Vereinten Nationen äußerst vielfältig: die Herbeiführung von Frieden und Sicherheit, die Bekämpfung der Armut, die Erfüllung humanitärer Verpflichtungen, die Förderung der Entwicklung, die Ausweitung des Völkerrechts und der Menschenrechte sowie der Aufbau von Partnerschaften mit breiten Teilen der Zivilgesellschaft. Diese Themenbereiche spiegeln den Wandel und die zunehmende Komplexität der internationalen Angelegenheiten wider, und der Umfang der Zusammenarbeit, von der in diesem Bericht die Rede ist, zeugt von einer grundlegenden Entschlossenheit, die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern. Unsere Anstrengungen tragen teils unmittelbare und direkte Früchte, teils vergeht aber auch viel Zeit, bis sich Erfolge einstellen.

7. Die Verleihung des einhundertsten Friedensnobelpreises an die Vereinten Nationen war eine würdige Anerkennung ihrer Rolle als Werkzeug zur Schaffung und Wahrung des Friedens und zur Förderung der Menschenrechte. Mit den Worten des Nobelkomitees führt "der einzig gangbare Weg zum Weltfrieden und zu globaler Zusammenarbeit [...] über die Vereinten Nationen".

8. Die Vereinten Nationen sind eine Institution mit Unvollkommenheiten und Grenzen, doch liegt es im ureigensten Interesse jedes einzelnen Mitgliedstaats, dafür zu sorgen, dass die Organisation weiter die Erfüllung ihrer Ziele anstreben kann. Unsere Optionen sind klar. Wir können uns entweder verstärkt darum bemühen, internationale Ordnung und Gerechtigkeit durch Verhandlungen und Konsens herbeizuführen, oder wir können in ein früheres Zeitalter zurückfallen, in dem Interessenkonflikte zwischen Staaten auf andere Weise gelöst wurden.

9. Die Mitgliederzahl der Vereinten Nationen steigt auch 57 Jahre nach ihrer Gründung weiter an, und eine Mit-

gliedschaft in dieser Organisation ist nach wie vor ein machtvolles Symbol dafür, dass ein Land seinen Platz in der Staatengemeinschaft eingenommen hat. Ich bin hocherfreut, Osttimor und die Schweiz als neue Mitglieder begrüßen zu können, wodurch die Mitgliederzahl der Vereinten Nationen auf 191 wächst. Ich hoffe, dass alle Mitgliedstaaten, kleine wie große und alte wie neue, die Vereinten Nationen und die Grundsätze, für die sie stehen, auch künftig unterstützen werden.

Kapitel I

Herbeiführung von Frieden und Sicherheit

10. Im vergangenen Jahr mussten wir eine Vielzahl von Rückschlägen für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit hinnehmen – vom Anstieg der Spannungen zwischen Indien und Pakistan zur Verschlechterung der Lage im Nahen Osten und von den Terroranschlägen des 11. September 2001 gegen die Vereinigten Staaten von Amerika zum Ausbruch der Gewalt in Liberia. Es ist durchaus keine Übertreibung zu sagen, dass die Welt im vergangenen Jahr für viele Menschen weitaus gefährlicher zu sein schien als in vielen vorangegangenen Jahren. Allerdings ist die Welt für Millionen von Menschen überall auf der Erde schon seit langem gefährlich – für die Menschen, die in extremer Unsicherheit und Armut leben, und für die die Fortschritte in Richtung auf Frieden und Wohlstand im vergangenen Jahr längst nicht so groß waren, wie sie es hätten sein sollen. Die Bevölkerung des besetzten palästinensischen Gebiets, Burundis, der Demokratischen Republik Kongo und anderer Gegenden könnte mit Recht fragen, wieviel mehr die internationale Gemeinschaft und ihre eigenen Regierungen tun könnten und sollten, um sie dem Frieden näher zu bringen.

11. In einigen Gebieten waren allerdings erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft durchlief die Bevölkerung Afghanistans nach mehr als 20 Jahren des Krieges einen bemerkenswerten Übergang zur Stabilisierung in der Zeit nach den Taliban. In Angola hat sich für die gesamte Bevölkerung nun endlich die Chance einer friedlichen Zukunft eröffnet. Es ist die Pflicht der internationalen Gemeinschaft, sie verwirklichen zu helfen. Auch in Sudan sind die Friedensaussichten gestiegen, und im Mai 2002 feierte die ganze Welt gemeinsam mit den Osttimoreern die Unabhängigkeit ihres Landes.

Konfliktverhütung und Friedensschaffung

12. Im vergangenen Jahr konzentrierten wir uns bei der Umsetzung der in meinem Bericht vom Juni 2001 über die Verhütung bewaffneter Konflikte enthaltenen Empfehlungen auf die Stärkung der Zusammenarbeit mit den Regierungen, die Unterstützung subregionaler Initiativen zur Förderung des Friedens und der Stabilität sowie die Einbindung der Konfliktprävention in die einzelstaatlichen Entwicklungsprogramme. Die Stellen des Systems der Vereinten Nationen, die sich mit Entwicklung, Menschenrechten sowie humanitären und politischen Fragen

befassen, werden auch künftig gemeinsam auf einen dauerhaften Frieden hinarbeiten.

13. Im Nahen Osten wurde die ohnehin bereits angespannte Situation durch einen Teufelskreis der Gewalt weiter verschärft. Zuvor respektierte Trennungslinien wurden verletzt, was auf beiden Seiten viele Todesopfer forderte. Im März 2002 führten die Israelischen Verteidigungskräfte nach einem Selbstmordanschlag in der israelischen Stadt Netanya einen massiven Einsatz im Westjordanland, durch den die Sicherheit der Palästinenser erheblich gefährdet und die zivile Infrastruktur schwer beschädigt sowie eine humanitäre und Menschenrechtskrise ausgelöst wurde. Im April 2002 schlug ich vor, zur Behebung dieser Situation eine multinationale Truppe einzurichten, die bei der Gewährleistung der Sicherheit israelischer und palästinensischer Zivilpersonen behilflich sein und ein günstiges Klima zur Wiederaufnahme von Verhandlungen fördern sollte. Für eine derartige Truppe besteht zwar noch kein Konsens, doch haben breite Teile der internationalen Gemeinschaft anerkannt, dass damit Bewegung in Richtung auf eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts zustande kommen könnte.

14. Nach dem israelischen Einfall in das Flüchtlingslager Dschenin wurden Anschuldigungen erhoben, wonach die Menschenrechte missachtet und das humanitäre Völkerrecht verletzt worden seien. Daraufhin bot ich an, eine unparteiische Ermittlungsgruppe zu entsenden, die sich ein Bild von den tatsächlichen Geschehnissen machen sollte. Der Sicherheitsrat nahm mein Angebot in seiner Resolution 1405 (2002) einstimmig an. Dementsprechend stellte ich eine geeignete Ermittlungsgruppe zusammen. Da Israel daraufhin grundlegende Bedenken gegenüber diesem Vorhaben äußerte, sah ich mich gezwungen, die Ermittlungsgruppe aufzulösen, ohne dass sie in der Lage gewesen wäre, die betreffenden Stätten aufzusuchen. Im Mai 2002 ersuchte mich die Generalversammlung, einen Bericht über die Ereignisse in Dschenin und in anderen palästinensischen Städten vorzulegen. Dieser Bericht erschien am 1. August 2002 (A/ES-10/186).

15. Inmitten dieser besorgniserregenden Umstände eröffneten sich Chancen für Fortschritte in Richtung auf eine politische Beilegung der Krise. Insbesondere bekräftigte der Sicherheitsrat mit seiner Resolution 1397 (2002) das Leitbild einer Region, in der zwei Staaten, Israel und Palästina, Seite

an Seite innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen leben würden. Die Hilfe Dritter ist von entscheidender Bedeutung, um den Parteien beim Ausstieg aus dem derzeit bestehenden Kreislauf der Zerstörung zu helfen. Zu diesem Zweck pflege ich nach wie vor regelmäßig enge Kontakte mit allen Beteiligten. Insbesondere arbeite ich mit den Vereinigten Staaten von Amerika, der Russischen Föderation und der Europäischen Union zusammen, einer Gruppe, die sich unter der Bezeichnung "Quartett" zu einem neuen Koordinierungsmechanismus entwickelt hat.

16. Bei einer Begegnung im April 2002 in Madrid forderte das Quartett eine auf drei Säulen beruhende Vorgehensweise, die sicherheitsbezogenen, wirtschaftlichen und politischen Belangen Rechnung tragen sollte. Im Mai 2002 kündigte das Quartett in Washington seine Absicht an, mit den Parteien an der Abhaltung einer internationalen Friedenskonferenz zu arbeiten, die auf die Verwirklichung des in Resolution 1397 (2002) festgelegten Ziels ausgerichtet sein sollte. Im Juli 2002 einigte sich das Quartett in New York auf die in der Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 24. Juni 2002 enthaltenen Ziele, nämlich zwei demokratische Staaten, die Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben, eine vollständige und dauerhafte Beendigung der Gewalt und des Terrorismus, das Ende der 1967 begonnenen Besetzung, die Einstellung der Siedlungstätigkeit, die Reform der Sicherheitskräfte und der zivilen Institutionen der Palästinensischen Behörde, die Abhaltung von Wahlen und der Abschluss der Verhandlungen über die endgültige Regelung der noch ausstehenden Fragen innerhalb einer festgesetzten Frist von drei Jahren. Zu dem genannten Zeitpunkt trafen erstmals auch Vertreter der Regierungen Ägyptens, Jordaniens und Saudi-Arabiens mit dem Quartett zusammen.

17. Seit dem Abzug der Sonderkommission der Vereinten Nationen aus Irak im Jahr 1998 war es Waffeninspektoren nicht gestattet, in das Land einzureisen, um zu verifizieren, inwieweit es die Resolutionen des Sicherheitsrats befolgt, die sein Programm für Massenvernichtungswaffen betreffen. Mein Dialog mit der Regierung Iraks ist allerdings stärker in Gang gekommen. Seit März 2002 bin ich mehrfach mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten Iraks zusammengetroffen. Die Überwachungs-, Verifikations- und Inspektionskommission der Vereinten Nationen steht nach wie vor zur Wiederaufnahme der Inspektionen am Boden bereit. In dem Bemühen, die Härten für die Zivilbevölkerung Iraks so gering wie möglich zu halten, verabschiedete der Sicherheitsrat im Mai 2002 einstimmig die Resolution 1409 (2002), um den Strom humanitärer Hilfsgüter nach Irak zu verstärken. Eine weiter gehende Lockerung der Sanktionen ist jedoch nach wie vor daran gebunden, dass Irak die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats vollinhaltlich befolgt.

18. Die Regierung Iraks weist auch weiterhin die Resolution 1284 (1999) des Sicherheitsrats zur Frage vermisster Staatsangehöriger Kuwaits und dritter Staaten sowie beschlagnahmter Vermögenswerte zurück. Kürzlich verpflichtete sich Irak zur Rückgabe von Dokumenten aus den Staatsarchiven Kuwaits, und mein Hochrangiger Koordinator konnte im Juli 2002 an meinen Treffen mit dem irakischen Außenminister teilnehmen. Ich schlug vor, wieder einen Mechanismus der Vereinten Nationen für die Rückgabe der Staatsarchive und anderer kuwaitischer Vermögenswerte einzurichten, und die Regierungen Kuwaits und Iraks haben diesen Vorschlag angenommen. Irak hat sich wiederholt geweigert, mit meinem Hochrangigen Koordinator zusammenzutreffen, um die Vermisstenfrage zu erörtern. Der Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission über die Menschenrechtssituation in Irak hat dem Land kürzlich zum ersten Mal seit neun Jahren einen Besuch abgestattet.

19. Die Entwicklungen des vergangenen Jahres in Afrika, beispielsweise die Fortschritte bei den Verhandlungen zur Beilegung des seit langem bestehenden Konflikts im Süden Sudans sowie Afrikas Selbstverpflichtung, eine demokratische Staatsführung zu fördern und bewaffnete Konflikte zu verhüten, gaben Anlass zu einem gewissen Optimismus, doch machten die durch Konflikte auf diesem Kontinent verursachten Verheerungen deutlich, welche Kosten entstehen, wenn Konflikte nicht durch rechtzeitiges Handeln verhütet werden. Die Vereinten Nationen arbeiten auch weiterhin eng mit den Regierungen, mit Oppositionsparteien und der Zivilgesellschaft zusammen, um die soziale und politische Stabilität wahren zu helfen. Zu den Strategien, die angewandt wurden, gehören Maßnahmen zur Milderung der Armut, zur Festigung der Demokratie, zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit, zur Verstärkung der Achtung der Menschenrechte und zur Erleichterung der Rückkehr und Neuansiedlung der Flüchtlinge und Vertriebenen.

20. Im Mai 2001 entsandte ich nach einem fehlgeschlagenen Staatsstreich einen Sonderbotschafter in die Zentralafrikanische Republik, und zum Zeitpunkt kritischer Wahlen im Oktober 2001 und im Januar 2002 nach Gambia sowie im Juni 2002 nach Kamerun. Unter anderem durch diese Missionen wurde der Dialog zwischen den Regierungs- und den Oppositionsführern wiederhergestellt, wodurch demokratische Abläufe, einschließlich Wahlen, ermöglicht wurden. Während meines Besuchs in Nigeria im Juli 2002 sondierte ich gemeinsam mit dem Präsidenten, Olusegun Obasanjo, praktische Wege, wie die Vereinten Nationen der Regierung und der gesamten Gesellschaft dabei behilflich sein können, vor den für 2003 anstehenden Präsidentschaftswahlen ein stabiles Umfeld zu schaffen. Einem Ersuchen der Unabhängigen Nationalen Wahlkommission Nigerias nachkommend, entsandte die Abteilung Wahlhilfe der Hauptabteilung Politische

Angelegenheiten im Mai 2002 eine Bedarfsermittlungsmission nach Nigeria und erarbeitet derzeit ein Wahlhilfeprogramm für die Wahlen von 2003. Die Vereinten Nationen unterstützen die Regierung Nigerias bei der Abhaltung der Nigerdelta-Konferenz im Dezember 2001, auf der Möglichkeiten zur Förderung der Stabilität und der Entwicklung in der Region erarbeitet wurden. In Niger veranstalteten die Vereinten Nationen im Juli 2001 in Partnerschaft mit der Regierung ein Nationales Forum für Konfliktprävention, auf dem Vertreter der Regierungen und der Zivilgesellschaft sowie traditionelle und religiöse Führer zusammentrafen, um eine Strategie zur Steigerung der einzelstaatlichen Konfliktpräventionskapazitäten zu fördern.

21. Nach dem Tode von Jonas Savimbi, dem Führer der Nationalen Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) im Februar 2002 änderte sich die Situation in Angola drastisch. Verhandlungen zwischen den angolanischen Streitkräften und der UNITA führten Ende März 2002 zu einer Waffenruhevereinbarung und im April 2002 zur Unterzeichnung einer Vereinbarung über Demilitarisierung. Zwar legten die Vereinten Nationen Vorbehalte gegen die Bestimmung über eine Generalamnestie ein, doch unterzeichneten sie die Vereinbarung als Zeugen und haben damit begonnen, Hilfe bei ihrer Durchführung zu gewähren. Mein Berater für Sonderaufgaben in Afrika hielt mit den angolanischen Parteien auf deren Ersuchen intensive Konsultationen über die Durchführung der Vereinbarung ab. Auf der Grundlage der Ergebnisse einer interinstitutionellen technischen Bewertungsmission nach Angola im Juni 2002 habe ich vorgeschlagen, die Präsenz der Vereinten Nationen in Angola so umzustrukturieren, dass sie den Parteien besser helfen kann. In diesem neuen und vielversprechenden politischen Umfeld stelle ich fest, dass sich beide Parteien öffentlich zu dauerhaftem Frieden und dauerhafter Aussöhnung bekannt haben.

22. Bei der Durchführung des Abkommens von Arusha für Frieden und Aussöhnung in Burundi wurden maßgebliche Fortschritte erzielt. Im November 2001 wurde die Übergangsregierung eingerichtet, und der Ausschuss für die Überwachung der Durchführung unter dem Vorsitz meines Sonderbeauftragten kehrte nach Bujumbura zurück. Auf Grund der Dislozierung der südafrikanischen Sonderschutzeinheit konnten die im Exil befindlichen führenden Politiker nach Burundi zurückkehren, um in der Übergangsregierung, der Nationalversammlung und dem Senat mitzuwirken. Die Waffenruheverhandlungen haben bisher jedoch zu keinem konkreten Ergebnis geführt, und die Kämpfe zwischen der Armee und bewaffneten Gruppen behindern nach wie vor die Durchführung des Abkommens von Arusha. Für den Aufbau von Vertrauen in den Friedensprozess ist es wichtig, dass eine dauerhafte Waffenruhe erzielt wird und dass alle Interessengruppen ihr

Möglichstes tun, um die Bestimmungen des Abkommens durchzuführen.

23. In Westsahara wurden im vergangenen Jahr nur sehr geringe Fortschritte erzielt. Mein Persönlicher Abgesandter hat seine intensiven Konsultationen über denkbare Optionen mit allen in Betracht kommenden Parteien fortgesetzt, und ich begrüße es, dass ihn der Sicherheitsrat dabei nach wie vor unterstützt und ermutigt. Ich hoffe weiter, dass es bald zu einer die Selbstbestimmung vorsehenden, politischen Beilegung dieser seit langem bestehenden Streitigkeit kommen wird. In Somalia ist trotz der Anstrengungen, welche die "Frontstaaten" der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung (IGAD) unternommen haben, um den somalischen Parteien bei der Abhaltung einer Konferenz für nationale Aussöhnung behilflich zu sein, der Frieden kaum näher gerückt. Ich hoffe, dass die neu geschaffene Somalia-Kontaktgruppe dazu beitragen kann, die Differenzen zwischen den Frontstaaten der IGAD zu verringern und so die Wirksamkeit des Vermittlungsprozesses zu erhöhen. In Sudan führten die erneuten Vermittlungsbemühungen der IGAD mit verstärkter Hilfe des IGAD-Partnerforums im Juli 2002 zu wichtigen Vereinbarungen über einige noch ausstehende Fragen. Mein Berater wird ab Mitte August 2002 bei der nächsten, unter der Führung der IGAD stattfindenden Gesprächsrunde anwesend sein, und ich hoffe, dass es dort zu einer endgültigen Vereinbarung kommen wird, den Krieg in Sudan zu beenden.

24. In Südasien löste die abrupte Eskalation der Spannungen zwischen Indien und Pakistan in der ersten Hälfte des Jahres 2002 große internationale Besorgnis aus. Die Situation kann sich nach wie vor jederzeit verschlechtern, und Feindseligkeiten zwischen diesen beiden kernwaffenfähigen Ländern können bei einer Eskalation schreckliche Folgen nach sich ziehen. Gleichzeitig können Einfälle unter Verletzung der Kontrolllinie oder Terrorakte jeglicher Art in der Region nicht toleriert werden. Ich habe beständig an die Parteien appelliert, ihren bilateralen Dialog wieder aufzunehmen und ihre Differenzen, insbesondere im Hinblick auf Kaschmir, mit friedlichen Mitteln beizulegen. Ich lege beiden Seiten nahe, ihre in Kaschmir stationierten Militärkontingente zu reduzieren sowie andere Maßnahmen und Initiativen in Betracht zu ziehen, die auf einen weiteren Abbau der Spannungen gerichtet sind. Meine Guten Dienste stehen nach wie vor beiden Seiten zur Verfügung, um den Weg für eine friedliche Lösung zu ebnen.

25. Die von Norwegen moderierten Fortschritte im Friedensprozess in Sri Lanka sind ermutigend. Auf Ersuchen der Regierung Sri Lankas gewährt das System der Vereinten Nationen Entwicklungs- und humanitäre Hilfe, um diesen Prozess zu unterstützen und zu fördern. In Nepal jedoch erfüllt mich die Eskalation der Gewalt zwischen der Regierung und den bewaffneten Aufständischen mit wachsender Besorgnis. Wenn ich darum ersucht würde, wäre

ich durchaus geneigt, meine Guten Dienste einzusetzen, um eine friedliche Lösung herbeiführen zu helfen. In der Zwischenzeit hat das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) im Mai 2002 eine innovative "Konfliktbewertungsmission" nach Nepal entsandt, um herauszufinden, wie Hilfsgüter gezielt ausgeliefert werden können, damit die bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte nicht weiter verschärft werden.

26. Was Ostasien betrifft, so halte ich mich nach wie vor bereit, alle Anstrengungen zur Förderung der interkoreanischen Aussöhnung im Wege des Dialogs und der Zusammenarbeit zu unterstützen. Ich lege den Mitgliedstaaten eindringlich nahe, ihrerseits ebenfalls tatkräftig nach kreativen Strategien zu suchen, um die Annäherung auf der Halbinsel zu fördern und den Frieden und die Stabilität in der Region zu stärken.

27. In Myanmar habe ich meine Guten Dienste eingesetzt, um die nationale Aussöhnung und die Demokratisierung zu erleichtern. Am 6. Mai 2002 wurde es Daw Aung San Suu Kyi gestattet, ihre normalen politischen Aktivitäten als Generalsekretärin der Nationalen Liga für Demokratie wieder aufzunehmen. Damit trat der im Oktober 2000 begonnene nationale Aussöhnungsprozess in eine neue Phase ein. Ich werde gemeinsam mit meinem Sonderbotschafter und mit Unterstützung interessierter Mitgliedstaaten weiterhin mein Möglichstes tun, um diesen Prozess im Einklang mit den Resolutionen der Generalversammlung zu erleichtern, die zur nationalen Aussöhnung und zur Demokratisierung in Myanmar auffordern.

28. Im Mai 2002 habe ich Indonesien einen Besuch abgestattet. Dabei nahm ich von den konzertierten Anstrengungen Kenntnis, die von den Organisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen unternommen werden, um die Regierung in ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformvorhaben zu unterstützen. Ich bin nach wie vor der festen Auffassung, dass die nationale Einheit und territoriale Unversehrtheit Indonesiens am besten durch die Einhaltung demokratischer Normen und die Förderung der Menschenrechte sichergestellt werden kann. Ich beabsichtige, die Anstrengungen zu verstärken, welche die Vereinten Nationen unternehmen, um die Regierung bei ihrem Bestreben um die Förderung einer guten Regierungs- und Verwaltungsführung und die Schaffung einer stabilen, demokratischen und prosperierenden Gesellschaft zu unterstützen.

29. In der Region des Pazifik schreitet die Durchführung des im August 2001 unterzeichneten Friedensübereinkommens von Bougainville zwischen den dortigen Parteien und der Regierung Papua-Neuguineas

voran. Bei der Vernichtung von Waffen, bei der das Politische Büro der Vereinten Nationen in Bougainville auf Ersuchen der Parteien die Federführung übernommen hat, wurden ermutigende Fortschritte erzielt. Im Mai 2002 wurde eine gemeinsame Mission mit Mitarbeitern der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten, der Hauptabteilung Abrüstungsfragen und der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten nach Bougainville entsandt, um Maßnahmen aufzuzeigen, durch die ein besserer Fortgang der Entwaffnungsbemühungen herbeigeführt werden kann. Die Vereinten Nationen stehen auch weiterhin bereit, gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft, insbesondere den anderen Staaten der Region, mit der Regierung Papua-Neuguineas und den Parteien in Bougainville darauf hinzuarbeiten, dass das Friedensübereinkommen in allen Punkten erfüllt wird.

30. In Lateinamerika förderte mein Sonderberater für Kolumbien auch weiterhin die Friedensbemühungen in dem Land, indem er regelmäßige Kontakte mit der Regierung, Guerillagruppen, der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft wahrte. Anfang Januar 2002 konnten mein Amtierender Sonderberater, die Gruppe der zehn moderierenden Länder und die Katholische Kirche einen Zusammenbruch der Friedensgespräche zwischen der Regierung Kolumbiens und den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC) abwenden helfen. Leider konnten ähnliche Anstrengungen im Februar 2002 den Abbruch der Gespräche nicht verhindern. Die Gespräche mit der kleineren Guerillagruppe, der Nationalen Befreiungsarmee (ELN), liefen während dieses Zeitraums mit Unterbrechungen weiter, endeten jedoch im Mai 2002. Ich fürchte, dass der Zusammenbruch dieser Verhandlungen sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene schwerwiegende Folgen haben wird. Dadurch, dass alle Parteien häufig die Menschenrechte verletzen und gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen, trägt die Zivilbevölkerung Kolumbiens nach wie vor die Hauptlast dieses Konflikts. Ich habe die Parteien nachdrücklich aufgefordert, eine humanitäre Vereinbarung zu unterzeichnen, die die Zivilbevölkerung schützen und die volle Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts gewährleisten würde. Im Juni 2002 traf ich mit Alvaro Uribe Vélez, dem designierten Präsidenten, zusammen. In einem nützlichen Meinungsaustausch über die Situation in Kolumbien erörterten wir, wie die Vereinten Nationen dem kolumbianischen Volk am wirksamsten helfen können. Die Vereinten Nationen stehen bereit, weiter zur Förderung einer friedlichen Beilegung des Konflikts beizutragen.

31. Die Verifikationsmission der Vereinten Nationen in Guatemala ist nach wie vor damit befasst, die Einhaltung der 1996 geschlossenen Friedensabkommen zu überwachen. Auf Grund der Komplexität dieser Abkommen wurden die

Durchführungszeiträume bis 2004 verlängert, doch werden die neuen Fristen trotz der erklärten Zusage der Regierung nicht eingehalten. Die Durchführung der Abkommen wurde außerdem durch die zunehmende politische Polarisierung auf Grund der näher rückenden Wahlen behindert. Bedauerlicherweise hat die Zahl der Menschenrechtsverletzungen im vergangenen Jahr ebenso zugenommen wie Armut, Hunger und die Anzeichen für die Wiederbewaffnung der Gesellschaft. Die auf der Tagung der Beratungsgruppe im Februar 2002 in Washington erneuerte Verpflichtung auf die Abkommen gibt jedoch einen gewissen Anlass zu Optimismus. Das Volk und die Regierung Guatemalas müssen ihre Selbstverpflichtung wesentlich ernster nehmen, wenn die durch das Abkommen von 1996 verkörperten Hoffnungen Wirklichkeit werden sollen.

32. Meine Hoffnungen auf einen politischen Dialog zwischen der Regierung Haitis und der Opposition haben sich im vergangenen Jahr nicht erfüllt. Trotz der Bemühungen der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS) und der Karibischen Gemeinschaft um die Förderung des Dialogs ist keine der Parteien die für sinnvolle Verhandlungen notwendigen Kompromisse eingegangen. Daher konnte die dringend benötigte Entwicklungshilfe nicht freigegeben werden. Ich begrüße die Einrichtung der Sondermission der OAS zur Stärkung der Demokratie in Haiti, insbesondere die Tatsache, dass sie sich auf die Förderung der Sicherheit, der Justiz, der Menschenrechte und der Regierungs- und Verwaltungsführung konzentriert. Das vom UNDP koordinierte umfassende Übergangsprogramm im Anschluss an die Beendigung der Internationalen zivilen Unterstützungsmission in Haiti im Jahr 2001 ergänzt diese Anstrengungen nach wie vor auf wertvolle Weise.

33. In Zypern begannen im Anschluss an eine im Dezember 2001 geschlossene Vereinbarung direkte Gespräche zwischen den Führern der griechischen und der türkischen Zyprioten. Diese Gespräche finden in der Schutzzone der Vereinten Nationen und im Beisein meines Sonderberaters statt. Ich bin im Mai 2002 selbst nach Zypern gereist, um die beiden Führer zur Beschleunigung ihrer Gespräche, zur Lösung der Schlüsselfragen und zur Herbeiführung einer umfassenden Regelung noch in diesem Jahr zu ermutigen. Ich werde am 6. September 2002 erneut mit den beiden Führern zusammentreffen, um eine Bestandsaufnahme der laufenden Gespräche vorzunehmen und einen Kurs für das weitere Vorgehen festzulegen. In der Zwischenzeit überwachte die Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern weiter die sich durch ganz Zypern ziehende Pufferzone.

Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung

34. Am 20. Mai 2002 schlossen die Vereinten Nationen die Übergangsverwaltung Osttimors erfolgreich ab. Es war ein Privileg, Zeuge der Geburt eines unabhängigen Osttimor zu sein und die Regierungsgewalt von den Vereinten Nationen an den ersten demokratisch gewählten Präsidenten Osttimors übergehen zu lassen. Im Kosovo (Bundesrepublik Jugoslawien) wurden im Mai 2002 konkrete Befugnisse von der Mission der Vereinten Nationen an eine demokratisch gewählte Versammlung übertragen. In Sierra Leone schufen erfolgreich durchgeführte Wahlen im Mai 2002 die Grundlage für eine friedliche Zukunft. In Afghanistan wurden viele der Pläne, die im Übereinkommen von Bonn vom Dezember 2001 vorgezeichnet worden waren, mit Unterstützung der Hilfsmission der Vereinten Nationen in die Tat umgesetzt. Über eine Million Flüchtlinge und Binnenv Vertriebene sind seit Anfang 2002 wieder an ihre Heimstätten in Afghanistan zurückgekehrt. Zwar sind diese Beispiele für Fortschritte bei der Friedenskonsolidierung erfreulich, doch insgesamt bleibt bei den Friedensmissionen der Vereinten Nationen noch sehr viel zu tun.

35. Mit der Errichtung der Demokratischen Republik Osttimor ging die Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen in Osttimor (UNTAET) am 20. Mai 2002 erfolgreich zu Ende. Dies ist eine um so bemerkenswertere Leistung, wenn man das Ausmaß der Zerstörungen berücksichtigt, die die UNTAET zu Beginn ihres Mandats vorfand, und sich klar macht, dass es in Osttimor die Institution einer nationalen Regierung zuvor nie gegeben hatte. Diese Leistung ist vor allem der Entschlossenheit, dem Mut und der Geduld des osttimorischen Volkes zu verdanken, das sich mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft und der Vereinten Nationen darum bemühte, die Grundlagen für die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu legen. Die UNTAET wurde durch einen neuen, verkleinerten Friedenssicherungseinsatz, die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Osttimor (UNMISSET), ersetzt. Das UNMISSET-Mandat beinhaltet zwar keine umfassende Regierungsverantwortung mehr, doch ist die Mission nach wie vor für mit Exekutivaufgaben verbundene Polizeiarbeit verantwortlich und enthält einen bedeutenden militärischen Anteil. Die Mission verfügt auch über einige zivile Berater in Bereichen, die für die weitere Stabilität und Bestandfähigkeit der neuen Regierung ausschlaggebend sind.

36. In Afghanistan hat der Fall des Taliban-Regimes eine einzigartige Chance für Frieden und nationale Aussöhnung eröffnet. Unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen trafen sich die afghanischen Parteien im Dezember 2001 in Bonn und einigten sich auf einen politischen Prozess zur Gewährleistung einer friedlichen, demokratischen

Gesellschaft, in der die Menschenrechte geachtet werden. Entsprechend den Vorgaben des Übereinkommens von Bonn wurde die auf Machtteilung beruhende Interimsverwaltung im Juni 2002 nach dem erfolgreichen Abschluss einer traditionellen Versammlung oder Loya Jirga mit Delegierten aus allen Landesteilen durch eine indirekt gewählte Übergangsverwaltung ersetzt. Es war besonders ermutigend, in dieser Loya Jirga die Stimmen der einst rechtlosen Frauen Afghanistans zu hören.

37. Unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Falls der Taliban und des Übereinkommens von Bonn empfahl ich, eine integrierte Hilfsmission der Vereinten Nationen für Afghanistan (UNAMA) einzurichten, um den Afghanen bei der Umsetzung des Übereinkommens behilflich zu sein und die immense Aufgabe des Wiederaufbaus in Angriff zu nehmen. Der Sicherheitsrat machte sich diese Empfehlung zu eigen, und Ende März 2002 wurde die UNAMA ins Leben gerufen. Mein Sonderbeauftragter für Afghanistan und die UNAMA werden auch weiterhin eng mit der Übergangsverwaltung zusammenarbeiten, um den Weg zu Frieden und nachhaltiger Entwicklung zu sichern. Die UNAMA ist ein gutes Beispiel für eine integrierte Mission, die darauf ausgelegt ist, politische Prozesse, Staats- und Regierungsführung und Friedenskonsolidierung zu unterstützen und gleichzeitig vordringlichen Bedürfnissen im humanitären Bereich und bei der Schadensbeseitigung zu entsprechen.

38. In Sierra Leone haben die Vereinten Nationen bei der Erfüllung ihres Friedenssicherungsmandats gute Fortschritte erzielt. Die Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone (UNAMSIL) schloss ihre Dislozierung in allen Landesteilen im November 2001 ab. Insgesamt 47.000 Kombattanten aller Parteien wurden entwaffnet und demobilisiert, ein Prozess, der am 17. Januar 2002 abgeschlossen wurde. Dies ebnete den Weg für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, die im Mai 2002 im Einklang mit dem im Januar 2002 auf der Nationalen Beratungskonferenz erzielten Konsens abgehalten wurden. Die entscheidende Herausforderung liegt jetzt in der Konsolidierung des gegenwärtig noch labilen Friedens und in der Bewältigung des Übergangs zum nationalen Wiederaufbau. Es müssen vordringliche Anstrengungen unternommen werden, die sich darauf konzentrieren, die Autorität der Regierung auf das ganze Land auszudehnen, die Wiedereingliederung der Exkombattanten abzuschließen und Gerechtigkeit und nationale Aussöhnung zu fördern.

39. Die Mission der Vereinten Nationen in Äthiopien und Eritrea (UNMEE) nahm auch weiterhin die Aufgabe wahr, die Waffenruhe und die vorübergehende Sicherheitszone zu überwachen, die Rückverlegung der äthiopischen und eritreischen Truppen zu verifizieren und die Antiminenmaßnahmen zu koordinieren. Mit dem Beschluss der Grenzkommission über den Verlauf der gemeinsamen

Grenze trat der Friedensprozess im April 2002 in eine entscheidende Phase. Beide Parteien nahmen diesen Beschluss öffentlich an. Es ist wichtig, dass die Parteien während der Durchführung des Beschlusses eng mit der Grenzkommission und der UNMEE zusammenarbeiten.

40. Die Dislozierung der Mission der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) ging weiter, und im Großen und Ganzen hatte die Waffenruhe Bestand, wenn es auch weiterhin zu gravierenden Kampfhandlungen kam, vor allem im Osten des Landes. Der Abzug der ausländischen Truppen, eine der wichtigsten Bestimmungen der Waffenruhevereinbarung von Lusaka, hat weitgehend stattgefunden, wobei allerdings die Anwesenheit ausländischer Truppen im Osten des Landes immer noch ein erhebliches Problem darstellt. Eine wichtige Teilkomponente des MONUC-Mandats ist die freiwillige Entwaffnung, Demobilisierung, Rückführung, Wiederansiedlung und Wiedereingliederung der bewaffneten Gruppen. Dieses Programm ist davon abhängig, ob auf kongolesischer und regionaler Ebene eine politische Einigung erzielt wird. Die Teilnehmer an dem interkongolesischen Dialog, der im März und April 2002 in Sun City (Südafrika) stattfand, konnten keine allumfassende Übereinkunft erzielen. Daher ernannte ich im Juni 2002 einen Sonderbotschafter für den interkongolesischen Dialog, der die Parteien bei der Herbeiführung einer allumfassenden Übereinkunft unterstützen soll, die der Demokratischen Republik Kongo Frieden, nationale Aussöhnung und Einheit bringt. Am 30. Juli 2002 unterzeichneten die Staatschefs der Demokratischen Republik Kongo und Ruandas in Prätoria ein Friedensabkommen über den Abzug der ruandischen Truppen aus der Demokratischen Republik Kongo und die Auflösung der ehemaligen ruandischen Streitkräfte und der Interahamwe-Kräfte in diesem Land mit Unterstützung der Vereinten Nationen. Südafrika, dessen Präsident, Thabo Mbeki, der erste Vorsitzende der Afrikanischen Union ist, förderte das Zustandekommen dieses Abkommens. Ich werde dem Sicherheitsrat in Kürze meine diesbezügliche Empfehlung vorlegen.

41. Die Büros der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik, Guinea-Bissau und Liberia nehmen weiterhin eine Katalysatorfunktion dabei wahr, diesen Ländern bei der Konfliktüberwindung zu helfen. Besondere Betonung galt der Förderung der nationalen Aussöhnung, der festeren Verwurzelung demokratischer Prozesse, der stärkeren Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit sowie der Mobilisierung internationaler Wirtschaftshilfe. Die Büros arbeiten auch eng mit den Landesteams der Vereinten Nationen zusammen, um im Rahmen der gemeinsamen Landesbewertungen und des Entwicklungshilfe-Programms der Vereinten Nationen die Konfliktprävention durchgängig in die nationalen

Entwicklungsprogramme einzubinden und um Frühwarnung und Konfliktprävention in die Programmformulierung und Prioritätensetzung einzubeziehen.

42. Bedauerlich ist dagegen die in letzter Zeit zu beobachtende Verschlechterung der Situation in Liberia. Damit geraten die Hoffnungen ins Wanken, nach fast einem Jahrzehnt des zerstörerischen Bürgerkriegs in diesem Land dauerhaften Frieden herbeizuführen. Außerdem werden die im benachbarten Sierra Leone erzielten Erfolge in Frage gestellt. Der Grenzübertritt Tausender liberianischer Flüchtlinge im Verbund mit einem möglichen Massenrückstrom sierra-leonischer Flüchtlinge aus Liberia könnte schwerwiegende Auswirkungen auf die regionale Stabilität nach sich ziehen.

43. Im vergangenen Jahr kam es entlang der blauen Linie zu einer Verschärfung der Spannungen zwischen Israel und Libanon. Vor allem im März und April fand eine scharfe Eskalation der gewaltsamen Zwischenfälle, bei denen die Linie überschritten wurde, statt, und zwar sowohl innerhalb als auch außerhalb des Gebiets der Shabaa-Farmen. Obwohl sich die Lage im Mai 2002 stabilisierte, existiert weiterhin erhebliches Konfliktpotenzial. Die Regierung Libanons hat immer noch nicht alle notwendigen Schritte zur Wiederherstellung ihrer Autorität im gesamten Süden ergriffen, wo die Lage wegen der Aktivitäten bewaffneter Elemente entlang der blauen Linie weiterhin instabil bleibt. Verletzungen des libanesischen Luftraums durch Israel haben zu den Spannungen beigetragen. Der Sicherheitsrat hat alle beteiligten Parteien wiederholt, zuletzt in seiner Resolution 1391 (2002), aufgefordert, die blaue Linie voll zu achten. Die von der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon (UNIFIL) wahrzunehmenden Aufgaben sind nach wie vor weitgehend die einer Beobachtermission. Dementsprechend hat die Truppe ihre Neugliederung fortgesetzt, unter anderem mit der Durchführung eines Plans für den Personalabbau.

44. Die Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina (UNMIBH) steht kurz vor dem Abschluss ihres Kernmandats der Reform und Neustrukturierung der Polizei und bereitet sich darauf vor, Ende 2002 durch eine von der Europäischen Union organisierte Mission abgelöst zu werden. Eine verbesserte Polizeitätigkeit hat erheblich dazu beigetragen, dass im Jahr 2001 und im ersten Quartal 2002 im ganzen Land 110.000 Angehörige von Minderheitengruppen nach Hause zurückkehrten, mehr als je zuvor.

Die UNMIBH hat für 17.000 Polizeikräfte vorläufige Genehmigungen ausgestellt, und die Phase der endgültigen Zulassung ist angelaufen. Trotz einiger politischer Widerstände werden jetzt die meisten Polizeiverwaltungen von unabhängigen Polizeipräsidenten geleitet. Das UNMIBH-Programm für Sondereinsätze zur Bekämpfung des Menschenhandels ist von zentraler Wichtigkeit bei dem

Vorgehen gegen den Frauenhandel. Der staatliche Grenzschutzdienst wurde rasch ausgeweitet und deckt jetzt 88 Prozent der Grenze ab. Er spielt bei der Bekämpfung der illegalen Migration, der organisierten Kriminalität und des Terrorismus eine entscheidend wichtige Rolle.

45. Die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) hat nach den Wahlen zu der neu gebildeten Kosovo-Versammlung im November 2001 den Schwerpunkt auf die Schaffung der vorläufigen Selbstverwaltungsinstitutionen gelegt. In Übereinstimmung mit dem Verfassungsrahmen für eine vorläufige Selbstverwaltung haben diese Institutionen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung übernommen, etwa im Bereich der Gesundheitsversorgung und der Bildung, während bestimmte Befugnisse, namentlich in Bezug auf Polizei, Justiz und auswärtige Beziehungen, weiterhin von meinem Sonderbeauftragten ausgeübt werden. Die UNMIK hat seit November 2001 ihren Dialog mit den Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien verstärkt und dabei positive Ergebnisse erzielt, namentlich die Überstellung der noch in serbischen Gefängnissen einsitzenden kosovo-albanischen Häftlinge nach Kosovo im März 2002.

46. Außerdem hat die UNMIK das Hauptgewicht darauf gelegt, die Grundlagen für den wirtschaftlichen Fortschritt zu schaffen, Kriminalität und Gewalt zu bekämpfen und eine gerechte und sichere Gesellschaft hervorzubringen. Ein Element dieses Prozesses war die Schaffung des Polizeidienstes des Kosovo; bisher wurden 5.500 lokale Polizeibeamte ausgebildet und eingesetzt. Weitere spezifische Schwerpunkte waren die Privatisierung, die Rückkehr der ethnischen Minderheitengruppen des Kosovo, die Situation in Mitrovica und ein gezieltes Vorgehen gegen die organisierte Kriminalität und die Korruption. Um den Prozess der Festlegung des endgültigen Status des Kosovo zu erleichtern, ohne seinem Ausgang vorzugreifen, hat mein Sonderbeauftragter Zielvorgaben aufgestellt, die erfüllt sein müssen, bevor ein solcher Prozess beginnen kann.

47. Die Lage in der georgisch-abchasischen Konfliktzone, die in den Verantwortungsbereich der Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien (UNOMIG) fällt, verschlechterte sich in der zweiten Hälfte des Jahres 2001, als mehrere hundert irreguläre Kräfte von der georgischen Seite der Waffenstillstandslinie durch das Kodori-Tal einsickerten und mit den abchasischen Kräften zusammenstießen. Am 8. Oktober 2001 wurde ein UNOMIG-Hubschrauber in der Nähe des Taleingangs abgeschossen; alle neun an Bord befindlichen Personen kamen dabei ums Leben. Im November 2001 endeten die Kämpfe, und im ersten Quartal 2002 entspannte sich die Lage im Kodori-Tal, nicht zuletzt dank der Vermittlungsbemühungen meines Sonderbeauftragten und der Wiederaufnahme der UNOMIG-Patrouillen. Mein Sonderbeauftragter bemüht sich weiterhin darum, eine umfassende Regelung des georgisch-abchasischen Konflikts

zustande zu bringen. Im Dezember 2001 erhielt er die volle Unterstützung der Gruppe der Freunde des Generalsekretärs für Georgien für ein Bündel von Vorschlägen, das den Parteien als Grundlage für Verhandlungen über den künftigen Status Abchasiens innerhalb des Staates Georgien vorgelegt werden soll. Die Bemühungen um Akzeptanz für das Paket auf beiden Seiten gehen weiter.

48. In Tadschikistan sind Prozesse zur Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit im Gang und entwickeln sich erfolgreich weiter. Die Arbeit des Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Tadschikistan und des Landteams der Vereinten Nationen hat dazu beigetragen, die politische Lage und die Sicherheitssituation in dem Land zu stabilisieren, insbesondere durch die Förderung einer guten Staatsführung und die Stärkung der Zivilgesellschaft. Allerdings stellen Extremistengruppen nach wie vor eine Bedrohung der Region dar.

49. Im vergangenen Jahr haben die Vereinten Nationen die Verwaltung der Friedensmissionen weiter verbessert, mit dem Schwerpunkt auf der Umsetzung der Empfehlungen der Sachverständigengruppe für die Friedensmissionen der Vereinten Nationen. Mit starker Unterstützung durch die Mitgliedstaaten wurden Fortschritte bei der raschen Verlegefähigkeit, der Ausbildung und der integrierten Planung von Friedensmissionen erzielt. Zur Bewältigung der Herausforderung, eine rasche Verlegung in einem Zeitrahmen von 30 bis 90 Tagen zu verwirklichen, wurde ein wichtiger Schritt getan. Ich begrüße es, dass die Generalversammlung das Konzept einer strategischen Materialreserve gebilligt hat, die das Sekretariat in die Lage versetzen wird, in der Versorgungsbasis der Vereinten Nation in Brindisi (Italien) einen ständigen Ausrüstungsvorrat zur Unterstützung einer komplexen Mission bereitzuhalten. Zusammen mit der klareren Ermächtigung zur Eingehung von Verpflichtungen im Vorgriff auf die Mandatserteilung wird die strategische Materialreserve das Sekretariat erheblich besser in die Lage versetzen, frühzeitig logistische Unterstützung und Finanzierung für rasch zu verlegende Missionen bereitzustellen.

50. Neu geschaffene Dienstposten in der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze haben deren Kapazität gesteigert, und die zur Nutzung dieser neuen Ressourcen vorgenommene Neugliederung trug zur Verbesserung von Management und Planung bei. Zum ersten Mal wird ein Handbuch für multifunktionale Friedenssicherung ausgearbeitet, sowie auch detailliertere ständige Dienstanweisungen für das Militär, die Unterstützung von Missionen und die Öffentlichkeitsarbeit. Im Zuge der Einrichtung der UNAMA wurden verbesserte Planungstechniken und Verfahren für den Anlauf von Missionen erprobt, und die Hauptabteilung hat ihre

Zivilausbildungsstelle erweitert, die Verwaltungs- und Logistikausbildung für das in Feldmissionen eingesetzte Personal bereitstellt.

51. Am Amtssitz und im Feld werden die gewonnenen Erfahrungen in die Politikgestaltung, die strategische Planung und die Durchführung einbezogen. Insbesondere wird die Verpflichtung erfüllt, nach Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats eine Gleichstellungsperspektive in die Friedenssicherungseinsätze zu integrieren. Ich habe Gleichstellungsberater für fünf Missionen ernannt: MONUC, UNMIK, UNMIBH, UNAMSIL und UNMISSET. Ein systemweiter Durchführungsplan, der von der unter dem Vorsitz der Sonderberaterin für Gleichstellungsfragen und Frauenförderung stehenden Arbeitsgruppe über Frauen, Frieden und Sicherheit erstellt wurde, beschreibt die weiteren Bemühungen, die das System der Vereinten Nationen zur Umsetzung dieser Resolution unternimmt. Ferner gehört im Einklang mit der Resolution 1379 (2001) des Sicherheitsrats der Kinderschutz nun zu den ausdrücklichen Zielen der Friedensmissionen der Vereinten Nationen. Für die MONUC und die UNAMSIL habe ich Kinderschutzberater ernannt. Die Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen umfassen heute auch regelmäßig einen Menschenrechtsanteil.

52. Die Vereinten Nationen bemühen sich weiterhin um den Aufbau nationaler und regionaler Friedenssicherungskapazitäten, zum Beispiel durch die Neuausrichtung der Militär- und Polizeiausbildung im Hinblick auf eine Kapazitätssteigerung der nationalen und regionalen Ausbildungszentren. Die Organisation arbeitet derzeit mit Ausbildungsinstituten in Côte d'Ivoire, Ghana, Kenia und Simbabwe zusammen, um die Friedenssicherungsausbildung zu standardisieren. Durch eine standardisierte Ausbildung kann sichergestellt werden, dass Friedenssicherungskräfte besser darauf vorbereitet sind, sich in eine Friedenssicherungstruppe einzugliedern, was wiederum die von den Vereinten Nationen und auf regionaler Ebene unternommenen Friedenssicherungsbemühungen verbessert.

53. Trotz der im Sekretariat wie auch im Feld zu beobachtenden zufriedenstellenden Fortschritte bei den Bemühungen, die Verwaltung der Friedensmissionen zu reformieren und zu verbessern, ist die Friedenssicherung der Vereinten Nationen weiterhin mit dem Problem konfrontiert, dass nicht genügend Truppen zur Verfügung stehen. Verschiedene in der Vergangenheit führende truppenstellende Länder nehmen heute in dieser Hinsicht keinen bedeutenden Rang mehr ein. So wichtig die finanzielle und politische Unterstützung durch die Mitgliedstaaten auch ist, so unverzichtbar ist es doch, dass eine größere Gruppe von Ländern Truppen bereitstellt, damit

die Friedenssicherung der Vereinten Nationen ein so wirksames Instrument bleibt, wie sie es sein sollte.

54. Der Sicherheitsrat hat in seinen Resolutionen immer wieder die Wichtigkeit von Antiminenprogrammen anerkannt. Diese sind fester und unverzichtbarer Bestandteil der Friedenssicherungsmissionen in Äthiopien und Eritrea, in der Demokratischen Republik Kongo, in Libanon und Sierra Leone. Da bei den Antiminenprogrammen humanitäre Aspekte eine wichtige Rolle spielen, hat ihre Einbeziehung zu einem produktiveren Zusammenwirken zwischen Friedenssicherungskräften und humanitären Hilfsorganisationen geführt. In Libanon wurden im Mai 2002 nach dem erfolgreichen Abschluss eines Übereinkommens zwischen den Vereinten Nationen, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Libanon wirksame Minenräummaßnahmen im Einsatzgebiet der UNIFIL eingeleitet. Über 7.000 Antipersonenminen in mehr als 30 Minenfeldern (auf einer Fläche von insgesamt 600.000 Quadratmetern) wurden bereits geräumt. Gleichzeitig markieren UNIFIL-Truppen Minenfelder entlang der blauen Linie, sodass deutlich erkennbar ist, welche Gebiete für die Ortsbevölkerung gefährlich und welche sicher sind.

Die Vereinten Nationen und die Regionalorganisationen

55. Die Vereinten Nationen messen der Stärkung der Zusammenarbeit mit regionalen Organisationen und Abmachungen weiterhin große Bedeutung bei. In den letzten Jahren wurde durch Tagungen auf hoher Ebene ein praktischer Rahmen für die Zusammenarbeit geschaffen, insbesondere auf dem Gebiet der Konfliktprävention und der Friedenskonsolidierung. Das Verbindungsbüro der Vereinten Nationen bei der Organisation der afrikanischen Einheit entwickelt auch weiterhin ein breites Spektrum von Programmtätigkeiten, die in Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen durchgeführt werden. Diese Kooperationsbeziehung zwischen den Vereinten Nationen und der OAU wird voraussichtlich im Zuge der Umwandlung der OAU in die Afrikanische Union weiter geprüft und neu abgegrenzt.

56. Im vergangenen Jahr wurden große Fortschritte dabei erzielt, die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union zu vertiefen. Einen besonderen Stellenwert erhielt die Zusammenarbeit bei der Konfliktprävention und beim Krisenmanagement. Die Vereinten Nationen und die Europäische Union kamen überein, ihre Ausbildungsprogramme für Konfliktprävention und ihre Bemühungen um den Aufbau von Frühwarnmechanismen besser zu koordinieren. Im Rahmen des alljährlich stattfindenden Politikdialogs zwischen den beiden Organisationen reiste die Stellvertretende Generalsekretärin im April 2002 nach Brüssel, um den Prozess der Konsultationen auf hoher Ebene zwischen der Europäischen

Union und den Vereinten Nationen über Möglichkeiten für eine verstärkte Zusammenarbeit weiterzuführen. Die jährlichen Konsultationen auf hoher Ebene zwischen den Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und dem Europarat wurden durch die Teilnahme der Europäischen Union und der Europäischen Kommission weiter gestärkt; dieser Prozess wird jetzt als *"Tripartite Plus"* (erweiterte Dreierkonsultationen) bezeichnet. Er verfolgt das Ziel, die Arbeitsteilung zwischen diesen Stellen rationeller zu gestalten, vor allem bei der Friedenskonsolidierung und insbesondere in Fällen, in denen sie gemeinsame Einsätze durchführen.

57. Die gegenwärtigen und potenziellen Sicherheitsbedrohungen in den Ländern Zentralasiens haben die Regierungen dieser Länder dazu veranlasst, die Institutionen der regionalen Zusammenarbeit zu stärken. Anfang Juni 2002 hielten 16 asiatische Länder in Almaty nach zehn Jahren geduldig geführter Erörterungen ihr erstes Gipfeltreffen ab und schufen eine neue Regionalorganisation, die Konferenz für Zusammenarbeit und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien. Einige Tage später unterzeichneten die Führer der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, die China, Kasachstan, Kirgistan, die Russische Föderation, Tadschikistan und Usbekistan umfasst, eine Charta, die diese Gruppe in eine vollwertige internationale Organisation mit einem ständigen Sekretariat in Beijing umwandelte. Sie wird unter anderem gemeinsame Anstrengungen zur Wahrung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region unternehmen und die effektive Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedstaaten fördern.

58. Die Schaffung des Büros des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Westafrika ist ein wichtiges Beispiel für die Entschlossenheit der Vereinten Nationen, in engerer Zusammenarbeit mit den Staaten, den Regionalorganisationen und der regionalen Zivilgesellschaft Lösungen für die komplexen Probleme der Subregion zu finden. Ich bin der Regierung Senegals für ihr Angebot, das Büro bei sich aufzunehmen, und für ihre Zusage, es in vollem Umfang zu unterstützen, sehr dankbar.

Wahlhilfe

59. Von September 2001 bis Juni 2002 gingen bei den Vereinten Nationen 17 Ersuchen um Wahlhilfe ein, denen sie in 14 Fällen entsprechen konnten. In vielen Ländern schreitet die Entwicklung der Wahlprozesse rasch voran. Zunehmend größere Sachkenntnisse und Kapazitäten in den einzelnen Ländern führen dazu, dass die Vereinten Nationen vermehrt um spezialisiertere technische Hilfe gebeten werden. Die Vereinten Nationen haben außerdem zusammen mit Partnerorganisationen Maßnahmen getroffen, um die

Normen für die internationale Wahlhilfe weiterzuentwickeln und zu verbessern.

60. Um mit diesen Veränderungen Schritt zu halten, werden innovative Projekte ausgearbeitet und erprobt. Die technische Überwachung von Wahlen durch Sachverständige ist eine Möglichkeit, wie die internationale Gemeinschaft Unterstützung und Beratung gewähren kann, ohne dass dies als Einmischung empfunden wird. Eine solche Überwachung wurde 2001 in den Salomonen durchgeführt. Langfristigere Projekte zur Vermittlung von staatsbürgerlichem Wissen und zum Kapazitätsaufbau für Wahlorgane werden zum Beispiel in Nigeria durchgeführt und tragen zur Demokratieentwicklung zwischen den Wahlen bei. In anderen Fällen baten die Wahlbeobachtungsgruppen um die umfassende Überprüfung ihrer Tätigkeit, um die Abläufe zu straffen und bei künftigen Wahlen größtmögliche Kostenwirksamkeit zu gewährleisten.

61. Zwei Wahlprozesse, die im vergangenen Jahr stattgefunden haben, sollten wegen ihres Erfolgs besonders erwähnt werden: die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Osttimor und die Präsidentschaftswahlen in Sierra Leone. In beiden Fällen spielten die Wahlen eine wichtige Rolle im Rahmen der weiter gesteckten internationalen Bemühungen um Konfliktabbau und Demokratieförderung.

Terrorismus

62. Im vergangenen Jahr verstärkte die Organisation ihre Arbeit auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung. Kurz nach dem 11. September 2001 verabschiedete der Sicherheitsrat einstimmig die Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001), und die Generalversammlung verabschiedete im Konsens die Resolution 56/1 und hielt im Oktober eine einwöchige Debatte ab. Die Resolution 1373 (2001) des Sicherheitsrats erlegte den Mitgliedstaaten bindende Verpflichtungen auf, den Terrorismus zu beseitigen und zu verhindern, und setzte einen Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus ein, der die Durchführung der Resolution überwachen soll. Im Juni 2002 wurde beim Büro der Vereinten Nationen für Drogenkontrolle und Verbrechensverhütung ein internationales Symposium mit dem Thema "Bekämpfung des internationalen Terrorismus: die Rolle der Vereinten Nationen" abgehalten, das auch ein Programm in die Wege leitete, um die Ratifizierung und Durchführung der zwölf universellen Rechtsakte zur Bekämpfung des Terrorismus zu fördern.

Abrüstung

63. In den multilateralen Abrüstungsforen gab es im vergangenen Jahr wenig internationale Zusammenarbeit. In der Abrüstungskonferenz stockten auch weiterhin die Verhandlungen über nukleare Abrüstung und einen Vertrag

über spaltbares Material sowie die Bemühungen, ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern. Die Überprüfung des Übereinkommens über biologische Waffen wurde bis November 2002 ausgesetzt, und der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen ist noch immer nicht in Kraft getreten.

64. Ich begrüße die Unterzeichnung des Moskauer Vertrags durch die Präsidenten der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten von Amerika am 24. Mai 2002 als einen Schritt zur Reduzierung der von ihnen stationierten strategischen Kernwaffen. Die Welt wäre jedoch sicherer und die Beziehungen zwischen den Staaten würden an Stabilität gewinnen, wenn die Reduzierungen irreversibel, transparent und verifizierbar gemacht würden. Diese Erfordernisse sind besonders wichtig angesichts des Auslaufens des Vertrags zur Abwehr ballistischer Flugkörper am 13. Juni 2002, der 30 Jahre lang ein Eckpfeiler der strategischen Stabilität war. Ein weiterer Anlass zu ernsthafter Sorge ist der scharfe Anstieg der weltweiten Militärausgaben im vergangenen Jahr, die heute auf 839 Milliarden US-Dollar geschätzt werden.

65. Das Register der Vereinten Nationen für konventionelle Waffen, ein internationaler Versuch, Transparenz und Vertrauensbildung zwischen Staaten zu fördern, die mit sieben großen konventionellen Waffenkategorien handeln, besteht jetzt seit zehn Jahren. 2001 stieg die Zahl der Teilnehmer an dem Register um 20 Prozent auf insgesamt 118 Staaten an. Auch die Mitwirkung am standardisierten Berichtssystem über Militärausgaben, einer weiteren transparenzfördernden Maßnahme, hat zugenommen.

66. Regionale Initiativen führten zu Fortschritten bei der Umsetzung des von der Konferenz der Vereinten Nationen im Jahr 2001 über den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten verabschiedeten Aktionsprogramms. Die Regionalzentren der Vereinten Nationen für Frieden und Abrüstung, die sich ausschließlich auf freiwillige Finanzbeiträge stützen, fördern diese Initiativen und unterstützen die Regionalprogramme für die Einsammlung und Vernichtung von Waffen sowie für die Ausbildung im Hinblick auf die Ausarbeitung einschlägiger Rechtsvorschriften.

67. Partnerschaften zwischen den Vereinten Nationen, Regierungen, nichtstaatlichen Organisationen und zwischenstaatlichen Organisationen wie der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften führten zu Fortschritten bei den Antiminenprogrammen und sorgten dafür, dass die Herstellung und die Weitergabe von Antipersonenminen nahezu zum Erliegen gekommen ist. 2001 traten sechs Staaten dem Übereinkommen über das Verbot von Antipersonenminen bei, sodass die Gesamtzahl der Vertragsstaaten jetzt 124 beträgt. Die Erweiterung des

Geltungsbereichs des Übereinkommens über bestimmte konventionelle Waffen auf Konflikte zwischen sowie auch innerhalb von Staaten ist ein weiterer ermutigender Fortschritt für das humanitäre Völkerrecht und das Völkerrecht auf dem Gebiet der Abrüstung.

68. Zwei Gruppen von Regierungssachverständigen, von denen eine sich mit Flugkörpern unter allen ihren Aspekten und die andere mit Abrüstungs- und Nichtverbreitungserziehung befasst, werden ihre Studien bis zur siebenundfünfzigsten Tagung der Generalversammlung abschließen, und ich empfehle den Mitgliedstaaten ihre Berichte als Handlungsgrundlage.

Sanktionen

69. Kürzlich angenommene Beschlüsse des Sicherheitsrats richteten sich unter anderem auf die Verhängung zielgerichteter Maßnahmen und die wirkungssteigernde Änderung bestehender Sanktionsregelungen. Mit Resolution 1390 (2002) des Sicherheitsrats wurden die Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung über das Hoheitsgebiet Afghanistans hinaus auch auf mit der Taliban-Bewegung verbundene Einzelpersonen und Organisationen, wie Usama Bin Laden und die Al-Qaida-Organisation, ausgedehnt. Mit Ratsresolution 1407 (2002) wurde eine Sachverständigengruppe eingesetzt, die Empfehlungen für eine verbesserte Durchsetzung des über Somalia verhängten Embargos für Waffen und militärisches Gerät abgeben soll. Entsprechend erneuerte der Rat auch das Mandat der Sachverständigengruppe für Liberia, die die Einhaltung der bestehenden Sanktionsmaßnahmen gemäß der Resolutionen 1395 (2002) und 1408 (2002) beziehungsweise mögliche Verstöße dagegen untersuchen soll. Mit der Resolution 1409 (2002) vereinfachte der Rat den Erdölverkauf und die Lieferung humanitärer Güter zu Gunsten der Zivilbevölkerung Iraks, verstärkte jedoch die Kontrolle über Güter aus dem Militärbereich und solche mit doppeltem Verwendungszweck. Die Sanktionsmaßnahmen des Sicherheitsrats gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, einschließlich des Kosovo, und gegen Sudan wurden beendet. Des Weiteren setzte der Rat mit Resolution 1412 (2002) die Reisebeschränkungen für UNITA-Mitglieder für einen Zeitraum von 90 Tagen aus.

70. Im Hinblick auf die Abwendung möglicher humanitärer Folgen von Sanktionsregelungen ersucht der Sicherheitsrat zunehmend um die Evaluierung der Wirkung von Sanktionen, um die Bewertung der humanitären Folgen bestehender Sanktionsregelungen und um eine Bewertung vor der Verhängung von Sanktionen. Das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, das mit der Bewertung der humanitären Sanktionsfolgen beauftragt ist, erarbeitet gegenwärtig eine Standardmethode, mit deren Hilfe die potenzielle Wirkung von Sanktionen auf schwächere Bevölkerungsgruppen im Vorfeld, während der

Anwendung und nach Beendigung von Sanktionsregimes eingeschätzt werden kann.

71. Ich bin erfreut über die laufenden Bemühungen auf zwischenstaatlicher und auf Sachverständigenebene, "intelligentere" Sanktionsmaßnahmen des Sicherheitsrats auszuarbeiten. In den Prozessen von Interlaken und Bonn/Berlin wurde versucht, solche Maßnahmen dadurch gezielter greifen zu lassen, dass sie genau auf die anvisierten staatlichen

und nichtstaatlichen Akteure zugeschnitten, ihre nachteiligen humanitären oder wirtschaftlichen Auswirkungen auf Drittstaaten jedoch auf ein Mindestmaß reduziert werden. Der zurzeit vonstatten gehende Prozess von Stockholm gilt der Durchführung zielgerichteter Sanktionen. Bei solchen Sachverständigentreffen kann die Teilnahme von Partnern, vor allem aus dem Privatsektor, dazu beitragen, den erforderlichen politischen Willen für wirksame Sanktionen zu mobilisieren. Verfeinerte finanzielle Sanktionen werden im Einklang mit Resolution 1373 (2001) des Sicherheitsrats die Bemühungen zur Blockierung der Geldmittelströme für terroristische Aktivitäten stützen. Schließlich sind zielgerichtete Sanktionen nicht nur ein wirksames Mittel, um Konflikte beizulegen, sondern sie könnten auch eine wichtige Abschreckungsfunktion einnehmen und einen Beitrag zu einer Gesamtstrategie der vorbeugenden Diplomatie leisten.

Kapitel II

Erfüllung der humanitären Verpflichtungen

72. Die Größenordnung und die Vielgestaltigkeit der humanitären Herausforderungen des vergangenen Jahres haben deutlich werden lassen, dass die Vereinten Nationen noch besser befähigt werden müssen, rasch und wirksam zu reagieren und von Krieg und Naturkatastrophen betroffenen Zivilpersonen umfassenden Schutz zu bieten. In verschiedenen Regionen, vor allem in Afrika, dauerten seit langem bestehende Krisen, die häufig eng mit hartnäckigen und gewaltsamen zwischenstaatlichen und regionalen Konflikten verflochten sind, unvermindert an. Naturkatastrophen, ökologische Notstände und die Ausbreitung ansteckender Krankheiten, an vorderster Stelle HIV/Aids, haben ebenfalls hohe Verluste an Menschenleben verursacht.

73. Die Verschiedenartigkeit der gegenwärtigen Krisen erfordert flexible, strategische und systemweite Maßnahmen, die die Bereitstellung von Nothilfe mit der Suche nach dauerhaften Lösungen verknüpfen. Der Schutz von Zivilpersonen steht im Mittelpunkt der umfassenden Antwortmaßnahmen der Vereinten Nationen auf komplexe Notstandssituationen. Je nach Land und Region mögen zwar vielleicht andere Mittel zum Einsatz gelangen, in jedem Fall aber konzentrieren sich die Vereinten Nationen auf Bereiche, in denen sie über komparative Vorteile verfügen, und bilden starke Partnerschaften mit anderen internationalen Institutionen sowie mit Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen.

Herausforderungen auf dem Gebiet des Schutzes und der Hilfe für Flüchtlinge und Binnenvertriebene

74. Eine beunruhigend hohe Zahl von Zivilpersonen – insgesamt über 50 Millionen – wird weiterhin weltweit durch Naturkatastrophen oder bewaffnete Konflikte vertrieben. Während Friedensinitiativen in Ländern wie Afghanistan, Angola, Sierra Leone und Sri Lanka die Wiedereingliederung vieler Flüchtlinge und Binnenvertriebenen möglich machten, lösten die immer gravierenderen humanitären Krisen in anderen Ländern Afrikas, Asiens, Europas und auf dem amerikanischen Kontinent neue Vertreibungswellen aus. Versperrter Zugang zu vertriebenen Bevölkerungsgruppen, mangelnde Achtung der Menschenrechte und der humanitären Grundsätze sowie unzureichende Finanzmittel stellen die Organisationen der Vereinten Nationen und die humanitären Hilfsorganisationen

insgesamt bei ihren Bemühungen, den am stärksten gefährdeten Gruppen Schutz und Hilfe zu bringen, weiterhin vor enorme Herausforderungen.

75. In diesem Bereich bedarf es systemweiter Politiken und Mechanismen, um zu gewährleisten, dass die mit Binnenvertreibungen verbundenen Probleme in berechenbarer Weise und auf dem Weg der Zusammenarbeit angegangen werden. Im Januar 2002 wurde unter der Führung des Nothilfekordinators und in enger Zusammenarbeit mit meinem Beauftragten für Binnenvertriebene sowie mit den zuständigen Organisationen eine interinstitutionelle Gruppe für Binnenvertreibungen geschaffen. Diese Gruppe hat Landesteam bereits gezielt bei humanitären Einsätzen unterstützt, unter Heranziehung der Leitgrundsätze betreffend Binnenvertreibungen als übergeordneter Rahmen für ihre Tätigkeit, so etwa in Afghanistan, Guinea, Indonesien, Kolumbien, Liberia, Sierra Leone, Simbabwe, Somalia, Sri Lanka, Sudan, Uganda und anderswo. Sie hat auch Feldmissionen durchgeführt, um sich ein Bild von der jeweiligen Vertreibungssituation zu machen, Lücken bei den Antwortmaßnahmen aufzuzeigen und konkrete Empfehlungen für Verbesserungen abzugeben.

76. Für die Bewältigung von Problemen der Binnenvertreibung ist in erster Linie der betroffene Mitgliedstaat verantwortlich. In verschiedenen Ländern, in denen gravierende Vertreibungskrisen bestanden, arbeiteten die Vereinten Nationen eng mit der jeweiligen Regierung zusammen, um an die spezifischen Gegebenheiten angepasste Antwortstrategien zu entwickeln. Dazu gehörte unter anderem die Aufnahme operativer Mindestnormen in das innerstaatliche Recht, so etwa in Angola und vor kurzem in Uganda, um sicherzustellen, dass vertriebene Bevölkerungsgruppen aus ihren vorläufigen Unterkünften in gefährlichen Gebieten weg- und an Orten untergebracht werden können, wo es keine Landminen gibt und sie nicht der Gefahr von Kampfhandlungen ausgesetzt sind und wo besser für Basisdienstleistungen und Schutz gesorgt werden kann, bis die Rückkehr oder eine dauerhafte Neuansiedlung möglich ist. Dieses Vorgehen hat es den Vereinten Nationen auch ermöglicht, Verhandlungen mit nichtstaatlichen Akteuren aufzunehmen, um Zugang zu Bevölkerungsgruppen zu erlangen, die von jeder Hilfe abgeschnitten waren, wie etwa in Sudan und Kolumbien.

77. Von den Millionen Vertriebenen auf der Welt fallen die Flüchtlinge unter das spezifische Mandat des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), ebenso wie auch Personen, die unter der Obhut des UNHCR stehen. Ende 2001 waren dies 19,8 Millionen Menschen, darunter Flüchtlinge, Asylsuchende, zurückkehrende Flüchtlinge in den Anfangsphasen der Wiedereingliederung und bestimmte Binnenvertriebene. 2001 begann das UNHCR damit, intensiv an Staaten, nichtstaatliche Organisationen und andere Interessengruppen heranzutreten, mit dem Ziel, das internationale Rahmenwerk für den Flüchtlingsschutz neu zu beleben und den fünfzigsten Jahrestag des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge zu begehen. Durch die "Globalen Konsultationen über internationalen Schutz" sollten die Staaten in die Lage versetzt werden, in einem Geist des Dialogs und der Zusammenarbeit an die Herausforderungen auf dem Gebiet des Flüchtlingsschutzes heranzugehen, denen sie sich zur Zeit gegenübersehen. Aus diesen Konsultationen ging eine umfassende Schutzagenda hervor, die die Schlüsselbereiche nennt, in denen Verbesserungen in Bezug auf den Schutz und die Lastenteilung herbeigeführt werden könnten.

78. Die positiven Entwicklungen in einigen Ländern ermöglichten 2001 die Rückkehr von über 700.000 Flüchtlingen und Binnenvertriebenen. Anderswo führten jedoch bewaffnete Konflikte und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen zu neuen Flüchtlingsströmen, vor allem in Afrika. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 veranlassten mehrere Staaten dazu, die Asylverfahren durch rechtliche und praktische Maßnahmen zu verschärfen. Manche Länder ergriffen Maßnahmen, um sich gegen den vermischten Zustrom von Asylsuchenden und von Wirtschaftsmigranten zu wehren, unter anderem auch Abfangmaßnahmen auf See.

79. In Afrika kehrten rund 100.000 Flüchtlinge aus Sierra Leone freiwillig aus den Nachbarländern zurück, als sich die Lage nach dem Ende des Krieges stabilisierte und der Entwaffnungsprozess abgeschlossen war. Über 50.000 Flüchtlinge wurden aus Äthiopien wieder nach Nordwest- und Nordostsomalien zurückgeführt. Rund 36.000 Flüchtlinge kehrten aus Sudan nach Eritrea zurück. Wenngleich sich diese Zahlen angesichts der Gesamtzahl von 5 Millionen Flüchtlingen in ganz Afrika bescheiden ausnehmen, so stellen sie doch einen wichtigen Fortschritt dar.

80. Behauptungen, dass Frauen und Kinder durch humanitäre Helfer und Friedenssicherungskräfte sexuell missbraucht und ausgebeutet worden seien, zwangen die humanitären Organisationen dazu, an verschiedenen Fronten rasche Maßnahmen zu Gunsten von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen zu ergreifen. Der Ständige

interinstitutionelle Ausschuss setzte eine Arbeitsgruppe ein, die Empfehlungen bezüglich konkreter Verhaltensnormen für die humanitären Helfer, bezüglich besserer Mechanismen der Rechenschaftspflicht und Verantwortlichkeit, insbesondere für Personen in Führungspositionen, und bezüglich verstärkter Systeme zur Bereitstellung von Schutz und Hilfe an die von humanitären Krisen betroffenen Bevölkerungsgruppen ausarbeitete.

81. Damit Rückkehrbewegungen dauerhaften Bestand haben können, arbeitet das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars mit Entwicklungsorganisationen wie dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und der Weltbank zusammen. Bei diesen Partnerschaften geht es primär darum, für den Übergang von der Nothilfe zur Entwicklung zu sorgen und sicherzustellen, dass die Rückkehrer ein neues Leben aufbauen und produktiv tätig sein können.

82. In Südosteuropa waren einige hoffnungsvolle Entwicklungen zu verzeichnen. Initiativen im Süden Serbiens (Bundesrepublik Jugoslawien), wie etwa die Schaffung einer multiethnischen Polizei, halfen mit, neue Ausschreitungen zu verhindern. In der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien trugen europäische Beobachter und Vertreter der Nordatlantikvertrags-Organisation sowie des UNHCR zur Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Volksgruppen bei; mehr als 80 Prozent der 170.000 Vertriebenen wurden bei der Rückkehr an ihre Heimstätten unterstützt. Entsprechend konnten auch in Bosnien und Herzegowina sowie in Kroatien rund 100.000 Flüchtlinge und Binnenvertriebene nach Hause zurückkehren. Für über 800.000 Menschen aus diesen Ländern war die Rückkehr jedoch bisher noch nicht möglich. Das UNHCR bemüht sich weiterhin darum, sicherzustellen, dass die lokalen Behörden die Eigentumsgesetze anwenden und beim Wiederaufbau im Krieg zerstörter Häuser behilflich sind, zwei Maßnahmen, die den Repatriierungsprozess fördern können.

83. Mexiko lieferte ein positives Beispiel für lokale Integration, als die Regierung mehr als 1.300 Flüchtlingen aus Guatemala, die sich dazu entschlossen hatten, nicht in ihr Land zurückzukehren, die mexikanische Staatsangehörigkeit verlieh. Die organisierte Neuansiedlung in Drittländern erwies sich weiterhin als dauerhafte Lösung für viele Flüchtlinge, darunter insbesondere Opfer traumatischer Ereignisse und Flüchtlinge, die in ihrem Erstasyland mit ernsthaften Schutzproblemen konfrontiert waren. Insgesamt wurden 2001 unter der Schirmherrschaft des UNHCR rund 33.100 Flüchtlinge (44 Prozent davon Frauen und Mädchen) neu angesiedelt. 25 Länder nahmen Flüchtlinge zur Neuansiedlung auf; allerdings entfielen

98 Prozent der Neuansiedlungskandidaten auf nur zehn Länder.

84. Es wurden Anstrengungen unternommen, Frauen, Kinder (einschließlich Heranwachsender) und ältere Menschen unter den Flüchtlingen besonders zu berücksichtigen, um sicherzustellen, dass ihre Bedürfnisse bei der Planung und Durchführung von Einsätzen zu Gunsten von Flüchtlingen angemessen ermittelt und gedeckt werden. Schätzungsweise 1 Million Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge nahmen an Bildungsprogrammen teil, die vom UNHCR, dem UNICEF und anderen humanitären Partnern unterstützt wurden; 40 Prozent davon waren Mädchen und junge Frauen. Die Organisationen der Vereinten Nationen fördern auch weiterhin den Bildungszugang, sowohl als grundlegendes Menschenrecht wie auch als Mittel, Flüchtlingskinder in geringerem Maße der Gefahr auszusetzen, als Soldaten rekrutiert oder zu Zwangsarbeit und Prostitution gezwungen zu werden. Besondere Aufmerksamkeit galt auch der Verringerung der unverhältnismäßigen Auswirkungen der Staatenlosigkeit auf Frauen, wenn sie versuchen, Eheschließungen und Geburten eintragen oder traditionelle Eheschließungen anerkennen zu lassen, dem Frauenhandel zu entgehen, ihre Rechtsstellung an ihre staatenlosen Kinder oder Ehegatten weiterzugeben und sich Ausweispapiere zu verschaffen. Das UNHCR setzt sich weiterhin dafür ein, den Beitritt zu den einschlägigen Übereinkommen über die Staatenlosigkeit zu fördern, mit einigen positiven Ergebnissen.

Erbringung humanitärer Hilfe und das Problem von Notsituationen, für die nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen

85. Die Erbringung von Hilfe und die Mobilisierung angemessener Ressourcen für unterfinanzierte Notsituationen waren im Jahr 2002 genauso problematisch wie in den vorhergehenden Jahren, und die Geberreaktion auf die konsolidierten Appelle der Vereinten Nationen ist nach wie vor unbefriedigend. In Anbetracht der durch Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen bedingten Entwicklung der internationalen Sicherheitssituation und der überwiegend in bestimmte humanitäre Situationen fließenden Mittel ist unbedingt geboten, dass die internationale Gemeinschaft anderen humanitären Krisen, die kein so hohes Profil besitzen, intensive Aufmerksamkeit und ausreichende Mittel zukommen lässt.

86. Angesichts der Krise in Afghanistan führte das Welternährungsprogramm (WEP) eine der größten Hilfsaktionen seiner Geschichte durch. Ende 2001 verdoppelte es nahezu den Umfang der diesem Land gewährten Hilfe, um über 6 Millionen Menschen zu erreichen und einen Vorrat an lebenswichtigen Nahrungsmitteln für die schwierige Winterperiode anzulegen.

Das WEP unterstützte weiterhin große Teile der Ärmsten und Schwächsten auf der Welt, die nicht über eine gesicherte Ernährung verfügen und von Naturereignissen und anthropogenen Katastrophen betroffen waren. Auf Grund von Beiträgen in Rekordhöhe war es in der Lage, 77 Millionen Menschen in 82 Ländern fast 4,2 Millionen Tonnen Nahrungsmittelhilfe zukommen zu lassen, als lebensrettende Soforthilfe und als Unterstützung in Langzeitkrisen. Mit seiner Hilfe für das afghanische Bildungsministerium stellte das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) sicher, dass über 2,9 Millionen Kinder nach Beendigung der im März 2002 durchgeführten Kampagne "Zurück zur Schule" wieder eine Schule besuchen konnten.

87. Positive politische Entwicklungen trugen zu einer Verbesserung der humanitären Bedingungen bei oder schufen zumindest die Voraussetzungen für erweiterte humanitäre Hilfe in einer Reihe von Konfliktzonen. In Angola veränderte die Waffenruhevereinbarung vom 4. April 2002 das humanitäre Umfeld nachhaltig. Zu Beginn des Jahres 2002 leisteten die humanitären Organisationen Hilfe für 1,9 Millionen gefährdete Menschen. Als Ergebnis der Waffenruhe ist jetzt der Zugang zu weiteren 800.000 möglich geworden, für einige von ihnen zum ersten Mal seit mehreren Jahren. Der Gesundheits- und Ernährungszustand vieler dieser Menschen, insbesondere der Frauen und Kinder, ist äußerst schlecht und erfordert sofortige Hilfe. Es gilt, sich der besonderen Gesundheitsbedürfnisse von Frauen und heranwachsenden Mädchen anzunehmen, vor allem auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit. Um diese neue Gruppe hilfsbedürftiger Menschen betreuen zu können, werden die Mittel deutlich aufgestockt werden müssen.

88. Die Verbesserung der Sicherheitslage in Sierra Leone seit Januar 2002 erlaubte den humanitären Organisationen zum ersten Mal seit zehn Jahren den Zugang zu allen Landesteilen. Dies ermöglichte es dem UNICEF, durch die Renovierung von Schulen, die Bereitstellung von Lehr- und Lernmaterialien und Möbeln und durch Auffrischkurse für Lehrer die Ausweitung der Grundschulbildung zu unterstützen. Bildung trägt zur Wiederherstellung von Normalität bei und spielt bei der Wiedereingliederung ehemaliger Kindersoldaten eine entscheidend wichtige Rolle.

89. An vielen anderen Orten sind jedoch die Friedensverhandlungen ins Stocken geraten, und angesichts der immer unsichereren Lage können viele Menschen nicht mehr erreicht werden. In Liberia hat sich auf Grund der anhaltenden Kämpfe zwischen Regierungstruppen und bewaffneten Elementen der Oppositionsbewegung die humanitäre Lage erheblich verschlechtert. Derzeit erhalten schätzungsweise nur 120.000 Menschen humanitäre Hilfe, während zu rund 200.000 gefährdeten und vertriebenen

Personen in ländlichen Gebieten kein Zugang möglich ist. Dennoch hat der Spendenaufruf zur Bedürfnisdeckung in Liberia 2002 nur ein begrenztes Echo gefunden, und für manche Organisationen der Vereinten Nationen sind daraus überhaupt keine Mittel abgefallen. Dies hat dazu geführt, dass selbst so lebenswichtige Grundbedürfnisse wie Unterkunft und Wasser nicht mehr gedeckt werden können.

90. Die humanitäre Lage in der Demokratischen Republik Kongo ist auch weiterhin äußerst schlecht. Das größte Hindernis für die humanitären Organisationen der Vereinten Nationen ist der fehlende Zugang. So waren sie im April 2002 zur Evakuierung von Shabunda gezwungen, wo Ernährungserhebungen zufolge insgesamt mehr als 20 Prozent der Kinder unter fünf Jahren an Mangelernährung litten. Besonderen Anlass zur Sorge gibt die humanitäre Lage im Osten des Landes. Im Januar 2002 zwang der Ausbruch des außerhalb von Goma gelegenen Vulkans Nyiragongo fast die gesamte Bevölkerung der Stadt vorübergehend zur Flucht. Das UNICEF und seine Partnerorganisationen leisteten Hilfe für über 80.000 Familien, die von dem Vulkanausbruch betroffen waren.

91. In Sudan hat sich die humanitäre Lage weiter verschlechtert. Hartnäckige Konflikte im östlichen Equatoria und anderswo im Land haben Familien entwurzelt und behindern den Zugang der Zivilbevölkerung zu Nahrungsmitteln, sauberem Wasser, Gesundheitsversorgung und Bildung. Zutiefst beunruhigend ist auch, dass immer wieder Frauen und Kinder entführt werden. Im Januar 2002 wurde in den Nuba-Bergen eine Waffenruhe ausgehandelt, die es ermöglichte, in diesem Gebiet, das bis dahin keinerlei Hilfe erhalten hatte, eine Bedarfsermittlung durchzuführen und Hilfsgüter auszuliefern.

92. In Irak stellte das vom Sicherheitsrat mit der Resolution 986 (1995) eingerichtete und von dem Büro für das Irak-Programm verwaltete Programm "Öl für Lebensmittel" weiterhin Nahrungsmittel, Gesundheitsversorgung, Ernährung, Wohnraum, Landwirtschaft, Wasser- und Sanitärversorgung zur Verfügung. In den 15 Provinzen im zentralen und südlichen Landesteil Iraks verbesserte sich die Gesundheitsversorgung, hauptsächlich dadurch, dass mehr am Ort hergestellte und importierte Arzneimittel zur Verfügung stehen und dass mehr Operationen und Laboruntersuchungen durchgeführt wurden. Was den Wohnungssektor angeht, wurden im Jahr 2001 in den Zentral- und Südprovinzen 14,9 Millionen Quadratmeter Wohnfläche gebaut, sodass Wohnraum für rund eine halbe Million Menschen und 200.000 neue Arbeitsplätze für gelernte und ungelernte Arbeitskräfte geschaffen wurden.

93. In den vergangenen sieben Jahren wurden im Rahmen des Programms humanitäre Hilfsgüter und Ausrüstung im

Wert von über 23 Milliarden Dollar an Irak geliefert, während die Herstellung beziehungsweise Auslieferung weiterer Hilfsgüter im Wert von mehr als 10 Milliarden Dollar erst angelaufen ist. Wegen des geringeren Umfangs der Erdölexporte und der entsprechenden Mindereinnahmen des Programms kommt es jedoch zunehmend zu Finanzierungsausfällen.

94. Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten erbringt Bildungs-, Gesundheits-, Hilfs- und soziale Dienste und führt einkommenschaffende Programme für über 4 Millionen palästinensische Flüchtlinge durch. Bis 31. Mai 2002 hatten die Geber Beitragszusagen in Höhe von 254,5 Millionen Dollar abgegeben, wodurch ein Defizit von schätzungsweise 53 Millionen Dollar entsteht. Ein solcher Mittelrückgang würde Qualität und Umfang der Dienste des Hilfswerks im Gesundheits- und Bildungsbereich in Frage stellen. Die heftige Eskalation der Gewalt seit Februar 2002 hatte außerordentlich umfangreiche Zerstörungen der Verwaltungsinfrastruktur zur Folge. Es wird damit gerechnet, dass viele Palästinenser, darunter auch Flüchtlinge, die von den durch die Palästinensische Behörde bereitgestellten Dienstleistungen des öffentlichen Sektors abhängig waren, sich nun um Unterstützung an das Hilfswerk wenden werden. Es wird geschätzt, dass dem Hilfswerk damit allein im Westjordanland zusätzliche Ausgaben in Höhe von 46 Millionen Dollar entstehen werden. Es bereitet zurzeit einen ergänzenden Appell zur Deckung der zusätzlichen Nothilfekosten vor. Angesichts dieser Situation ernannte ich eine Persönliche Humanitäre Abgesandte mit dem Auftrag, eine Mission zur Ermittlung von Art und Ausmaß der humanitären Krise in der Region durchzuführen.

95. In der Demokratischen Volksrepublik Korea erzielten die Vereinten Nationen und ihre Partnerorganisationen gewisse Fortschritte bei der Deckung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung und unterstützten die Bemühungen um den Übergang zur Entwicklung. Die kritische Mittelknappheit, vor allem für lebenswichtige Medikamente und Nothilfeprogramme zur Verbesserung der Ernährungslage, bringt jedoch schwächere Gruppen in Lebensgefahr, obwohl dies durchaus vermeidbar wäre. Besorgniserregend ist vor allem der Mangel an Finanzmitteln für Ernährungsprogramme. Bei dem UNICEF sind weniger als 10 Prozent der zur Unterstützung von Kindern mit schwerer Mangelernährung benötigten Mittel eingegangen, obwohl 2,5 Millionen Kinder unter fünf Jahren sowie rund 930.000 schwangere und stillende Mütter davon bedroht sind. Ebenso sah sich auch das Welternährungsprogramm (WEP) im April 2002 gezwungen, die Verteilung von Getreide an Kinder und ältere Menschen einzustellen, um diese Ressourcen den am stärksten gefährdeten Menschen vorzubehalten.

96. Auf dem Gebiet des Kinderschutzes wurde 2001 mit der Demobilisierung von über 3.500 Kindersoldaten in Sudan ein bemerkenswerter Erfolg erzielt, das Ergebnis von mehr als zwölf Monate dauernden Verhandlungen, Planungen und Vorbereitungen. Weitere Maßnahmen umfassten weit gefächerte Aktivitäten zur humanitären Aufklärung über die Minengefahr in Somalia, Programme für den Aufbau eines Pflegesystems für Kinder ohne unmittelbar verantwortliche Betreuungspersonen in Uganda und Kampagnen zur Unterstützung der Geburtenregistrierung in Angola.

97. Durch nationale Impftage mobilisierten das UNICEF, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und andere Partnerorganisationen ganze Gemeinschaften und erreichten so auch Kinder, zu denen die Mitarbeiter der Hilfsorganisationen sonst keinen Zugang gehabt hätten. Solche Massenkampagnen wurden bereits in mehreren Konfliktgebieten durchgeführt, so auch in Afghanistan, Angola, der Demokratischen Republik Kongo und Sudan. Um diese Impfmaßnahmen inmitten von Kampfhandlungen durchführen zu können, wurden mit den kriegführenden Parteien "Tage der Ruhe" ausgehandelt und damit eine humanitäre Waffenruhe geschaffen. Solche Initiativen führten auch zu Fortschritten außerhalb des Gesundheitsbereichs, zum Beispiel in Sierra Leone, wo die Verhandlungen mithalfen, den Friedensprozess voranzubringen.

98. Im April und Mai 2002 führten die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und das WEP eine gemeinsame Mission zur Lagebeurteilung in sechs Ländern des südlichen Afrika durch. In diesen Ländern herrscht eine gravierende Nahrungsmittelknappheit, und sie sind außerdem einer Reihe anderer Gefährdungsfaktoren ausgesetzt, einschließlich verstärkter Vulnerabilität auf Grund von HIV/Aids. Die Lagebeurteilung ergab, dass bis zu 13 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht sind. In Anbetracht dieser Ergebnisse erließen die Vereinten Nationen im Juli 2002 Appelle für die betroffenen Länder, um 611 Millionen Dollar für Soforthilfe aufzubringen. Die ersten Reaktionen hierauf waren positiv.

99. Der in die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze eingegliederte Dienst der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) sind die wichtigsten Stellen, die humanitäre Antiminenprogramme durchführen. Das UNICEF unterstützt Programme zur Aufklärung über die Minengefahr in 25 Ländern, in denen Minen verlegt wurden, während das UNDP in 16 Ländern technische Beratung gewährt. Das von dem Dienst für Antiminenprogramme koordinierte humanitäre Antiminenprogramm in der Provinz Kosovo (Bundesrepublik Jugoslawien) ging im Dezember

2001 nach zweieinhalb Jahren zu Ende, nachdem alle bekanntermaßen von Landminen oder nicht zur Wirkung gelangten Kampfmitteln betroffenen Gebiete bis auf ein annehmbares Restniveau geräumt worden waren.

100. Die während des vergangenen Jahres verübten Übergriffe auf humanitäre Helfer verdeutlichten zum einen, wie wichtig es ist, die Sicherheit des Personals zu gewährleisten, und zum anderen, wie notwendig eine unbestrittene humanitäre Präsenz vor Ort ist. Unzureichende Sicherheit für die Weiterführung humanitärer Einsätze, infolge deren internationale Helfer abgezogen werden mussten, bildete das Haupthindernis für den Zugang zu hilfsbedürftigen Bevölkerungsgruppen.

101. Da sich zunehmend die Einsicht durchgesetzt hat, dass die Sicherheit des Personals aus dem ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen finanziert werden sollte, verfügt das Büro des Sicherheitskoordinators der Vereinten Nationen jetzt über einen hauptamtlich tätigen Sicherheitskoordinator mit dem Rang eines beigeordneten Generalsekretärs, einen Kernhaushalt und 100 Beauftragte für Sicherheitsfragen im Feld, die in Krisengebieten stationiert sind. Zu den Initiativen zur Verbesserung des Sicherheitsmanagements zählten unter anderem die Schaffung von Mindestsicherheitsnormen für den Feldeinsatz (die die grundlegenden Sicherheitsmaßnahmen für ein bestimmtes Land oder ein bestimmtes Einsatzumfeld festlegen), eine obligatorische Sicherheitsausbildung für 4.500 in einem Gefahrenumfeld tätige Bedienstete der Vereinten Nationen und die Verbreitung von Informationen, Auswahlkriterien für Sicherheitspersonal und Ausbildungsnormen und -methoden durch das Interinstitutionelle Netzwerk für Sicherheitsmanagement.

102. Dennoch wurden trotz größter Anstrengungen der Vereinten Nationen, ihr Personal mit den für die operative Sicherheit gebotenen Kompetenzen und Ressourcen auszustatten, in den ersten sieben Monaten des Jahres 2002 vier ihrer Mitarbeiter getötet und zwei entführt.

Naturkatastrophen-Management: Antwortmaßnahmen auf Notfälle und Kapazitätsaufbau

103. Die Häufigkeit und Schwere von Naturkatastrophen nimmt weiter zu; sie treffen im Durchschnitt rund 200 Millionen Menschen pro Jahr, die ihr Heim, ihren Grund und Boden und den Zugang zu Arbeitsplätzen verlieren. Zunehmend drohen Naturkatastrophen auch die bei der Entwicklung erzielten Fortschritte zunichte zu machen.

104. Das System der Vereinten Nationen arbeitet eng mit den Regierungen zusammen, um ihre Kapazität zur Katastrophenvorbeugung und -bewältigung zu stärken. Das

UNDP setzt sich dafür ein, die Katastrophengefährdung in allen Phasen der nationalen Entwicklungsplanung zu berücksichtigen, insbesondere im Hinblick auf den Kapazitätsaufbau in katastrophengefährdeten Ländern im Einklang mit der Internationalen Katastrophenvorbeugungsstrategie.

105. Wenn nur in begrenztem Maß tragfähige einzelstaatliche Mechanismen für die Naturkatastrophenabwehr zur Verfügung stehen, gewähren die Vereinten Nationen Hilfe in Form der Ressourcenmobilisierung und Bereitstellung von Not- und Normalisierungshilfe für die betroffene Bevölkerung. 2002 ereigneten sich in der ersten Jahreshälfte in Gebieten, in denen ohnehin bereits eine komplexe Notsituation bestand, zwei Naturkatastrophen, die sowohl in der Notstands- als auch in der Schadensbeseitigungsphase integrierte Maßnahmen seitens der Vereinten Nationen erforderten: der Vulkanausbruch in Goma (Demokratische Republik Kongo) und das Erdbeben in Afghanistan.

106. Im südlichen Afrika und in Zentralasien herrscht zurzeit eine Dürre, während Afghanistan, China, die Islamische Republik Iran, Jamaika, Kenia, Mitteleuropa, die Philippinen, die Russische Föderation und Südasiens vor kurzem von Überschwemmungen heimgesucht wurden. Die Klimaschwankungen werden wahrscheinlich noch heftiger werden und auch in Zukunft Dürren und Überschwemmungen verursachen. Um den Ländern zu helfen, sich besser für die Bewältigung von Wetterkatastrophen, einschließlich eines möglichen neuen El-Niño-Zyklus, zu rüsten, baut das System der Vereinten Nationen die bestehenden Frühwarnsysteme aus und stellt Beratung, Aufklärung und Schulung bereit, um die Widerstandsfähigkeit gegenüber Naturkatastrophen zu verstärken.

Koordinierung der Hilfe und Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten

107. Im humanitären Bereich spielen die Vereinten Nationen über die direkte Hilfeleistung hinaus eine vorrangige Rolle bei der Koordinierung der Hilfe und des Schutzes für Menschen in Not. Die Gemeinschaft der Organisationen und Institutionen, die rund um die Welt humanitäre Arbeit leisten, ist heute größer und vielfältiger als je zuvor. Koordinierung setzt daher eine rechtzeitige und wirksame Planung, das Vermeiden von Doppelarbeit und eine effiziente und wirksame Nothilfe voraus. Durch das System der Residierenden Koordinatoren/Humanitären Koordinatoren fördern die Landteams der Vereinten Nationen auch weiterhin die Kohärenz der Krisenmaßnahmen überall auf der Welt, indem sie im

jeweiligen Land die Hilfs-, Schadensbeseitigungs- und Wiederaufbaumaßnahmen unterstützen.

108. In den meisten Situationen handeln die Vereinten Nationen in Partnerschaft mit internationalen und nichtstaatlichen Organisationen, um Notstandskordinierungsmechanismen einzurichten, über den Zugang zu den Hilfsbedürftigen zu verhandeln, Ressourcen zu mobilisieren und gemeinsame Dienste bereitzustellen, wie etwa Lufttransport und Kommunikation.

109. Im vergangenen Jahr erstreckte sich die Koordinierungsarbeit auch auf die Fortsetzung der Hilfsmaßnahmen in seit langem bestehenden, komplexen Notsituationen. Alle 18 Länder oder Regionen, für die die Vereinten Nationen einen Konsolidierten interinstitutionellen Appell erließen, waren Gebiete, in denen die Vereinten Nationen bereits seit geraumer Zeit humanitär engagiert sind. In jedem Einzelfall wurden die Koordinierungsregelungen überprüft oder verstärkt, und es wurden weitere Anstrengungen unternommen, um mehr Finanzmittel aufzubringen. In Afghanistan wurden die Koordinierungsregelungen am stärksten verändert; das Ergebnis war die Schaffung der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA), eine integrierte Mission, die darauf ausgelegt ist, politische Prozesse, Staats- und Regierungsführung und Friedenskonsolidierung zu unterstützen und gleichzeitig vordringlichen Bedürfnissen im humanitären Bereich und bei der Schadensbeseitigung zu entsprechen. Die UNAMA enthält eine Säule für Hilfe, Normalisierung und Wiederaufbau, die von meinem Stellvertretenden Sonderbeauftragten geleitet wird, der die Aufgaben eines Residierenden Koordinators/Humanitären Koordinators und eines designierten Sicherheitsbeauftragten wahrnimmt. In Unterstützung der Feldeinsätze hat eine gemeinsame Arbeitsgruppe der Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklung und des Exekutivausschusses für humanitäre Angelegenheiten das Programm für Sofort- und Übergangshilfe für Afghanistan ausgearbeitet, das Hilfs-, Normalisierungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen im Rahmen einer integrierten Strategie durchführen soll, die den Schwerpunkt beim Aufbau nationaler Kapazitäten setzt.

110. Somit ist die UNAMA bestrebt, ein neues Modell der strategischen Koordinierung mit der Regierung Afghanistans zu entwickeln. Die Programmkoordinierung auf nationaler Ebene erfolgt durch acht Programmsekretariate, die die jeweiligen Partnerressorts der Regierung unterstützen. Eine Organisation, ein Fonds oder ein Programm der Vereinten Nationen wurde jeweils für einen bestimmten Bereich zum Programmsekretariat bestimmt, so etwa das UNICEF für den Bildungsbereich und die WHO für den Gesundheitsbereich.

111. Im November 2001 veröffentlichte ich meinen zweiten Bericht über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten

Konflikten. Der Schutz von Zivilpersonen ist ein Dachbegriff, der rechtliche, militärische, humanitäre und menschenrechtliche Elemente mit einschließt. Im vergangenen Jahr wurden verschiedene praktische Maßnahmen ergriffen. In die Friedenssicherungsmissionen wurden Kinderschutz- und Gleichstellungsberater aufgenommen; jüngste Resolutionen des Sicherheitsrats traten für den sicheren und ungehinderten humanitären Zugang zu gefährdeten Bevölkerungsgruppen, namentlich Frauen und Kindern, ein, und der Rat prüft zur Zeit die Möglichkeit, Sanktionen so zu gestalten, dass unbeabsichtigte humanitäre Auswirkungen auf ein Mindestmaß reduziert bleiben.

112. Im März 2002 fasste der Sicherheitsrat ein Aide-Mémoire (S/PRST/2002/6, Anlage) ab, das als Richtschnur für Beratungen über die Einsetzung, Überprüfung oder Beendigung von Friedenssicherungseinsätzen dienen soll. Bei länderspezifischen Erörterungen über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten ist das Aide-Mémoire innerhalb des Sekretariats bereits herangezogen worden, so zum Beispiel im Kontext des angolanischen Friedensabkommens und in jüngster Zeit als Werkzeug für eine Bilanz der Erfahrungen der Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone.

113. Die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von Exkombattanten ist häufig eine grundlegende Voraussetzung der Bemühungen um Konfliktbeendigung und die Herbeiführung von dauerhaftem Frieden und nachhaltiger Entwicklung. Die Exkombattanten müssen Hilfe bei der Rückkehr in ein normales Zivilleben erhalten, die sie wieder aufnehmende Gemeinschaft wird häufig Unterstützung benötigen, und alle diese Bemühungen müssen durch den politischen Willen der Konfliktparteien und der internationalen Gemeinschaft mitgetragen werden. Wirksame Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramme müssen von der unmittelbaren Konfliktfolgezeit bis hin zu langfristigeren Entwicklungsbemühungen reichen und erfordern daher die koordinierten Anstrengungen verschiedener Teile der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft, der Gastregierungen und der Konfliktparteien. Im vergangenen Jahrzehnt wurden Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsaufgaben in verschiedene Friedenssicherungsmandate aufgenommen, so unter anderem in diejenigen für Angola, Kambodscha, Liberia und Mosambik. Die zahlreichen aus diesen Erfahrungen gezogenen Lehren werden bei laufenden Einsätzen berücksichtigt, etwa in der Demokratischen Republik Kongo und in Sierra Leone, wo die Mission der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo beziehungsweise die Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone im Berichtszeitraum in Koordinierung mit den Vereinten Nationen und anderen Partnern, einschließlich der

Weltbank, eine führende Rolle gespielt haben. Bei den Bestrebungen um umfassende Konzeptionen und um die Koppelung der Friedenssicherung und der humanitären Hilfe an langfristige Normalisierungsstrategien haben sich die Erfahrungen des UNDP bei der Unterstützung der Demobilisierung und Wiedereingliederung von Exkombattanten und bei der Reduzierung von Kleinwaffen als äußerst wertvoll erwiesen. Solche Programme verringern die Unsicherheit und erleichtern die Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit in Ländern wie Tschad und der Zentralafrikanischen Republik und in Regionen wie dem ostafrikanischen Zwischenseengebiet. Auch die Tätigkeit des UNICEF im Hinblick auf die Demobilisierung und Wiedereingliederung von Kindersoldaten in verschiedenen Ländern ging weiter, unter anderem in der Demokratischen Republik Kongo, Sri Lanka und Sudan. In den kommenden Jahren wird der Integration dieser Programme in eine breit angelegte Strategie für nachhaltige Lösungen zur Gewährleistung der menschlichen Sicherheit noch größere Aufmerksamkeit zukommen müssen.

Kapitel III

Entwicklungszusammenarbeit

Bekämpfung der extremen Armut

114. Die Armutsbeseitigung ist für das System der Vereinten Nationen nach wie vor von zentraler und vorrangiger Bedeutung. Die Millenniums-Entwicklungsziele bringen klar die verschiedenen Dimensionen der Armut zum Ausdruck, die angegangen werden müssen. Es werden fortlaufende Bemühungen unternommen, um zu gewährleisten, dass die Maßnahmen zur Linderung der Armut wirksam und zielgerichtet sind, und um eine internationale Zusammenarbeit bei der Mobilisierung von Ressourcen, bei der Politikplanung und der Durchführung der Maßnahmen sicherzustellen. Im vergangenen Jahr wurden mehrere Weltkonferenzen abgehalten, um die Unterstützung für die Millenniums-Entwicklungsziele zu verstärken, wobei in Doha Fortschritte in Richtung auf ein partizipativeres Handelssystem erzielt wurden, in Monterrey ein Konsens auf dem Gebiet der Entwicklungsfinanzierung hergestellt wurde und in Johannesburg die Verpflichtungen auf eine nachhaltige Entwicklung bekräftigt wurden.

115. Die Initiativen der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Entwicklung zielen insbesondere auf die Bekämpfung der Armut auf lokaler Ebene ab und fördern einen dezentralisierten, partizipatorischen Ansatz zur Bereitstellung einer grundlegenden Infrastruktur und zur Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen. Bei diesen Programmen stehen Partnerschaften mit den Regierungen, den Kommunen und der Zivilgesellschaft im Vordergrund, um sicherzustellen, dass die lokalen Investitionen den lokalen Bedürfnissen entsprechen und auf effiziente Weise verwaltet werden.

116. Der Mehrdimensionalität der Armut wird zunehmend durch Maßnahmen Rechnung getragen, die speziell auf Frauen, Kinder und die steigende Zahl der in Städten lebenden Armen ausgerichtet sind. Frauen bilden die Mehrheit der weltweit in Armut lebenden Menschen und haben häufig keinen Zugang zu den natürlichen Ressourcen, den Krediten, der Technologie und den Ausbildungsmöglichkeiten, die sie benötigen, um finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen hat beispielsweise im Rahmen seiner Arbeit in Brasilien gezielt kleine Anreizzahlungen für Mütter eingesetzt, um sie dafür zu belohnen, dass sie ihre Kinder regelmäßig zur Schule gehen lassen. Im Rahmen dieser Initiative erhalten nunmehr 5 Millionen der ärmsten Familien Brasiliens jährlich 1 Milliarde Dollar und werden

nahezu 10 Millionen Schulkinder unterstützt. Der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM) setzt sich für die Beseitigung der Armut von Frauen ein, indem er sie bei ihren Bemühungen unterstützt, die Verfügungsgewalt über Geld und Vermögensgegenstände zu erlangen, und ihnen Chancen zur Teilhabe an der Marktwirtschaft bietet. Zu den Programmen gehören das Netzwerk Technische Ressourcen für Klein- und Kleinstunternehmen in den arabischen Staaten, ein Forum für südasiatische Unternehmerinnen, ein Netzwerk peruanischer und ecuadorianischer Handwerkerinnen und Netzwerke von Unternehmerinnen, die sich mittels Informations- und Kommunikationstechnologien Zugang zu neuen Märkten verschaffen.

117. Bei den auf Kinder ausgerichteten Armutsbekämpfungsmaßnahmen der Vereinten Nationen stehen die Gesundheit und die Grundbildung im Mittelpunkt. Das

UNICEF-Programm "*Immunization Plus*" führt eine Reihe grundlegender, kostenwirksamer Maßnahmen zu Gunsten der Gesundheit von Müttern und Kindern durch. Das Programm bietet die sichere Impfung mit allen verfügbaren kostenwirksamen Impfstoffen sowie erforderlichenfalls Vitamin-A-Kapseln als Zusatzpräparate. Durch die an Impfprogramme gekoppelte Austeilung von Vitamin-A-Kapseln wurde möglicherweise bis zu 1 Million Kindern weltweit das Leben gerettet. Im Bildungsbereich hat das UNICEF den Rechten von Mädchen und Aids-Waisen Vorrang eingeräumt. Im Einklang mit dem Rahmenaktionsplan von Dakar unterstützt die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) gemeinsam mit verschiedenen Partnern die Verabschiedung von Plänen im Rahmen der Initiative "Bildung für alle", die darauf gerichtet sind, armen Kindern verstärkt schulische und außerschulische Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen. Das Welternährungsprogramm verhilft armen Kindern, insbesondere Mädchen, zum Besuch der Grundschule, indem es Schulspeisungen durchführt und Essensrationen mit nach Hause gibt. Im Jahr 2001 profitierten 15 Millionen Kinder in 57 Ländern von dieser Form der Unterstützung.

118. Auf internationaler Ebene gilt dem Problem der chronischen Nahrungsmittelknappheit und der Rolle, die der landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung bei der Armutsbekämpfung zukommt, zunehmende Aufmerksamkeit. Bei den Verhandlungen auf der im November 2001 in Doha abgehaltenen vierten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation standen

Fragen im Zusammenhang mit dem Agrarhandel besonders im Vordergrund. Auf der im März 2002 in Monterrey (Mexiko) veranstalteten Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung wurde die Notwendigkeit verstärkter Investitionen in ländlichen Gebieten zu Gunsten der Landwirtschaft ernsthaft geprüft. Die in Monterrey erzeugte Dynamik übertrug sich auf den im Juni 2002 in Rom veranstalteten Welternährungsgipfel. Die Regierungen bekräftigten dort ihr Eintreten für die Ziele, die sie auf dem Welternährungsgipfel fünf Jahre zuvor aufgestellt hatten, und erkannten die Notwendigkeit höherer Investitionen in die Bekämpfung des Hungers an. Direkte Nahrungsmittelhilfe ist eine wesentliche Ergänzung der längerfristigen Agrarentwicklungsbemühungen zur Bekämpfung des Hungers.

119. Nahezu 3 Milliarden Menschen, die Hälfte der Weltbevölkerung, leben heute in Städten. Dieser Anteil wird bis zum Jahr 2030 voraussichtlich auf 60 Prozent steigen. Das Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (Habitat) konzentriert sich auf die Linderung der sichtbarsten Erscheinungsformen städtischer Armut, namentlich menschenunwürdiger Wohnraum und Obdachlosigkeit, Infrastrukturschwächen und mangelhafte Grundversorgung, sowie auf die Zusammenhänge zwischen städtischer Armut einerseits und Umwelt, Katastrophenmanagement, Sicherheit und Stadtverwaltung andererseits. Im Dezember 2001 wandelte die Generalversammlung das Zentrum der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen in ein vollwertiges Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen um und stellte so ihr Engagement für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele unter Beweis, namentlich die dringende Notwendigkeit, bis zum Jahr 2020 die Lebensbedingungen von über 100 Millionen Slumbewohnern zu verbessern. Im Rahmen seiner Tätigkeit hat das Programm unter anderem ein Instrumentarium zur Unterstützung partizipativer Entscheidungsprozesse in Städten erarbeitet und verbreitet und die Initiative "Von der Partizipation zur Partnerschaft" entwickelt, in deren Rahmen die aus Stadtverwaltungsprojekten in 200 Städten gewonnenen Erfahrungen evaluiert werden. Das Programm "Sicherere Städte" führte acht Stadtprojekte in sieben afrikanischen Ländern durch und leitete Programme auf den Pazifikinseln und in Lateinamerika ein. Im Jahr 2001 konzentrierte sich das Programm darauf, die Unsicherheit in den Städten zu analysieren, Maßnahmen zur Verhütung von Jugendkriminalität und geschlechtsspezifischer Gewalt zu fördern und die Entwicklung neuer Formen der Polizeiarbeit in Städten zu unterstützen.

Zusammenarbeit zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele

120. Auf ihr Ersuchen hin habe ich der siebenundfünfzigsten Tagung der Generalversammlung den ersten Jahresbericht über die Fortschritte des Systems der Vereinten Nationen und der Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der Millenniums-Erklärung, einschließlich der Millenniums-Entwicklungsziele, vorgelegt. Diesem Bericht, der auf alle in der Erklärung enthaltenen Verpflichtungen eingeht, ist ein statistischer Anhang beigefügt, der den Verwirklichungsstand der Millenniums-Entwicklungsziele anhand einer gemeinsamen Bezugsgrundlage verfolgt.

121. In den Jahren 2001 und 2002 wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen, die zur Schaffung eines offenen, regelgestützten, berechenbaren und nichtdiskriminierenden Handelssystems und zur Verbesserung des Marktzugangs für Exporte aus Entwicklungsländern beitragen werden, was für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele von zentraler Bedeutung ist. Auf ihrer vierten Ministerkonferenz in Doha konnte die Welthandelsorganisation (WTO) ihre Mitgliederzahl auf 144 erhöhen und eine Einigung auf eine Agenda für weitere Handelsverhandlungen herbeiführen. Zusätzlich zu den laufenden Verhandlungen in den Bereichen Landwirtschaft, Dienstleistungen, nichtlandwirtschaftliche Produkte und handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums umfasst das Arbeitsprogramm von Doha außerdem ein breites Spektrum von Fragen für zukünftige Verhandlungen (die sogenannten "Singapur-Fragen", die unter anderem investitions- und wettbewerbspolitische Fragen umfassen). Darüber hinaus rücken die Übereinkünfte von Doha auch Fragen im Zusammenhang mit der differenzierten Sonderbehandlung der Entwicklungsländer und der Erweiterung ihres Marktzugangs im Rahmen bestehender Übereinkünfte in den Vordergrund. In den Übereinkünften wird beträchtliches Gewicht auf den Kapazitätsaufbau und die technische Hilfe gelegt, zu deren Verwirklichung das System der Vereinten Nationen beiträgt. Die nächste WTO-Ministerkonferenz wird 2003 in Mexiko stattfinden. Die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) ist den Entwicklungsländern auch weiterhin dabei behilflich, am internationalen Handelssystem teilzuhaben. Ihre Programme zielen darauf ab, die Handelschancen der Entwicklungsländer zu erweitern, indem sie ihre Kapazitäten auf diesem Gebiet durch Politikberatungsdienste und durch Zugang zu Informationen und Ausbildung ausbauen. Der Schwerpunkt liegt auf der Erweiterung und Verbesserung der Chancen auf den Exportmärkten, namentlich auf dem Rohstoffsektor, sowie auf Effizienzsteigerungen und Kostensenkungen bei Aus- und Einfuhrtransaktionen.

122. Mehr als 50 Staats- und Regierungschefs und über 200 Außen-, Handels-, Entwicklungs- und Finanzminister versammelten sich im März 2002 in Monterrey (Mexiko) zur Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung. Sie war die erste Gipfelkonferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen, die sich mit wichtigen Finanzfragen im Zusammenhang mit der globalen Entwicklung befasste, und wurde mit aktiver Kooperation der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der WTO ausgerichtet.

123. Auf der Konferenz verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs den Konsens von Monterrey, in dem die Maßnahmen aufgezeigt werden, die in den Schwerpunktbereichen der Millenniums-Entwicklungsziele zu ergreifen sind, nämlich die Mobilisierung einheimischer Finanzmittel zu Gunsten der Entwicklung, die Mobilisierung internationaler Ressourcen zu Gunsten der Entwicklung, die Verstärkung der ausländischen Direktinvestitionen und anderer privater Kapitalströme, die Ausweitung des internationalen Handels als Motor der Entwicklung, die Verstärkung der internationalen finanziellen und technischen Entwicklungszusammenarbeit, die Sicherstellung einer tragbaren Auslandsverschuldung und die Auseinandersetzung mit Systemfragen.

124. Aufbauend auf den Ergebnissen der Konferenz werden die Vereinten Nationen ihre Zusammenarbeit mit der Weltbank, dem IWF, der WTO und anderen Partnern fortsetzen, um den Konsens von Monterrey umzusetzen. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungsfinanzierung zwischen den Finanz-, Handels-, Entwicklungs-, Planungs- und Außenministerien und der Zivilgesellschaft sollte verstärkt werden. Derartige globale Partnerschaften sind von ausschlaggebender Bedeutung für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele.

Nachhaltige Entwicklung

125. Vor zehn Jahren, im Juni 1992, fand die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung, der Umweltgipfel von Rio de Janeiro, statt. Der Beschluss der Generalversammlung, die zehnjährige Überprüfungs-konferenz auf Gipfelebene abzuhalten und den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung für den 26. August bis 4. September 2002 nach Johannesburg (Südafrika) einzuberufen, fand weltweit starke Unterstützung durch die Mitgliedstaaten und die Zivilgesellschaft.

126. Die Vorbereitungen für den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung liefen auf einzelstaatlicher und regionaler Ebene. In Zusammenarbeit mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) leitete die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten 2002 anlässlich des zehnten Jahrestags des Umweltgipfels von Rio eine internationale Erhebung in die Wege. Auf

einzelstaatlicher Ebene unterstützten die Hauptabteilung, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und das UNDP die Länder bei ihren Vorbereitungen. Außerdem wurde den Entwicklungsländern technische Zusammenarbeit unter anderem auf folgenden Gebieten gewährt: neue und erneuerbare Energiequellen, Solarenergie, Kleinwasserkraft, nachhaltige Energieversorgungsplanung, Wasserversorgung und Wasserqualität. Eine von der Abteilung Frauenförderung und dem interinstitutionellen Sekretariat für die Internationale Katastrophenvorbeugungsstrategie im November 2001 in Ankara veranstaltete Sachverständigentagung gab mehrere Empfehlungen zur Einbeziehung geschlechtsspezifischer Aspekte in die Forschung, die grundsatzpolitischen Maßnahmen und den Kapazitätsaufbau auf dem Gebiet der Umweltbewirtschaftung und der Katastrophenvorsorge ab.

127. Auf regionaler Ebene berief die Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) in Kooperation mit anderen Organen der Vereinten Nationen sowie regionalen und subregionalen afrikanischen Organisationen eine Serie von Beratungstreffen ein, die in der Verabschiedung einer afrikanischen Ministererklärung über die Prioritäten der Region auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung resultierte. Die größte Herausforderung für die Zukunft wird darin bestehen, die institutionellen Kapazitäten zur Durchführung des Regionalprogramms zu stärken.

Afrika

128. Die führenden Politiker Afrikas haben die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) geschaffen, in deren Rahmen sie sich auf eine Verbesserung der Regierungs- und Verwaltungsführung und eine bessere Lenkung ihrer Volkswirtschaften verpflichten. Konkret werden derzeit klare Normen im Hinblick auf Rechenschaftspflicht, Transparenz und partizipatorisches staatliches Handeln gesetzt, angemessene Normen und Ziele für die Finanz- und Geldpolitik vorgegeben und transparente rechtliche Rahmenbedingungen für die Finanzmärkte festgelegt. Der afrikanische Mechanismus zur gleichberechtigten gegenseitigen Überprüfung (Peer-Review-Mechanismus), mit dem die Fortschritte bei der Einhaltung dieser Normen kontrolliert werden sollen, wurde bereits eingerichtet und wird ein wichtiges Instrument zur Verwirklichung dieser Ziele sein. Diese Schritte verdienen die nachdrückliche Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Die Vereinten Nationen werden ihrerseits die Entwicklungsprioritäten Afrikas auch weiterhin im Rahmen der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas und über die Afrikanische Union unterstützen.

129. Die Wirtschaftskommission für Afrika hat in enger Zusammenarbeit mit den afrikanischen Regierungen Kodexe und Normen für die im Rahmen des Peer-Review-Mechanismus der Neuen Partnerschaft eingeleitete Initiative für

verantwortungsvolles Handeln in der Wirtschaft ausgearbeitet. Um den Stand der Integration auf dem Kontinent zu verfolgen und darüber Bericht zu erstatten, wurde auf dem dritten Afrikanischen Entwicklungsforum im März 2002 das erste Dokument einer wegweisenden Publikationsreihe der Wirtschaftskommission für Afrika herausgegeben. Der Jahresbericht über die Integration in Afrika (*Annual Report on Integration in Africa*) wird jeweils qualitative und quantitative Informationen über die regionale Integration bieten, die von politischen Entscheidungsträgern, den regionalen Wirtschaftsgemeinschaften und zwischenstaatlichen Organisationen genutzt werden können. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) unterstützt die Neue Partnerschaft im Rahmen eines gemeinsamen Programms zur Sicherstellung der landwirtschaftlichen Stabilität und der wirtschaftlichen Entwicklung. Solche Programme zur Unterstützung Afrikas im Rahmen der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas müssen weiter verfolgt werden.

130. Im Mai 2002 wurde eine unabhängige Überprüfung der Neuen Agenda der Vereinten Nationen für die Entwicklung Afrikas in den neunziger Jahren abgeschlossen. Die von einer Gruppe namhafter Persönlichkeiten durchgeführte unabhängige Evaluierung der Neuen Agenda kam zu dem Schluss, dass die Neue Agenda ihre Ziele verfehlt hatte, und zeigte auf, welche der daraus gewonnenen Erfahrungen nutzbringend auf andere Initiativen zu Gunsten der Entwicklung Afrikas übertragen werden können. Die Gruppe unterzog den in der Vergangenheit verfolgten Weg der Liberalisierung, der Privatisierung und der marktgestützten Reformen einer kritischen Überprüfung und empfahl, Entwicklungsstrategien auf einzelstaatlicher Ebene auszuarbeiten, die das Ziel eines Gleichgewichts zwischen gesamtwirtschaftlicher Stabilität und langfristigem Strukturwandel verfolgen. Auf ihrer siebenundfünfzigsten Tagung wird die Generalversammlung die abschließende Überprüfung der Durchführung der Neuen Agenda für die Entwicklung Afrikas in den neunziger Jahren sowie die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas erörtern.

131. Der Wirtschafts- und Sozialrat hat seine Bereitschaft unter Beweis gestellt, bei der Friedenskonsolidierung in Afrika eine wichtige Rolle zu spielen. In seiner im Juli 2002 verabschiedeten Resolution 2002/1 beschloss der Rat, die Schaffung einer begrenzten, jedoch flexiblen und repräsentativen Ad-hoc-Beratungsgruppe für afrikanische Länder in Postkonfliktsituationen zu erwägen, falls ein afrikanisches Land, das gerade einen Konflikt überwunden hat, darum ersucht. Ich freue mich, feststellen zu können, dass die Konsultationen über die Einrichtung der ersten Ad-hoc-Beratungsgruppe bereits in vollem Gange sind.

Deckung der Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder

132. Mit ihrer Resolution 56/227 schuf die Generalversammlung das Büro des Hohen Beauftragten für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleine Inselentwicklungsländer. Das Büro ist dafür zuständig, die Umsetzung des Brüsseler Aktionsprogramms für die am wenigsten entwickelten Länder für die Dekade 2001-2010, des Aktionsprogramms von Barbados für die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern und des Weltweiten Rahmenplans für die Zusammenarbeit im Transitverkehr zwischen Binnen- und Transitentwicklungsländern und der Gebergemeinschaft innerhalb des Systems der Vereinten Nationen zu koordinieren, weiterzuverfolgen und zu überwachen.

133. Für die 49 am wenigsten entwickelten Länder und die Geberländer besteht die Herausforderung nunmehr darin, Kapazitäten zu schaffen, um sicherzustellen, dass das Brüsseler Aktionsprogramm so bald wie möglich umgesetzt wird. Das System der Vereinten Nationen wird Mobilisierungs- und Koordinierungsaufgaben übernehmen, um die Umsetzung des Programms auf nationaler, regionaler, subregionaler und globaler Ebene zu erleichtern.

134. Die geografischen Nachteile sowie die Störanfälligkeit der Wirtschaft und der Umwelt in den Binnenentwicklungsländern und den kleinen Inselentwicklungsländern, von denen 26 auch zu den am wenigsten entwickelten Ländern zählen, hemmen nach wie vor ihre Gesamtentwicklung. Die Generalversammlung ersuchte mich im vergangenen Dezember, für 2003 eine internationale Ministertagung der Binnen- und Transitentwicklungsländer, der Geberländer und der internationalen Finanz- und Entwicklungsinstitutionen zur Frage der Zusammenarbeit im Transitverkehr einzuberufen. Der Vorbereitungsprozess für diese Tagung wurde im Juni 2002 eingeleitet und wird vom Büro des Hohen Beauftragten in Zusammenarbeit mit der Weltbank, der UNCTAD und den Regionalkommissionen koordiniert.

135. Im Rahmen des von der UNCTAD veröffentlichten Berichts von 2002 über die am wenigsten entwickelten Länder (*The Least Developed Countries Report 2002*) werden die von diesen Ländern erzielten Fortschritte bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele bewertet. Die am wenigsten entwickelten Länder sind nach wie vor die hauptsächlichen Nutznießer der verschiedenen Kapazitätsaufbauprogramme der UNCTAD in den Bereichen Zollreform, Transitverkehr, Wirtschafts- und Handelserleichterungen und internationaler Handel. Zur Unterstützung derjenigen Länder, denen der Aktionsplan der Welthandelsorganisation für die am wenigsten entwickelten

Länder nicht in vollem Umfang zugute kam, veranstaltete die Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik von Mai 2001 bis Juni 2002 Kurse und Seminare auf dem Gebiet der Handelspolitik. Im Rahmen der Seminare wurden zudem Handels- und Investitionsmöglichkeiten in der Subregion des Mekong erörtert. Die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung setzt ihre Hilfe für die am wenigsten entwickelten Länder mit Programmen fort, die die Lenkungsprozesse in der Industrie und die institutionelle Infrastruktur verbessern, die kleinen und mittleren Unternehmen stärken, die technologischen Kapazitäten modernisieren, die Qualifikationen im Bereich moderner Technologien und den Zugang zu diesen erweitern, Handels- und Exportkapazitäten aufbauen und Maßnahmen zu Gunsten von Energieeffizienz und einer "saubereren" Produktion einleiten.

Bekämpfung von HIV/Aids

136. Das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS) fungiert als Zentrum für die auf wissenschaftliche Erkenntnisse gestützte grundsatzpolitische Beratung und strategische Information sowie für die Verfolgung der globalen Antwortmaßnahmen auf die Epidemie. Auf Landesebene unterstützt das UNAIDS 130 themenbezogene Gruppen der Vereinten Nationen für HIV/Aids, ermutigt die Organisationen der Vereinten Nationen, sich mit HIV/Aids-Fragen zu befassen, kooperiert zumeist eng mit wichtigen einzelstaatlichen Partnern und gewährleistet die Unterstützung nationaler Programme durch die Vereinten Nationen. Von den 50 Landesteams der Vereinten Nationen, die Ende 2001 den Entwicklungshilfe-Programmrahmen der Vereinten Nationen abgeschlossen hatten, hatten 70 Prozent die Bekämpfung von HIV/Aids als wichtigen Bestandteil beziehungsweise übergreifendes Thema darin aufgenommen. Im Laufe des vergangenen Jahres haben alle Organisationen der Vereinten Nationen, insbesondere die gemeinsamen Träger des UNAIDS, erheblich mehr Ressourcen bereitgestellt, um die Bekämpfung der HIV/Aids-Pandemie, insbesondere in Afrika, zu unterstützen. Das mehrere Länder umfassende HIV/Aids-Programm der Weltbank für Afrika verfügt inzwischen über insgesamt 1 Milliarde Dollar. Im April 2002 genehmigte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Aufnahme von zwölf antiretroviralen Medikamenten zur Behandlung von HIV-Infektionen in ihr Musterverzeichnis unentbehrlicher Arzneimittel und erleichterte auf diese Weise ihre Zulassung in bestimmten Ländern und ihre Beschaffung durch wichtige Verteiler. Außerdem gab die WHO Leitlinien für den verstärkten Einsatz antiretroviraler Therapien in ärmeren Gebieten aus. Auf der vierten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation im November 2001 erklärten die Mitglieder der Organisation einstimmig, dass das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums auf eine Art

und Weise ausgelegt und angewandt werden kann und soll, die das Recht der Mitglieder der Welthandelsorganisation unterstützt, die öffentliche Gesundheit zu schützen und insbesondere den Zugang aller zu Arzneimitteln zu fördern. Die 2001 von der Internationalen Arbeitsorganisation verabschiedete Richtlinienammlung über HIV/Aids und die Welt der Arbeit diente Regierungen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern als praktische Handlungsanleitung für die Ausarbeitung von Programmen zur Auseinandersetzung mit HIV/Aids am Arbeitsplatz.

137. Andere Organisationen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen unternehmen ebenfalls verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung der Krankheit. 2001 harmonisierten die FAO, das Welternährungsprogramm und der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) ihre Leitsätze zu den Auswirkungen von HIV/Aids auf die Ernährungssicherheit und die ländliche Armut, mit dem Ziel, einen gemeinsamen Rahmenplan für den Agrarsektor zu erarbeiten. In zunehmendem Maße umfassen die von dem IFAD finanzierten Programme und Projekte zur Linderung der Armut und zur Förderung von Investitionen in ländlichen Gebieten in Afrika Aktivitäten, die darauf gerichtet sind, die Übertragung des HIV zu verhüten und die Auswirkungen der Epidemie auf ländliche Haushalte, insbesondere Waisen, durch tragfähige Programme der sozialen Sicherheit zu mildern.

138. Das wachsende weltweite Engagement für die Bekämpfung von HIV/Aids schlägt sich in der Erhöhung der Finanzmittel nieder, die zu diesem Zweck im Rahmen der Staatshaushalte für bilaterale und multilaterale Entwicklungshilfe bereitgestellt werden. Der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria wurde im Januar 2002 eingerichtet, nur neun Monate nachdem ich seine Schaffung auf dem Gipfeltreffen der Organisation der afrikanischen Einheit in Abuja gefordert hatte. Die Einrichtung des Fonds wurde durch die gemeinsamen Bemühungen eines breiten Spektrums von Interessengruppen, einschließlich bilateraler Geber, des Systems der Vereinten Nationen, der Zivilgesellschaft und des Privatsektors, ermöglicht. Seit Anfang 2001 wurden insgesamt fast 2,1 Milliarden Dollar für den Kampf gegen HIV/Aids zugesagt. Der Fonds wird zusätzliche Mittel in beträchtlicher Höhe für die einzelstaatlichen Bemühungen zur Bekämpfung von HIV/Aids bereitstellen – ein wichtiger Schritt zur Schließung der globalen Finanzierungslücke. Auf seiner Tagung im April 2002 bewilligte das Direktorium des Fonds für einen Zeitraum von zwei Jahren insgesamt 616 Millionen Dollar an Zuschüssen zur Bekämpfung aller drei Krankheiten in mehr als 30 Ländern.

139. Trotz der in immer mehr Ländern, darunter Kambodscha, Sambia, Thailand und Uganda, erzielten Erfolge bei der Eindämmung oder Zurückdrängung von HIV/Aids breitet sich die Epidemie weltweit nach wie vor

aus. Manche Teile Asiens, in denen das HI-Virus zuvor nicht weit verbreitet war, sehen sich nun mit einer wachsenden Epidemie konfrontiert, und Teile Osteuropas und Zentralasiens verzeichnen einige der weltweit höchsten Ausbreitungsraten. In den Ländern mit hohem Einkommen, in denen die durch Aids verursachten Sterbeziffern erheblich gesenkt worden waren, haben riskantes Sexualverhalten und HIV-Infektionen wieder zugenommen, was auf ein Nachlassen der Bemühungen schließen lässt.

Soziale Entwicklung

140. Die Vereinten Nationen befassen sich nach wie vor mit einer Vielfalt sozialer Anliegen, darunter die Bevölkerungsalterung und die Probleme der Menschen mit Behinderungen, der Drogenmissbrauch und die grenzüberschreitende Kriminalität sowie die Verwaltung von Städten. Die technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der sozialen Entwicklung umfasste Studien über die sozialen Dimensionen makroökonomischer Anpassungen, die Gewährung von Unterstützung bei der Erstellung einzelstaatlicher Berichte zur menschlichen Entwicklung, den Ausbau staatlicher Ministerien und Stellen, die sich mit der Stärkung der Rolle der Frau im Entwicklungsprozess befassen, Studien zur Armut in bestimmten Regionen und die Bewertung der Sozialverträglichkeit verschiedener Politiken.

Die Frage des Alterns und Menschen mit Behinderungen

141. Auf der im April 2002 in Madrid abgehaltenen Zweiten Weltversammlung über das Altern trat deutlich die Notwendigkeit zutage, die Frage des Alterns mit den Menschenrechten und der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu verknüpfen. Außerdem wurde ein Katalog von Zielen und konkreten Maßnahmen für die Regierungen, die internationalen Organisationen und die Zivilgesellschaft erstellt. Als regionale Folgemaßnahme zu der Weltversammlung leitete die Wirtschaftskommission für Europa (ECE) im April 2002 Verhandlungen über die regionale Durchführungsstrategie der Wirtschaftskommission in die Wege, die im September 2002 auf der in Berlin stattfindenden Ministerkonferenz über das Altern verabschiedet wird. Im Verlauf des Jahres unterstützte das System der Vereinten Nationen mehrere regionale Initiativen zur Förderung der Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Bekämpfung des Drogenmissbrauchs und der grenzüberschreitenden Kriminalität

142. 2001 verfolgte das Programm der Vereinten Nationen für internationale Drogenkontrolle einen ausgewogenen Ansatz, der Unterstützung für die Bemühungen der

Mitgliedstaaten umfasste, die Drogennachfrage zu senken und den unerlaubten Anbau von Opiummohn und Kokasträuchern zu beseitigen oder beträchtlich zu mindern. Es wurden große Fortschritte bei der Förderung der Ratifikation und des Inkrafttretens des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und der drei dazugehörigen Protokolle erzielt, bei denen es um Fragen im Zusammenhang mit dem Menschenhandel, der Schleusung von Migranten und dem unerlaubten Handel mit Schusswaffen geht. Im Rahmen der Bekämpfung der Geldwäsche unterstützte das Drogenkontrollprogramm Anstrengungen im rechtlichen und finanziellen Bereich sowie bei der Strafverfolgung und Ausbildung.

143. Mit der Abhaltung der ersten interinstitutionellen Tagung zur Koordinierung der Korruptionsbekämpfung im Februar 2002 in Wien wurde die Verbesserung der interinstitutionellen Koordinierung vorangetrieben. Vertreter von Organisationen der Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen tauschten Meinungen über Aktivitäten zur Bekämpfung der Korruption aus und erörterten Möglichkeiten für eine verbesserte Koordinierung ihrer diesbezüglichen Maßnahmen. Darüber hinaus begannen die Mitgliedstaaten mit der Ausarbeitung eines wichtigen Rechtsinstruments, des Übereinkommens gegen Korruption, dessen Fertigstellung sie für Ende 2003 anvisierten.

* * *

Förderung der Entwicklung durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien

144. Im November 2001 richtete ich die Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für Informations- und Kommunikationstechnologien ein, einen innovativen Mechanismus, der die maßgeblichen Interessengruppen zu dem Zweck zusammenführte, gemeinsam das Potenzial der Informationstechnologien zu erschließen. Unsere Arbeitsgruppe arbeitet eng mit anderen Initiativen zusammen, namentlich mit der von der G-8 eingerichteten Arbeitsgruppe Digitale Chancen, und ist nunmehr bereit, den Mitgliedstaaten, insbesondere den am wenigsten entwickelten Ländern, auf so wichtigen Gebieten wie der Integration von Informations- und Kommunikationstechnologien in einzelstaatliche Entwicklungsstrategien behilflich zu sein.

145. Ein weiterer bedeutsamer Schritt in diese Richtung fand auf der im Juni 2002 auf Initiative des Präsidenten der Generalversammlung abgehaltenen Versammlungstagung über Informations- und Kommunikationstechnologien statt. Die Generalversammlung bekräftigte den Ansatz der Einbeziehung vieler Interessengruppen – der Regierungen, des Privatsektors, der globalen Zivilgesellschaft und der

Vereinten Nationen – bei der Förderung des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologien.

Erhebung und Analyse von Daten zur Unterstützung der Entwicklung

146. Zur Bewertung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele bedarf es einer soliden Informationsgrundlage. Im April 2002 erstellte die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit allen Organisationen, Fonds und Programmen des Systems der Vereinten Nationen, den Regionalkommissionen und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung den ersten globalen Zwischenbericht über den Stand der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Die der Analyse zugrunde liegende Reihe von Indikatordaten kann auf der neuen Internetseite <http://millenniumindicators.un.org> der Statistikabteilung abgerufen werden. In den nächsten Jahren werden die Vereinten Nationen weiter mit Partnerorganisationen zusammenarbeiten, um die gemeinsamen Datenbanken zu verbessern. Des Weiteren wurden erhebliche Fortschritte dabei erzielt, die statistischen Kapazitäten der einzelnen Mitgliedstaaten in so wichtigen Bereichen wie Statistikmanagement und -organisation, statistische Klassifikationen, Mechanismen für Voll- und Teilerhebungen, volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Handels-, Umwelt- und Energiestatistik zu erweitern.

Dadurch werden die Staaten in die Lage versetzt, ihre eigenen verlässlichen und aktuellen Datenreihen zu erstellen, was die fortlaufende Überwachung der Fortschritte erleichtern wird.

Kapitel IV

Internationale Rechtsordnung und Menschenrechte

Entwicklungen auf dem Gebiet der Menschenrechte

147. Das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte nahm weiterhin eine führende Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte für alle auf globaler, regionaler und nationaler Ebene wahr. Im Rahmen seiner Programme zur Ergänzung der einzelstaatlichen Bemühungen erteilt das Amt unter anderem Rat im Hinblick auf die Eingliederung der internationalen Menschenrechtsnormen in Verfassungen und Gesetze, gewährt Hilfe im Zusammenhang mit nationalen Menschenrechts-Aktionsplänen und unterstützt den Aufbau nationaler Institutionen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte. Außerdem arbeitete das Amt innerhalb der Vereinten Nationen daran, das Thema Menschenrechte in alle ihre Tätigkeiten zu integrieren, namentlich die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Herrschaft des Rechts, der nachhaltigen Entwicklung, der Konfliktbeilegung sowie der Friedenssicherung und -konsolidierung.

148. Die achtundfünfzigste Tagung der Menschenrechtskommission fand im März und April 2002 in Genf statt. Die Kommission tagte im Schatten der Anschläge vom 11. September 2001 und ihrer direkten oder indirekten Folgen für viele Länder sowie der immer weiter ausufernden Situation in Israel und dem besetzten palästinensischen Gebiet. Obwohl die Staaten Maßnahmen zum Schutz ihrer Bürger vor Terror ergreifen müssen, müssen sie auch erkennen, dass Sicherheit nicht auf Kosten der Menschenrechte hergestellt werden kann. Ganz im Gegenteil sind ein verstärkter Schutz und eine größere Achtung der Menschenrechte, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit für die Förderung der Sicherheit unabdingbar.

149. Die achtundfünfzigste Tagung der Kommission erfreute sich einer breiten Beteiligung; neben den 53 Mitgliedstaaten waren auch fast alle restlichen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen als Beobachter vertreten. Die Sonderberichterstatter und unabhängigen Experten erstellten Berichte über mehrere Länder und Themen im Zusammenhang mit bürgerlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechten. Sie legten 28 gesonderte Berichte vor, in denen kritische Fragen im Zusammenhang mit der Menschenrechtssituation in bestimmten Ländern aufgeworfen werden, und stellten Informationen bereit, die für die Ausarbeitung integrierter

Ansätze zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit, der Rechtsstaatlichkeit und der nachhaltigen Entwicklung genutzt werden können. Obwohl ein Drittel ihrer Tagungszeit Haushaltskürzungen zum Opfer fiel, verabschiedete die Kommission 92 Resolutionen und 18 Beschlüsse.

150. Die Kernaufgabe der Menschenrechtskommission besteht darin, die Kultur der Menschenrechte auf der Grundlage universeller Werte zu erweitern und sich für den Schutz der Opfer von Menschenrechtsverletzungen auf der ganzen Welt einzusetzen. Wenn die Kommission ihrer wichtigen Schutz- und Förderungsfunktion weiter gerecht werden soll, muss sie eine Führungsrolle übernehmen und bereit sein, die einzelstaatlichen Schutzsysteme zu evaluieren und zu stärken. Bedauerlicherweise war die achtundfünfzigste Tagung durch eine spürbare Zunahme von Blockabstimmungen gekennzeichnet. Es wurden Fortschritte zu Fragen wie Rassismus, Recht auf Gesundheit, Recht auf Entwicklung und Verschwindenlassen von Personen sowie im Hinblick auf die Ausarbeitung eines Protokolls zu dem Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe erzielt.

151. Trotz der Schwierigkeiten, mit denen die 2001 abgehaltene Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz konfrontiert war, verabschiedete sie eine umfassende Agenda gegen die Diskriminierung. Die Umsetzung dieser Agenda ist heute wichtiger denn je. Das vom Wirtschafts- und Sozialrat geschaffene Ständige Forum für indigene Fragen wurde im Mai 2002 in New York auf den Weg gebracht. Das Forum bietet eine Gelegenheit, gegen die Benachteiligungen anzugehen, denen indigene Völker ausgesetzt sind. Es verfügt über das Potenzial, auf hoher Ebene Fachwissen zu indigenen Fragen zu schaffen, und wird wichtige Partnerschaften zwischen indigenen Gemeinschaften und dem System der Vereinten Nationen knüpfen.

152. Der Schutz der Menschenrechte wird durch das mit den zentralen Rechtsakten der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Menschenrechte eingerichtete Berichterstattungs- und Mitteilungssystem verstärkt. Das Amt des Hohen Kommissars unterstützt die Arbeit der Menschenrechts-Vertragsorgane, die die Erfüllung der Menschenrechtsverpflichtungen durch die Staaten

systematisch und regelmäßig bewerten. Von Juni 2001 bis Juni 2002 prüften die sechs Vertragsorgane über 100 Staatenberichte. Bei mehr als 40 Prozent der Berichte konnten die Ausschüsse gesetzgeberische oder grundsatzpolitische Änderungen durch den berichterstattenden Staat feststellen, die den Schutz der Menschenrechte verstärken. Dennoch müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um sicherzustellen, dass wirksame innerstaatliche Folgemaßnahmen zu den Bemerkungen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Vertragsorgane ergriffen werden.

153. Das System der Menschenrechts-Vertragsorgane bietet Einzelpersonen, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen sind, die Möglichkeit, Beschwerden zur Prüfung einzureichen. Von Juni 2000 bis Juni 2002 befasste sich das Amt des Hohen Kommissars mit mehr als 103.000 Beschwerden dieser Art. Darüber hinaus haben der Menschenrechtsausschuss, der Ausschuss gegen Folter und der Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung 1.324 Mitteilungen registriert und 809 endgültige Entscheidungen gefällt, worin Beschlüsse über die Einstellung von Verfahren nicht enthalten sind. Die Rechtsprechung der Vertragsorgane dient als wichtige Grundsatzorientierung für die Staaten und führt häufig zu gesetzgeberischen und grundsatzpolitischen Reformen, die über den Einzelfall hinausgehen. Von Juni 2001 bis Juni 2002 richteten die Sonderberichterstatter und unabhängigen Experten über 945 dringende Appelle an 56 Staaten betreffend behauptete Menschenrechtsverletzungen wie Folter, summarische und außergerichtliche Hinrichtungen, willkürliche Inhaftnahme und die Verletzung des Rechts der freien Meinungsäußerung. Das Amt des Hohen Kommissars hat maßgebliche Schritte unternommen, um zu gewährleisten, dass solche Anträge wirksam und effizient behandelt werden.

154. Auf Ersuchen des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte arbeitet das Amt des Hohen Kommissars derzeit Richtlinien für die Einbeziehung der Menschenrechte in die Strategien zur Armutsbekämpfung aus. Mit Hilfe dieser Richtlinien werden die internationalen Normen, Maßstäbe und Grundsätze auf dem Gebiet der Menschenrechte in operative Richtlinien für die an der Ausarbeitung, Umsetzung und Überwachung von Armutsbekämpfungsstrategien beteiligten Akteure umgesetzt.

155. Auf regionaler Ebene hat das Amt in Partnerschaft mit Regierungen, Regionalorganisationen und der Zivilgesellschaft Strategien zur Behandlung von Problemen auf dem Gebiet der Menschenrechte aufgezeigt. Zu diesem Zweck fand im Oktober 2001 in Dubrovnik (Kroatien) ein Treffen europäischer und zentralasiatischer Länder in Kooperation mit dem Europarat und der Organisation für

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa statt. Außerdem wurden im November 2001 in Genf nützliche Konsultationen über Strategien für afrikanische Länder beziehungsweise im Dezember 2001 für zentral- und südamerikanische Länder geführt. Ein weiteres afrikanisches Gesprächstreffen wurde im Mai 2002 unter Beteiligung von Staaten, nichtstaatlichen Organisationen und Menschenrechtsexperten in Arusha abgehalten. Diese Treffen erbrachten wichtige Rahmenaktionspläne für Maßnahmen in den verschiedenen Regionen zu Fragen im Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit, der Rechtspflege, der Rassendiskriminierung und den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten.

156. Um die Umsetzung der Menschenrechtsstrategien zu unterstützen, entsandte die Hohe Kommissarin für Menschenrechte Menschenrechtsvertreter an die Amtssitze der Regionalkommissionen in Bangkok, Beirut, Santiago und Addis Abeba sowie in enger Zusammenarbeit mit der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika nach Pretoria. Außerdem wurde das Subregionale Zentrum für Menschenrechte und Demokratie in Zentralafrika in Jaunde geschaffen, das für neun Länder dieser Subregion verantwortlich ist.

Der Internationale Strafgerichtshof

157. Das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs trat am 1. Juli 2002, etwa vier Jahre nach seiner Verabschiedung, in Kraft. Das Tempo, in dem es ratifiziert wird, ist bemerkenswert und stellt die feste Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft unter Beweis, Personen, die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen, für ihre Handlungen zur Rechenschaft zu ziehen. Selten sind die Staaten und die Zivilgesellschaft so einig für eine gemeinsame Sache eingetreten. Sowohl auf einzelstaatlicher als auch auf internationaler Ebene hat das Römische Statut bereits zur Förderung des Strafrechts im Einklang mit den Menschenrechtsnormen und dem Grundsatz eines ordnungsgemäßen Verfahrens beigetragen. Das Inkrafttreten des Statuts hat eine weltweite Forderung nach Rechenschaftslegung hervorgerufen, die sich insbesondere an diejenigen richtet, die politische oder militärische Führungspositionen innehaben.

158. Die erste Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten wird im September 2002 stattfinden. Die wichtigsten Amtsträger und Bediensteten des Gerichtshofs, namentlich die Richter, der Ankläger und der Kanzler, werden vor August 2003 gewählt beziehungsweise ernannt und nehmen bis dahin ihre Tätigkeit am Amtssitz des Gerichtshofs in Den Haag auf. Das vor über 50 Jahren von den Vereinten Nationen gesteckte Ziel eines ständigen

internationalen Strafgerichtshofs wird damit endlich Wirklichkeit.

159. Im Hinblick auf die operativen Aspekte des Gerichtshofs wurden große Fortschritte erzielt. Die Vorbereitungskommission für den Internationalen Strafgerichtshof hielt ihre achte, neunte und zehnte Tagung im September/Okttober 2001 beziehungsweise im April 2002 und Juli 2002 am Amtssitz der Vereinten Nationen ab.

160. Auf ihrer achten Tagung verabschiedete die Vorbereitungskommission die Entwürfe für das Beziehungsabkommen zwischen dem Gerichtshof und den Vereinten Nationen, die Finanzordnung, das Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten des Gerichtshofs beziehungsweise die Geschäftsordnung der Versammlung der Vertragsstaaten sowie Resolutionsentwürfe über die Einrichtung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen und die Kriterien für die Einrichtung freiwilliger Beiträge an den Gerichtshof. Außerdem setzte die Kommission ihre Behandlung des Verbrechens der Aggression fort und begann mit den Erörterungen über einen Haushalt für den Gerichtshof.

161. Auf ihrer neunten Tagung erzielte die Vorbereitungskommission Fortschritte in vielen der auf der vorherigen Tagung aufgeworfenen Fragen und verabschiedete einen weiteren Bericht mit Entwürfen der Finanzvorschriften und der wesentlichen Grundsätze für ein Amtssitzabkommen zwischen dem Gerichtshof und dem Gastland. Es wurden Resolutionsentwürfe betreffend die vorläufigen Regelungen für das Sekretariat der Versammlung der Vertragsstaaten und die Gutschreibung der Beiträge an den Treuhandfonds für die Unterstützung der Einrichtung des Gerichtshofs ausgearbeitet. Die Kommission begann mit der Behandlung der Verfahren für die Wahl der Richter, des Anklägers und des Kanzlers. Auf ihrer zehnten und letzten Tagung schloss die Vorbereitungskommission alle operativen Vorkehrungen für den Gerichtshof ab.

162. Trotz der jüngsten Debatte im Sicherheitsrat über die Zuständigkeit des Strafgerichtshofs bin ich weiter zuversichtlich, dass selbst diejenigen Regierungen, die dem Gerichtshof bislang mit Skepsis gegenüberstehen, sich einer Annahme des Römischen Statuts nicht vollends verschlossen haben. Diejenigen, die eine Aushöhlung ihrer nationalen Souveränität befürchten, sollten anerkennen, dass die einzelstaatlichen Strafjustizsysteme getreu dem im Römischen Statut verankerten Grundsatz der Komplementarität stets als Erste die Gelegenheit zur Ausübung der Gerichtsbarkeit über schwerwiegende Verletzungen des humanitären Völkerrechts haben werden. Je mehr Staaten ihre Zuständigkeit für derartige Verbrechen begründen, desto stärker wird der Grundsatz bekräftigt, dass die Staaten selbst primär das Recht und die Pflicht haben,

diejenigen, die solche Verbrechen begehen, zur Rechenschaft zu ziehen. Am entscheidendsten ist, dass die Staatengemeinschaft versteht, dass die von dem Gerichtshof und seinem Statut ausgehenden Gefahren im Vergleich zu Tatenlosigkeit im Angesicht von Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit geringfügig sind.

163. Ich halte es für ausschlaggebend, dass alle Staaten das Römische Statut annehmen, damit der Strafgerichtshof die Herrschaft des Rechts fördern, der Strafflosigkeit ein Ende bereiten und Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhüten kann. Bis zum 31. Dezember 2000, dem letzten Tag, an dem es zur Unterzeichnung auflag, wurde das Römische Statut von 139 Staaten unterzeichnet. Bislang haben 76 Staaten das Statut ratifiziert und sind damit Vertragsstaaten des Statuts geworden. Es ist unabdingbar, dass alle Staaten, soweit noch nicht geschehen, sich die Sache der internationalen Strafgerichtsbarkeit zu eigen machen, indem sie das Statut so bald wie möglich unterzeichnen, ratifizieren und anwenden.

Die Internationalen Strafgerichtshöfe

Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

164. Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien kam im vergangenen Jahr dem Ziel des Abschlusses aller Gerichtsverfahren bis zum Jahr 2008 und der Erledigung aller Berufungsverfahren bis zum Jahr 2010 ein erhebliches Stück näher. Die Hinzuziehung von neun Ad-litem-Richtern ist für die Abschlusstrategie des Gerichtshofs von zentraler Bedeutung und ermöglicht die gleichzeitige Führung von sechs Hauptverfahren. Ein weiteres wichtiges Element der Strategie ist die Entscheidung des Gerichtshofs, in erster Linie die hochrangigsten politischen, militärischen und paramilitärischen Führer strafrechtlich zu verfolgen und vor Gericht zu stellen und die Fälle, in denen Personen der mittleren Hierarchieebenen angeklagt sind, an die einzelstaatlichen Gerichte, insbesondere die Gerichte in Bosnien und Herzegowina, zu überweisen. Im Juni 2002 legte der Gerichtshof dem Sicherheitsrat einen Bericht samt einer Beschreibung seines geplanten umfassenden Aktionsprogramms vor. Im Juli 2002 billigte der Rat dieses Programm, mit dessen Durchführung der Gerichtshof im Laufe der kommenden Monate beginnen wird.

165. Darüber hinaus hat der Gerichtshof im vergangenen Jahr mehrere Reformen durchgeführt, um die Wirksamkeit seiner Arbeit zu erhöhen und die Einleitung sowie den Abschluss der Verfahren zu beschleunigen. Dazu gehören Änderungen der Verfahrens- und Beweisordnung des Gerichtshofs, die die Richter in die Lage versetzt haben, die

Verfahren auf Grund der Erweiterung ihrer Befugnisse in der Haupt- und Vorverfahrensphase besser zu lenken und zu kontrollieren. Die Berufungskammer hat ihre Arbeitsmethoden und -verfahren verbessert, um ihr rasch wachsendes Arbeitsvolumen besser bewältigen zu können. Außerdem wurde die Berufungskammer um zwei Richter vom Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda erweitert, was ihre richterliche Kapazität verstärken und für eine größere Einheitlichkeit des Fallrechts der beiden Gerichtshöfe sorgen dürfte. Ferner wurden Schritte zur Schaffung einer Vereinigung für Verteidigungsanwälte unternommen, die vor dem Gerichtshof erscheinen, mit dem Ziel, eine bessere Kommunikation zwischen dem Gerichtshof und den Verteidigungsanwälten sicherzustellen, sie mit den Regeln, den Verfahren und dem Fallrecht des Gerichtshofs vertrauter zu machen und eine allgemeine Verbesserung der berufsethischen Normen zu bewirken.

166. Während des vergangenen Jahres hat die Zahl der Angeklagten, die sich entweder dem Gerichtshof gestellt haben oder inhaftiert und nach Den Haag überstellt wurden, erheblich zugenommen. Derzeit sind 42 Angeklagte im Haftgebäude des Gerichtshofs in Gewahrsam; neun weitere sind vorläufig auf freiem Fuß. 25 dieser Fälle befinden sich gegenwärtig im Stadium des Vorverfahrens, gegen elf Angeklagte läuft ein Hauptverfahren, zwölf haben Berufung eingelegt, und einer erwartet sein Urteil. Im vergangenen Jahr hat der Gerichtshof drei Verfahren gegen acht Angeklagte abgeschlossen und zwei Berufungsverfahren, die fünf Angeklagte auf Grund von Urteilen der Strafkammer angestrengt hatten, zu Ende geführt. Der Gerichtshof hat drei Verurteilte zur Verbüßung ihrer restlichen Freiheitsstrafe an Spanien und zwei an Österreich überstellt.

167. Im Februar 2002 wurde das Hauptverfahren gegen Slobodan Milošević, den ehemaligen Präsidenten Serbiens und der Bundesrepublik Jugoslawien, eröffnet, in dem der Angeklagte sich selbst verteidigt. Die Anklägerin soll die Darstellung des das Kosovo betreffenden Teils ihres Falles bis zur Sommerpause 2002 zum Abschluss bringen. Nach der Pause wird sie mit der Darstellung der anderen Teile ihres Falles beginnen, bei denen es um Anschuldigungen im Zusammenhang mit den Ereignissen in Bosnien und Herzegowina und Kroatien geht. Sie soll die Darstellung ihres Falles bis April 2003 abschließen. Die Tatsache, dass Radovan Karadžić und Ratko Mladić, die beide von dem Gerichtshof angeklagt wurden, bislang nicht verhaftet wurden, untergräbt weiter die Achtung vor der Herrschaft des Rechts. Es muss alles getan werden, um sicherzustellen, dass diese angeklagten Kriegsverbrecher ohne weitere Verzögerung vor Gericht gestellt werden.

168. Die Anklägerin hat viel Zeit darauf verwandt, die Regierungen dazu zu ermutigen, Verhaftungen durchzuführen und Hilfeersuchen ihres Büros

nachzukommen. Während die Zusammenarbeit mit Kroatien und der Föderation Bosnien und Herzegowina zufriedenstellend verlief, gibt die fehlende Kooperationsbereitschaft der Republika Srpska nach wie vor zu großer Sorge Anlass, da sie die Anklägerin ernsthaft an der Erfüllung ihres Mandats hindert. Dessen ungeachtet rechnet die Anklägerin damit, alle Ermittlungen bis Ende 2004 abzuschließen und bis dahin gegen etwa 100 weitere Personen Anklage zu erheben.

Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda

169. Im Dezember 2001 überstellte der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda sechs der von ihm vor Gericht gestellten und abgeurteilten Personen zur Verbüßung ihrer Freiheitsstrafe an Mali. Unter ihnen befand sich Jean Kambanda, Premierminister und Chef der Übergangsregierung Ruandas von April bis Juli 1994. Kambanda ist der erste von einem internationalen Gericht wegen Völkermordes verurteilte Regierungschef. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe.

170. Im Laufe des vergangenen Jahres wurden insgesamt sieben Angeklagte von einzelstaatlichen Behörden verhaftet und nach Arusha überstellt. In dem Bestreben, die Verhaftung und Überstellung weiterer Angeklagter zu erwirken, traf der Kanzler des Gerichtshofs im Februar 2002 mit den Präsidenten der Republik Kongo und der Demokratischen Republik Kongo zusammen, um sie dazu zu bewegen, gesuchte Personen, die mutmaßlich in diese beiden Staaten geflohen sind, festzunehmen und überstellen zu lassen. Beide Staatschefs sagten ihre Kooperation zu. Die Regierung der Demokratischen Republik Kongo hat den Gerichtshof gebeten, dort ein Feldbüro zu eröffnen, um die Bemühungen der Anklägerin um die Aufspürung verdächtigter und angeklagter Personen zu erleichtern.

171. Das gemeinsame Hauptverfahren gegen die hochrangigen Offiziere Théoneste Bagosora, Gratien Kabiligi, Aloys Ntabakuze und Anatole Nsengiyumva, die beschuldigt werden, bei der Planung des Völkermords in Ruanda eine wesentliche Rolle gespielt zu haben, begann am 2. April 2002. Derzeit laufen vor dem Gerichtshof acht Hauptverfahren gegen insgesamt 22 Angeklagte.

172. Der Gerichtshof hat eine Reihe institutioneller und rechtlicher Maßnahmen zur Verbesserung seiner Wirksamkeit ergriffen, mit dem Ziel, alle Verfahren bis 2008 in erster Instanz abzuschließen. Die Richter haben die Verfahrens- und Beweisordnung des Gerichtshofs geändert, damit er einige Fälle an einzelstaatliche Gerichte überweisen und sich so auf eine begrenzte Zahl wichtiger Fälle konzentrieren kann, die die hochrangigsten politischen, militärischen und paramilitärischen Führer betreffen. Im Juli

2001 und im Februar 2002 ersuchte der Präsident des Gerichtshofs den Sicherheitsrat schriftlich um die Schaffung einer Gruppe von Ad-litem-Richtern für den Gerichtshof, weitgehend analog zu derjenigen, die beim Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien bereits besteht, wodurch der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda sowohl die derzeit bei ihm anhängigen Fälle als auch die künftig anstehenden rascher erledigen könnte. Der Sicherheitsrat kam diesem Ersuchen im August 2002 nach (Resolution 1431 (2002)).

Sondergerichtshof für Sierra Leone

173. Ein wichtiger Entwicklungsschritt bei der Stärkung der Herrschaft des Rechts war die Schaffung des Sondergerichtshofs für Sierra Leone, der am 1. Juli 2002 seine Tätigkeit aufnahm. Der Sondergerichtshof ist ein "gemischter Gerichtshof", der durch ein Abkommen zwischen der Regierung Sierra Leones und den Vereinten Nationen geschaffen wurde und internationale und sierra-leonische Mechanismen, Bedienstete, Ermittler, Richter, Ankläger und Rechtsvorschriften in sich vereint. Dieser Gerichtshof wird Personen betreffen, die die Hauptverantwortung für schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in Sierra Leone und für Verbrechen nach sierra-leonischem Recht tragen. Bis Ende 2001 hatten die Staaten ausreichende Mittel zur Finanzierung der Schaffung und der Tätigkeit des Gerichtshofs bereitgestellt. Eine im Januar 2002 nach Freetown entsandte Planungsmission erörtere konkrete Maßnahmen zur Einrichtung des Gerichtshofs mit der Regierung Sierra Leones, und am 16. Januar 2002 unterzeichneten die Vereinten Nationen und die Regierung Sierra Leones das Abkommen zur Schaffung des Sondergerichtshofs.

174. Im Mai 2002 ernannte ich einen Amtierenden Kanzler und einen Ankläger für den Sondergerichtshof, und im Juli 2002 ernannten die Regierung Sierra Leones und ich die Richter für die Straf- und Berufungskammern. Ebenfalls im Mai 2002 behandelte und verabschiedete der Management-Ausschuss für den Sondergerichtshof die vorläufige Finanz- und Personalordnung des Gerichtshofs.

175. Der Sondergerichtshof wird die Rolle der sierra-leonischen Kommission für Wahrheit und Aussöhnung ergänzen und gemeinsam mit ihr die Rechenschaftspflicht, die Abschreckung und die nationale Aussöhnung fördern. Zudem wird der Sondergerichtshof Sierra Leone dabei behilflich sein, seine nationalen Rechtsinstitutionen wiederaufzubauen und wieder eine solide Grundlage für die Herrschaft des Rechts herzustellen.

Stärkung der Herrschaft des Rechts

176. Die Stärkung der Herrschaft des Rechts in den internationalen Beziehungen ist nach wie vor ein wichtiges

Anliegen für die Vereinten Nationen. In meinen früheren Berichten habe ich auf die Kampagne der Vereinten Nationen zur Förderung der Beteiligung der Staaten an völkerrechtlichen Verträgen hingewiesen. Zu diesem Zweck wurden im vergangenen Jahr zwei weitere erfolgreiche Vertragshandlungsinitiativen abgehalten, in deren Mittelpunkt multilaterale Verträge im Zusammenhang mit der Förderung der Rechte von Frauen und Kindern sowie Verträge zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus standen. 61 Staaten nahmen insgesamt 135 Vertragshandlungen vor (65 Unterzeichnungen sowie 70 Ratifikationen und Beitritte), die sich auf 23 Verträge im Zusammenhang mit der Förderung der Rechte von Frauen und Kindern bezogen. Im Hinblick auf die vier Übereinkommen zur Terrorismusprävention nahmen sogar noch mehr Staaten eine noch höhere Anzahl von Vertragshandlungen vor, darunter auch diejenigen, die am 10. April 2002 zum Inkrafttreten des Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus führten. Eine weitere derartige Veranstaltung fand während des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung statt und hatte zum Ziel, die Beteiligung an 25 Übereinkünften zu fördern, die die Bemühungen der Menschheit widerspiegeln, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und gleichzeitig die Erhaltung der Umwelt für künftige Generationen zu gewährleisten.

177. Trotz dieser Fortschritte beeinträchtigt fehlendes Fachwissen auf einzelstaatlicher Ebene die weltweite Stärkung der Herrschaft des Rechts. Der Grund dafür, dass viele Länder an dem durch die internationalen Übereinkünfte geschaffenen rechtlichen Rahmen nicht teilhaben können, liegt darin, dass sie nicht über das entsprechende Fachwissen verfügen, um Vertragshandlungen vorzunehmen oder innerstaatliche Rechtsvorschriften zur Umsetzung ihrer vertraglichen Verpflichtungen zu erlassen.

178. Die Vereinten Nationen haben mehrere Schritte unternommen, um dieses Problem anzugehen. Der Bereich Rechtsangelegenheiten hat ein Vertragshandbuch veröffentlicht und online verfügbar gemacht, das den Regierungen als praktische Anleitung zur Durchführung der Formalitäten im Zusammenhang mit der Registrierung, der Mitwirkung an und der Unterzeichnung von völkerrechtlichen Verträgen dient. Zu diesem Thema wurden im Oktober 2001 und im Mai 2002 am Amtssitz zwei Ausbildungsseminare für Ständige Vertretungen abgehalten.

179. Mehrere Bereiche, Hauptabteilungen, Fonds, Programme und Organisationen der Vereinten Nationen bieten den Regierungen Hilfe bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften an, die zur Umsetzung laufender oder künftiger vertraglicher Verpflichtungen erforderlich sind, und bilden Personen aus, deren Tätigkeit die Anwendung dieser Rechtsvorschriften umfasst. Beispielsweise stellt die

Unterabteilung Internationales Handelsrecht des Bereichs Rechtsangelegenheiten auf Ersuchen von Staaten, die bestimmte einheitliche Handelsgesetze oder -übereinkünfte umsetzen möchten, Berater zur Verfügung, um ihnen bei der Überprüfung der von ihren jeweiligen nationalen Behörden erstellten Gesetzentwürfe beziehungsweise bei der eigentlichen Ausarbeitung dieser Entwürfe behilflich zu sein. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen organisiert die Gewährung technischer Hilfe an Staaten, die innerstaatliche Rechtsvorschriften zur Regelung der Justizverwaltung, gerichtlicher Verfahren und des Zugangs zur Justiz ausarbeiten. Der Bereich Rechtsangelegenheiten und andere Stellen innerhalb des VN-Systems nutzen die Internetseite der Vereinten Nationen, um das Bewusstsein für diese Programme zu schärfen und den Zugang zu ihnen zu verbessern. Außerdem entwickeln sie derzeit ein System zur zentralen Koordinierung dieser Programme, um Erfassungslücken zu schließen und Doppelarbeit zu vermeiden.

Rechtsangelegenheiten

180. Für die Völkerrechtskommission war das vergangene Jahr, das erste ihres neuen Fünfjahreszeitraums, wieder ein produktives Jahr. Die Kommission nahm neue Themen in ihre Tagesordnung auf, machte Fortschritte bei der Arbeit an einer Reihe bestehender Themen und verabschiedete weitere Richtlinien über Vorbehalte zu Verträgen, namentlich verspätete Vorbehalte und Auslegungserklärungen. Außerdem behandelte die Kommission noch ausstehende Rechts- und Politikfragen im Zusammenhang mit einseitigen Akten von Staaten, dem diplomatischen Schutz und der internationalen Haftung für grenzüberschreitende Schäden.

181. Im Juni 2002 verabschiedete die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht ein Mustergesetz über die internationale Schlichtung in Handelssachen. Das Mustergesetz hat den Zweck, die Wirtschaftlichkeit und Effizienz im internationalen Handel zu fördern, indem der Einsatz von Schlichtungsverfahren nahe gelegt wird, und eine größere Berechenbarkeit beim Einsatz dieses Verfahrens der Streitbeilegung sicherzustellen. Darüber hinaus setzte die Kommission ihre Arbeiten auf dem Gebiet der Insolvenzen, der Sicherheitsinteressen, der elektronischen Vertragsabwicklung, des Transportrechts und der privat finanzierten Infrastrukturprojekte fort.

182. Im November 2001 organisierte der Bereich Rechtsangelegenheiten eine Vertragshandlungsinitiative im Zusammenhang mit den multilateralen Verträgen zur Verhütung und Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Insgesamt 79 Staaten nahmen rund 180 Vertragshandlungen vor, die sich auf die verschiedenen

Terrorismusübereinkünfte bezogen, deren Verwahrer ich bin. Der Sechste Ausschuss der Generalversammlung und der Ad-hoc-Ausschuss nach Resolution 51/210 der Generalversammlung vom 17. Dezember 1996 setzten die Arbeiten am Entwurf eines umfassenden Übereinkommens über den internationalen Terrorismus beziehungsweise am Entwurf eines Übereinkommens zur Bekämpfung von nuklearen terroristischen Handlungen fort.

183. Der Bereich Rechtsangelegenheiten beriet die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) auch weiterhin hinsichtlich der Ausübung ihrer Gesetzgebungs- und Exekutivbefugnisse innerhalb des Verfassungsrahmens und war der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen in Osttimor (UNTAET) dabei behilflich, ein breites Spektrum rechtlicher Fragen anzugehen, die beim Übergang Osttimors in die Unabhängigkeit auftraten. Er beriet und unterstützte die Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) im Hinblick auf ihre Beziehungen zu den auf Grund des Übereinkommens von Bonn geschaffenen Organen und half der Mission bei der Einsetzung der verschiedenen in dem Übereinkommen vorgesehenen Kommissionen. Ferner beriet und unterstützte der Bereich Rechtsangelegenheiten die übrigen Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen in rechtlichen Fragen und beteiligte sich an der Aushandlung mehrerer Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen beziehungsweise der Missionen, einschließlich an der Fertigstellung des Abkommens zwischen den Vereinten Nationen und Osttimor über die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Osttimor (UNMISSET). Darüber hinaus unterstützte der Bereich Rechtsangelegenheiten die Internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien beziehungsweise Ruanda bei der Ausarbeitung der Strategien zur Erfüllung ihres jeweiligen Mandats bis zum Ende dieses Jahrzehnts.

184. Der Bereich Rechtsangelegenheiten verteidigte die Organisation auch weiterhin in komplexen Schiedsverfahren und anderen Streitigkeiten mit Dritten und beriet die Organisation in vielen unterschiedlichen Fragen. Er erwirkte ferner die Einstellung der vor den malaysischen Zivilgerichten anhängigen Verfahren gegen Dato' Param Cumaraswamy getreu dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 29. Juli 1999, in dem die Immunität eines Sonderberichterstatters der Menschenrechtskommission von der Gerichtsbarkeit bestätigt wurde.

Kapitel V

Stärkung des Managements

Verwaltung und Management

185. Die Reformbemühungen sorgen durch die Straffung von Arbeitsabläufen, die Stärkung des Managements und die Verbesserung der Systeme zur personellen Besetzung auch weiterhin für die Transformation der Managementkultur der Vereinten Nationen. Fortschritte wurden insbesondere dabei erzielt, ein solides Finanzmanagement sicherzustellen, das Leistungsmanagement als Querschnittsaufgabe zu behandeln, die Reform des Personalmanagements zu konsolidieren und eine Plattform für gemeinsame Dienste zu schaffen. Die elektronische Vernetzung der Vereinten Nationen, eine Initiative zur Computerisierung manueller, auf Papierdokumente gestützter Abläufe, wird derzeit ausgeweitet und institutionalisiert, sodass den Bediensteten und den Mitgliedstaaten damit sowie durch die informationstechnologischen Fortschritte praktisch alle wichtigen Informationen in digitaler Form zur Verfügung stehen.

Reform des Personalwesens und des Leistungsmanagements

186. Die auf zehn Bausteinen beruhende Personalmanagement-Strategie wird weiter umgesetzt und umfasste die Einführung eines neuen Personalauswahlsystems, bei dem verstärkt Befugnisse auf die Hauptabteilungs- und Bereichsleiter delegiert werden. So können die Hauptabteilungs- und Bereichsleiter ihr Personal jetzt selbst auswählen, sobald die zentralen Überprüfungsgremien zu der Überzeugung gelangt sind, dass die Bewerber ordnungsgemäß bewertet und die entsprechenden Verfahrensregeln eingehalten wurden. Das neue System fasst außerdem die Bereiche Rekrutierung, Stellenbesetzung, Beförderung und Mobilität in dem elektronischen System "Galaxy" zusammen, einem weltweiten, internetgestützten Rekrutierungssystem, das den Rekrutierungsprozess automatisiert, vereinfacht und umgestaltet. Es wird weiterhin daran gearbeitet, die Laufbahnförderung auszuweiten, das planmäßige Versetzungsprogramm für junge Angehörige des Höheren Dienstes durchzuführen und die Personalplanung sowie das Personalhandbuch weiter zu verfeinern. In Bezug auf unser internes System der Arbeitsgerichtsbarkeit wird das Ende 2001 eingerichtete Amt der Ombudsperson das informelle Schlichtungsverfahren stärken und den Beirat ablösen, der Fälle von Diskriminierung und sonstige Beschwerden prüft. Zu den weiteren Initiativen im Rahmen des

Leistungsmanagements gehören die Entwicklung eines Berichtssystems für Schlüsseldaten, über das den Managern Informationen online zugeleitet werden, sowie die Anwendung des Leistungsbeurteilungssystems im gesamten Sekretariat.

187. Der nächste Schritt im Managementbereich wird darin bestehen, ein weltweites Managementnetz für die Vereinten Nationen einzurichten, dem eine umfassende Delegation von Befugnissen zugrunde liegt und das durch leistungsfähige Überwachungssysteme, Managementüberprüfungen und Beratungsmechanismen unterstützt wird. Mehr Finanzmittel werden benötigt, um die elektronische Vernetzung der Vereinten Nationen zu konsolidieren und die Informationstechnologie-Plattform auf eine sichere Grundlage zu stellen.

Nutzung moderner Technologien

188. Es wurde eine Informations- und Kommunikationsstrategie eingeführt, die den Zugang zu Informationen, Feldunterstützung, technischen Normen, Kapazitätsaufbau und elektronischer Verwaltung verbessern wird. Das Integrierte Management-Informationssystem ist in Betrieb und dient als zentrale elektronische Plattform für die Vereinten Nationen an allen Amtssitzdienstorten, für die Regionalkommissionen und für fünf Friedenssicherungsmissionen. Darüber hinaus steht jetzt auch das Elektronische Dokumentenarchiv als universelles Instrument für den Zugriff auf Dokumente zur Verfügung.

Sanierungsgesamtplan

189. Entsprechend dem Sanierungsgesamtplan wird der gesamte Amtssitzkomplex der Vereinten Nationen in New York einer umfassenden und kostenwirksamen Sanierung unterzogen. Die Generalversammlung hat um die Ausarbeitung eines vorläufigen umfassenden Gestaltungsplans und einer entsprechenden Kostenanalyse ersucht, die sie auf der siebenundfünfzigsten Tagung prüfen wird. Der Gestaltungsplan enthält eine Reihe von Empfehlungen in Bezug auf die Kernsanierung, wesentliche Verbesserungen, zusätzliche Sicherheitseinrichtungen, zusätzliche Eventualfallpläne für Gebäudesysteme und -ausstattung sowie die umweltverträgliche Renovierung, die allesamt darauf abzielen, den Amtssitzkomplex der Vereinten Nationen für das 21. Jahrhundert zu rüsten.

190. In Anbetracht der dafür erforderlichen beträchtlichen Finanzmittel könnte die Generalversammlung, wenn sie dies wünscht, die Ausarbeitung der vollständigen Gestaltungs- und Bauunterlagen genehmigen. Darüber hinaus wäre es wichtig, im Benehmen mit den Mitgliedstaaten so schnell wie möglich potenzielle Finanzierungsregelungen zu erarbeiten, damit diese der Generalversammlung vorgelegt und von ihr genehmigt werden können, sodass die erforderlichen Finanzmittel für einen Beginn der Sanierungsarbeiten im Oktober 2004 zur Verfügung stehen.

Finanzmanagement

191. Zu den zur Gewährleistung der Rechenschaftspflicht von Managern eingeleiteten Initiativen gehören die Einführung ergebnisorientierter Haushaltsverfahren, die Vereinfachung der Regeln für die Programmplanung, die Haushaltsverfahren, die Überwachung und die Evaluierung sowie die regelmäßige Berichterstattung an die Mitgliedstaaten über die aktuelle Finanzlage der Vereinten Nationen. Diese Initiativen dienten als Mittel zur Verbesserung des Inhalts und der formalen Gestaltung der Finanzberichte, sodass die Mitgliedstaaten stets voll über Trends und Schwierigkeiten informiert sind, denen sich die Vereinten Nationen im Hinblick auf ihre Finanz- und insbesondere ihre Liquiditätslage gegenübersehen.

192. Zu den ermutigenden Entwicklungen, die sich im letzten Jahr vollzogen haben, gehört die Verbesserung der Finanzlage der Vereinten Nationen. Bei allen drei Komponenten der Finanzierungsgrundlage der Vereinten Nationen – den Kassenbeständen, der Höhe der entrichteten Beiträge und den Verbindlichkeiten gegenüber Mitgliedstaaten – zeichnete sich das seit sechs Jahren beste Bild ab. Probleme bestehen jedoch nach wie vor im Zusammenhang mit zyklischen Schwankungen der Liquiditätslage, die insbesondere gegen Jahresende zu periodischen Liquiditätsdefiziten im ordentlichen Haushalt führen. Anleihen bei Friedenssicherungsmissionen dürfen nur mehr bei aktiven Missionen vorgenommen werden, was angesichts deren abnehmender Zahl dazu führt, dass diese Mittelquelle bald versiegen und das finanzielle Sicherheitsnetz der Vereinten Nationen somit praktisch verloren gehen wird.

Rechenschaftspflicht und Aufsicht

193. Das Amt für interne Aufsichtsdienste arbeitet in Partnerschaft mit den Managern auf allen Ebenen daran, überall bei den Vereinten Nationen Rechenschaftspflicht und beste Verfahrensweisen im Management durchzusetzen.

Überwachung, Evaluierung und Beratung

194. Das Amt tritt unter Nutzung neu eingeführter Arbeitsmethoden weiter für die Förderung einer ethischen

Denkhaltung in den Vereinten Nationen ein, um Betrug und Machtmissbrauch zu bekämpfen. Die Zusammenfassung verschiedener Aufsichtsfunktionen in der neu geschaffenen Abteilung Überwachung, Evaluierung und Managementberatung hat die funktionsübergreifende Teamarbeit in diesen Bereichen belebt. Die neu geschaffene Präsenz des Amtes im Büro der Vereinten Nationen in Genf wird reaktivere und koordiniertere Prüfungs- und Disziplinaruntersuchungsdienste erbringen und den Programmen dabei behilflich sein, ihre Selbstevaluierungskapazität nach Bedarf zu stärken.

195. Drei im Laufe des vergangenen Jahres durchgeführte Großinspektionen waren auf die Wirksamkeit der internen Kontrollen und Überwachungssysteme gerichtet. Eine Inspektion der Hauptabteilung Abrüstungsfragen führte zu einer insgesamt positiven Bewertung ihrer Programmleitung und -verwaltung. Eine Inspektion der Programmleitungs- und Verwaltungspraktiken der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik zeichnete das Bild einer insgesamt gut geführten Organisation mit einer positiven Institutionskultur und Arbeitsmoral, wobei jedoch das Personalmanagement zu verbessern sowie die Verantwortlichkeiten und die Rechenschaftspflicht der Leiter zu überprüfen waren. Eine Inspektion der Verwaltungs- und Managementpraktiken des Büros der Vereinten Nationen in Nairobi führte zu dem Schluss, dass, wenngleich seine Rolle und sein Mandat klar definiert waren, die Notwendigkeit bestand, seine funktionellen Aufgaben und die Berichterstattungswege zu dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen, dem Zentrum der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen sowie ihren Leitungsgremien klarzustellen. Das Büro der Vereinten Nationen in Nairobi sah sich außerdem großen Schwierigkeiten bei der Gewinnung hochqualifizierten Personals des Höheren Dienstes sowie bei der Besetzung herausgehobener Leitungspositionen gegenüber.

196. Eine eingehende Evaluierung des Bereichs Rechtsangelegenheiten ergab, dass er seine Aufgaben im Allgemeinen wirksam wahrgenommen hat, dass jedoch eine starke zentrale Kapazität benötigt wird, um die einheitliche und kohärente Anwendung des Rechts innerhalb der Vereinten Nationen zu gewährleisten. Eine Evaluierung der der Hauptabteilung Angelegenheiten der Generalversammlung und Konferenzdienste zugeordneten Abteilung Angelegenheiten der Generalversammlung und des Wirtschafts- und Sozialrats führte zu dem Schluss, dass die Abteilung effiziente und wirksame technische Sekretariatsdienste geleistet hat. Die Beratungs- und Unterstützungsdienste für das Büro des Präsidenten der Generalversammlung und die Amtsträger der Hauptausschüsse waren jedoch zu verstärken. Das Amt beabsichtigt, die Hauptabteilungen in einer die Anwendung der ergebnisorientierten Haushaltsverfahren ergänzenden

Weise verstärkt bei der Steigerung ihrer Selbstevaluierungskapazitäten zu unterstützen.

Innenrevision

197. Bei der Innenrevision liegt der Schwerpunkt auch weiterhin auf risikoreichen Gebieten wie den Friedenssicherungseinsätzen und den humanitären Missionen sowie auf den Tätigkeiten des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen. Auf Grund solcher Faktoren wie der hohen Zahl von Bartransaktionen und des damit verbundenen Verlust- oder Diebstahlspotenzials für Ressourcen der Vereinten Nationen entsteht den Vereinten Nationen durch Feldmissionen ein erhöhtes Risiko, das durch verstärkte Prüfungstätigkeit ausgeglichen werden muss. Das Amt hat daher örtliche Rechnungsprüfer zu den größten Friedenssicherungsmissionen abgestellt, um vor Ort eine kontinuierliche Prüfung zu gewährleisten. In Zusammenarbeit mit einem großen Beratungsunternehmen führt das Amt als Teil der Bemühungen um die Verbesserung risikoorientierter Planungssysteme für die Rechnungsprüfung außerdem eine eingehende Risikobewertung der Mission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) durch.

198. Die hohen finanziellen Risiken, das breite Tätigkeitsspektrum und die bisher einmalige Höhe der eingesetzten Finanzmittel veranlassten die Abteilung Innenrevision darüber hinaus, ihre Prüfung des Büros für das Irak-Programm, der Entschädigungskommission der Vereinten Nationen und der Internationalen Strafgerichtshöfe für Ruanda beziehungsweise das ehemalige Jugoslawien auszudehnen. Die Prüfungen des Büros für das Irak-Programm und der Entschädigungskommission der Vereinten Nationen führten zu operativen Verbesserungen und erheblichen Kosteneinsparungen. Die Abteilung Innenrevision ist zur Zeit dabei, örtliche Rechnungsprüfer zu den Internationalen Strafgerichtshöfen für Ruanda beziehungsweise das ehemalige Jugoslawien abzustellen.

Disziplinaruntersuchungen

199. Die Abteilung Disziplinaruntersuchungen berichtet über Verstöße gegen die Regeln, Vorschriften und anwendbaren Verwaltungsrichtlinien, um die Rechenschaftspflicht seitens der Bediensteten zu erhöhen und die Ressourcen der Vereinten Nationen zu schützen. Im Laufe des vergangenen Jahres gingen bei der Abteilung über 500 neue Fälle ein, und sie erstellte über 40 Berichte an die Programmleiter. In einigen Fällen wurden Bedienstete entlastet, wenn das erlangte Beweismaterial die Anschuldigungen nicht erhärtete. Die Abteilung war auch mit einer Reihe von Fällen befasst, bei denen eine Überweisung an die einzelstaatlichen Strafverfolgungsbehörden erforderlich war.

200. Weitere große Disziplinaruntersuchungen umfassten eine zu der Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina (UNMIBH) entsandte Bewertungsmission, die feststellen sollte, ob die Internationale Polizeieinsatztruppe in die Verbringung von Frauen und jungen Mädchen in das Missionsgebiet zum Zweck der Prostitution verwickelt war, sowie eine Anschlussuntersuchung betreffend mögliche Abmachungen über Honorarteilung zwischen Verteidigern

und mittellosen Inhaftierten bei den Internationalen Strafgerichtshöfen für Ruanda beziehungsweise das ehemalige Jugoslawien. Eine dritte Disziplinaruntersuchung konzentrierte sich auf Anschuldigungen betreffend die sexuelle Ausbeutung von weiblichen Flüchtlingen durch Mitarbeiter von Hilfsorganisationen in den Flüchtlingslagern des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Westafrika. Eine weit verbreitete systematische Ausbeutung dieser Art konnte dabei bislang nicht nachgewiesen werden. Die gesammelten Informationen legen nahe, dass sich junge weibliche Flüchtlinge auf Grund extremer Armut prostituiert haben oder sexuelle Beziehungen mit Mitarbeitern von Hilfsorganisationen eingegangen sind.

Stärkung der Vereinten Nationen

201. Aufbauend auf den während meiner ersten Amtszeit bereits durchgeführten Maßnahmen habe ich zu Beginn meiner zweiten Amtszeit eine weitere Reformrunde eingeleitet. Die vor zwei Jahren verabschiedete Millenniums-Erklärung und die seitdem abgehaltenen großen Weltkonferenzen haben den allgemeinen Rahmen für unsere Tätigkeiten vorgegeben. Mit der Reform soll hauptsächlich sichergestellt werden, dass das Arbeitsprogramm der Vereinten Nationen mit den in der Erklärung vorgegebenen Prioritäten und Grundsätzen übereinstimmt. Ich beabsichtige außerdem, die Funktionen und Aufgaben der verschiedenen Gruppen und Bereiche klarzustellen, um Doppelarbeit zu beseitigen, eine Aufsplitterung zu vermeiden und die Wirkung unserer Tätigkeiten zu erhöhen. Darüber hinaus werde ich eine Vereinfachung der Geschäftsordnung und der Verfahren vorschlagen, um Schreibarbeit und Zeit zu sparen und die Effizienz und Transparenz zu erhöhen.

202. Ich hoffe, dass diese Reformen dem Sekretariat helfen werden, zielorientiert zu arbeiten, und uns außerdem in die Lage versetzen werden, der Generalversammlung, dem hauptsächlichen richtliniengebenden Organ der Vereinten Nationen, besser zu dienen. Einige Vorschläge liegen im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten, darunter insbesondere die Vereinfachung und Stärkung der Arbeit des zwischenstaatlichen Apparats. Der Erfolg anderer Reformen ist sehr stark davon abhängig, inwieweit es uns gelingt, im Gegensatz zur bisherigen Praxis stärker in die Weiterbildung unseres Personals und in die Informationstechnologie zu investieren. Ich bin zuversichtlich, dass das Reformpaket, wie in der Millenniums-Erklärung gefordert, zu einer erheblichen Stärkung der Vereinten Nationen und damit auch ihrer künftigen Glaubwürdigkeit und Relevanz für die Mitgliedstaaten, die Zivilgesellschaft und die Völker der Welt führen wird.

Kapitel VI

Partnerschaften

Kommunikation

203. Eine wirksame Kommunikationsstrategie erfordert ein dynamisches Netzwerk von Partnern und Verbündeten, die verstehen, was die Mitgliedstaaten von den Vereinten Nationen erwarten. Auf ihrer sechshundfünfzigsten Tagung ersuchte mich die Generalversammlung, eine umfassende Überprüfung des Managements und der Tätigkeit der Hauptabteilung Presse und Information durchzuführen, um herauszufinden, wie die Hauptabteilung ihre Aufgaben besser wahrnehmen kann. Im Laufe der vergangenen Monate hat die Hauptabteilung, unterstützt von international anerkannten Managementberatern, eine eingehende Selbstevaluierung durchgeführt. Das Ergebnis dieser Prüfung wird in dem Reformbericht Niederschlag finden, den ich der Generalversammlung in diesem Herbst vorzulegen beabsichtige.

204. Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 sorgte die Hauptabteilung für die sofortige Verbreitung der Reaktion der Vereinten Nationen und der Mitgliedstaaten und leitete eine systemweite Medienkampagne ein, um die Anstrengungen zur Bekämpfung des Terrorismus zu unterstützen. Zu den ergriffenen Initiativen gehörte die Einrichtung einer neuen Seite über den Terrorismus in allen sechs Amtssprachen auf der Internetseite der Vereinten Nationen. Während der Aussetzung der Führungen am Amtssitz der Vereinten Nationen konnten sich die Führer als Dolmetscher an den Hilfsmaßnahmen des Amerikanischen Roten Kreuzes beteiligen.

205. Anfang Oktober 2001 wurden mit Hilfe der Kampagne für eine bessere Welt in zehn Städten der Vereinigten Staaten Bürgerversammlungen durchgeführt, um die durch die Anschläge begründeten Herausforderungen zu untersuchen und die Solidarität mit dem amerikanischen Volk zu bekunden. Über Satellitenverbindung zu den Versammlungen konnte ich zu den Beteiligten sprechen und ihre Fragen beantworten, während meine leitenden Mitarbeiter sowie namhafte Staatenvertreter vor Ort an den Gesprächen teilnahmen.

206. Medienpartnerschaften sind weiterhin von entscheidender Bedeutung. Seit Anfang 2002 können Tausende von Journalisten in allen Weltregionen über den Pressedienst der Vereinten Nationen schnell und unmittelbar erreicht werden. Weltweit sind bereits über 4.000 Teilnehmer angeschlossen, darunter sowohl große Nachrichtenorganisationen als auch einzelne Journalisten,

die den Nachrichtendienst kostenfrei per E-Mail beziehen. Dieser Dienst richtet sich insbesondere an die Medien in kleineren Entwicklungsländern, die möglicherweise auf eine Berichterstattung aus erster Hand von dem Amtssitz und den Feldbüros entweder nicht zugreifen oder sie sich nicht leisten können.

207. In diesem Geist gewährte die Hauptabteilung auch Journalisten aus indigenen Gemeinschaften logistische Unterstützung, um ihnen die Teilnahme an der ersten Tagung des Ständigen Forums für indigene Fragen im Mai 2002 zu ermöglichen. Die Hauptabteilung organisiert auch weiterhin Informationsprogramme, um führenden Journalisten aus der ganzen Welt Gelegenheit zu Zusammenkünften mit Angehörigen der Gemeinschaft der Vereinten Nationen zu geben. Im Juli 2002 wurde in Kopenhagen ein Medientreffen über Palästina abgehalten, auf dem namhafte Persönlichkeiten und Journalisten aus dem Nahen Osten und anderen Regionen zusammenkamen. Die Informationszentren der Vereinten Nationen stehen mit den Journalisten in ihren jeweiligen Einsatzgebieten in täglichem Kontakt.

208. Das breite Interesse an den Vereinten Nationen lässt sich auch daran ersehen, dass mittlerweile aus 170 Ländern und Gebieten Zugriffe auf die Internetseite der Vereinten Nationen erfolgen und dass am 19. Oktober 2001 die jährlich registrierte Besucherzahl auf der Internetseite erstmals die Milliardengrenze überschritten hatte. Gleichzeitig hat die direkte Internetverknüpfung vieler Sitzungsdokumente in den sechs Amtssprachen mit dem neuen Elektronischen Dokumentenarchiv den Zugang zu dieser wichtigen Ressource der Vereinten Nationen drastisch erweitert. Die internen Kapazitäten für Live-Übertragungen über das Internet steigen weiter an; von der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung wurden über 60 Stunden Live-Übertragungen über das Internet angeboten, in die sich über 21.000 Nutzer einwählten. Durch den Verkauf elektronischer Datenbanken und der Online-Ausgabe von *Development Business* an zahlungskräftige Kunden erzielen die Vereinten Nationen auch weiterhin Einnahmen. Die in dem *Yearbook of the United Nations* (Jahrbuch der Vereinten Nationen) über einen Zeitraum von 50 Jahren dargestellte Geschichte der Vereinten Nationen ist auf CD-ROM erhältlich.

209. Im Laufe des Jahres wurde weiter daran gearbeitet, sicherzustellen, dass die Botschaften der Vereinten Nationen und ähnlich auch ihre Nachschlagewerke in so vielen

Sprachen wie möglich vorliegen. Die Internetseite der Vereinten Nationen ist in allen sechs Amtssprachen der Organisation vorhanden. Die Informationszentren der Vereinten Nationen führen nicht nur vielfältige publikumsorientierte Tätigkeiten in lokalen Sprachen durch, sondern unterhalten auch Internetseiten in 29 Sprachen. Radio Vereinte Nationen überträgt täglich Live-Programme in sechs Sprachen; wöchentliche Programme werden in neun weiteren Sprachen produziert. Führungen am Amtssitz werden in 20 Sprachen angeboten. Die Hauptabteilung ist innovative Partnerschaften mit externen Druckereien eingegangen, sodass der *UN Chronicle* mittels Vereinbarungen über die gemeinsame Veröffentlichung wieder in arabischer, chinesischer, russischer und spanischer Sprache erscheinen kann, und über ihren neu eingerichteten Dokumentardienst können die Printmedien überall auf der Welt ihre Beiträge in ihren jeweiligen Sprachen nachdrucken.

210. Es wurde eine systemweite Gruppe der Vereinten Nationen für Kommunikation gegründet, um ein strategisches Herangehen an die gemeinsamen Herausforderungen, denen sich die Organisation im Kommunikationsbereich gegenüberstellt, zu gewährleisten. Die Gruppe, die den Gemeinsamen Informationsausschuss der Vereinten Nationen ablöst, tritt wöchentlich am Amtssitz zusammen und hält zusätzlich jedes Jahr eine Übersichtstagung ab.

211. Während der Begehung des Welt-Aids-Tages arbeitete die Hauptabteilung erfolgreich mit anderen Bereichen und Organisationen zusammen. Eine ähnliche Zusammenarbeit bestand bei der Konzipierung und Durchführung der Kommunikationskampagnen im Zusammenhang mit wichtigen Weltkonferenzen, wie beispielsweise der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung, der Zweiten Weltversammlung über das Altern, der Sondertagung der Generalversammlung über Kinder, dem Welternährungsgipfel "Fünf Jahre danach" und dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung.

212. Die Hauptabteilung führte außerdem Informationskampagnen in Bezug auf die Unabhängigkeit Osttimors und die Rolle der internationalen Gemeinschaft beim Wiederaufbau Afghanistans durch. Sie war bei der Einrichtung von Radio Okapi behilflich, einem Radiosender, der von der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo in Zusammenarbeit mit der Stiftung "Fondation Hironnelle", einer nichtstaatlichen Organisation mit Sitz in der Schweiz, betrieben wird. Die Sektion Kartografie der Hauptabteilung leistete der Grenzkommision für Eritrea/Äthiopien wertvolle technische Hilfe, durch die im April 2002 die Festlegung des Verlaufs der internationalen Grenze

zwischen den beiden Ländern erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften

213. Die erfolgreiche Partnerschaft des Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften und der Stiftung der Vereinten Nationen besteht nunmehr bereits seit fünf Jahren. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit wurden bis zum 31. Dezember 2001 weltweit 423 Millionen Dollar für 222 Projekte in den folgenden vier Programmbereichen zugewiesen: Gesundheit von Kindern, Bevölkerung und Frauen, Umwelt sowie Frieden, Sicherheit und Menschenrechte. Darüber hinaus gingen bis Juli 2002 60 Millionen Dollar durch Projekte ein, die von dem Fonds und der Stiftung unterstützt wurden.

214. In Beantwortung meines Aktionsaufrufs zur Bekämpfung von HIV/Aids hat der Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften in Zusammenarbeit mit dem Gemeinsamen Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids und dem Weltweiten Unternehmerrat für Aids eine Tagung veranstaltet, auf der ich mit führenden Vertretern von elf Unternehmen und Stiftungen zusammentraf. Dadurch wurde nicht nur erhebliches Interesse an diesem Thema geweckt, sondern es gingen auch echte Zusagen ein, namentlich seitens Daimler-Chrysler, die umfassende Betreuung sowie die Kosten der medikamentösen Behandlung infizierter Arbeiter in Südafrika zu übernehmen. Der Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften führt außerdem ein Verzeichnis der Zusagen und Beiträge an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose. Bis zum 1. Juni 2002 sind aus dem Privatsektor nahezu 300 Beiträge mit einem Gesamtwert von etwa 470.000 Dollar eingegangen.

215. Eine weitere innovative Partnerschaft im Rahmen des Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften ist die von der Rockefeller-Stiftung geleitete Initiative zur Verhütung der Mutter-Kind-Übertragung, deren Schwerpunkt auf der Prävention von HIV/Aids in Verbindung mit der Behandlung liegt, um die Überlebenschancen infizierter Mütter und ihrer Säuglinge zu verbessern. Dieses mit 100 Millionen Dollar ausgestattete Programm wird unter anderem vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und der Elizabeth Glaser Pediatric Aids Foundation, einer Stiftung für aidskranke Kinder, durchgeführt. Bei dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit hat die Mailman School of Public Health der Columbia-Universität in New York die fachliche und operative Leitung übernommen, und ein Zusammenschluss von acht Stiftungen hat die finanzielle Trägerschaft.

216. Ich stelle mit Freude fest, dass nach den Erörterungen in der Generalversammlung über die Zusammenarbeit nunmehr ein Rahmen für die Zusammenarbeit mit Partnern unter den Unternehmen und Stiftungen im Kontext der Millenniums-Entwicklungsziele geschaffen werden kann. Die meisten Organisationen, Programme und Fonds der Vereinten Nationen haben inzwischen Privatsektor-Koordinierungsstellen benannt, um neue Partner zu ermitteln und die Beziehungen zu diesen zu stärken.

217. Der Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften berät das System der Vereinten Nationen außerdem in Bezug auf die Mittelbeschaffung, die Öffentlichkeitsarbeit und die Bildung von Partnerschaften zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Der Fonds hat Beziehungen zu Stiftungen hergestellt und Organisationen bei der Mittelbeschaffung zu Gunsten von Anliegen beraten, für die sich die Vereinten Nationen einsetzen.

Projektdienste

218. Im Jahr 2001 akquirierte das Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste (UNOPS) Neuaufträge im Wert von 603 Millionen Dollar und erbrachte Dienstleistungen im Wert von mehr als 504,7 Millionen Dollar für etwa 2.400 Projekte weltweit. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) war mit den von ihm oder über es finanzierten Projekten im Wert von 361 Millionen Dollar innerhalb des gesamten Projektportefeuilles für 2001 weiterhin der größte VN-interne Kunde. Darüber hinaus überwacht das UNOPS ein Darlehensportefeuille für den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung, das 2001 um 328 Millionen Dollar für neue Projekte wuchs.

219. Von den Organisationen der Vereinten Nationen, die die Dienstleistungen des UNOPS gewöhnlich nicht in Anspruch nehmen, gingen im Jahr 2001 Neuprojekte in Höhe von 242 Millionen Dollar ein, gegenüber 155 Millionen Dollar im Jahr 2000. In diesem Zuwachs sind 179 Millionen Dollar für neue Projekte des Sekretariats der Vereinten Nationen und 24 Millionen Dollar für entsprechende Projekte des Amtes des Hohen Kommissars für Menschenrechte enthalten.

220. Das UNOPS führt erstmalig ein großes, von der Afrikanischen Entwicklungsbank über eine mit dem UNDP geschlossene Vereinbarung über Managementdienste finanziertes Projekt durch: ein Kredit in Höhe von 9,8 Millionen Dollar an die Regierung Sierra Leones zur Unterstützung des Wiederaufbaus und der Modernisierung von Krankenhäusern und Ambulanzstationen. Im Jahr 2001 ersuchte der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) das UNOPS um operative und administrative Unterstützung bei der Einstellung von Beratern und der Abhaltung von Fachtagungen im Zusammenhang mit seinem

Umstrukturierungsprojekt, um die internen Störungen seines Betriebsablaufs während des 18-monatigen Umstrukturierungsprozesses möglichst gering zu halten.

221. Ein Beispiel für die Diversifizierung des Projektportefeuilles ist die vom UNOPS geleistete Unterstützung des Rechtsberaters bei der Einrichtung des Sondergerichtshofs für Sierra Leone. In Partnerschaft mit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen wird das UNOPS im Evenkischen Autonomen Kreis in Sibirien gemeinsam mit den Kommunen und einer der größten Erdölgesellschaften in der Russischen Föderation ein integriertes Entwicklungsprogramm durchführen. Der Schwerpunkt des Programms liegt auf dem Gebiet der Bildung, der Gesundheit, des Wohnraums und der Infrastruktur.

222. Die Fortentwicklung der Dienstleistungen wird durch ein großes Programm zur städtischen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung im nördlichen Irak illustriert. Das Büro für das Irak-Programm ersuchte das UNOPS darum, das Projekt mit einem Gesamtwert von 194,6 Millionen Dollar in enger Zusammenarbeit mit dem UNICEF durchzuführen. Das UNOPS wird gemeinsam mit dem Zentrum für internationale Verbrechenverhütung des Büros für Drogenkontrolle und Verbrechenverhütung auch ein Durchführungspartner bei Projekten in Kolumbien, Libanon, Nigeria, den Philippinen, Polen, Südafrika und der Tschechischen Republik sein. Durch ein 2001 gemeinsam mit dem UNOPS im Kosovo durchgeführtes Antiminenprogramm der Vereinten Nationen wurden alle bekanntermaßen von Landminen oder nicht zur Wirkung gelangten Kampfmitteln betroffenen Gebiete bis auf ein annehmbares Restniveau geräumt.

223. Im Anschluss an eine Überprüfung durch das Amt für interne Aufsichtsdienste, bei der festgestellt werden sollte, wie die Dienstleistungen des UNOPS auf breiterer Basis genutzt werden könnte, habe ich meine Unterstützung für die Fortsetzung der Tätigkeit des UNOPS als sich selbst finanzierende Stelle bekräftigt und alle Stellen innerhalb der Vereinten Nationen angehalten, die Dienste des UNOPS in Anspruch zu nehmen, sofern dies kostenwirksam ist. Um die Tätigkeit des UNOPS als eine sich selbst finanzierende Stelle zu stärken, habe ich Empfehlungen zu Verbesserungen auf einigen Gebieten abgegeben, die sich sowohl auf die Aufsicht über das UNOPS als auch auf seine Tätigkeit beziehen, namentlich die Erhöhung der Mitgliederzahl des Managementkoordinierungsausschusses und die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die die Arbeit des Ausschusses erleichtern und unterstützen soll. Diese Empfehlungen, die vom Verwaltungsrat des UNDP und dem UNFPA gebilligt wurden, sind umgesetzt worden und helfen dem UNOPS bei der Auseinandersetzung mit seinen Finanzproblemen.

Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft

224. Die Zusammenarbeit zwischen dem System der Vereinten Nationen und der Zivilgesellschaft hat sich auch im vergangenen Jahr weiterentwickelt, nicht zuletzt in Reaktion auf die heute bestehenden komplexen sozialen, wirtschaftlichen, sicherheits- und umweltbezogenen Herausforderungen. Die Vereinten Nationen setzen sich dafür ein, eine gemeinsame Grundlage für einen konstruktiven Dialog zwischen Regierungsvertretern und Vertretern der Zivilgesellschaft herzustellen und neue Rahmen für die Zusammenarbeit zu finden. Der Vorrang staatlicher Verpflichtungen und Maßnahmen bei der Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen ist nach wie vor von grundlegender Bedeutung. Partnerschaften über das gesamte Spektrum zivilgesellschaftlicher und staatlicher Instanzen hinweg sind jedoch ein wesentlicher Bestandteil der Anstrengungen zum Abbau der Armut, zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, zur Gewährleistung der Menschenrechte und zur Stärkung der globalen Sicherheit.

225. Die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs im Jahr 2002 war ein Meilenstein für die internationale Gemeinschaft und zeugt von dem Beitrag nichtstaatlicher Organisationen, die an jeder Phase des Prozesses mitgewirkt haben. Bei den Vorbereitungen für die Konferenz von Monterrey und bei den Vierparteien-Rundtischgesprächen über globale makroökonomische Fragen auf der Konferenz selbst kamen die Erkenntnisse und Erfahrungen der Zivilgesellschaft in Bezug auf grundlegende Fragen der Armut, der Investitionen und des Wirtschaftswachstums zum Tragen. In ähnlicher Weise war das Engagement der Zivilgesellschaft für die Vorbereitungen des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Die Entwicklung neuer Partnerschaftsformen, die Regierungen, nichtstaatliche Organisationen und den Privatsektor einbeziehen, ist ein wichtiges Merkmal des Gipfels und wird erheblichen Einfluss auf das Ergebnis und die Umsetzung der Agenda des Gipfels haben.

226. Die Vereinten Nationen haben sich kontinuierlich der Entwicklung der Bürgergesellschaft und ihrer zunehmenden Rolle in der internationalen Gemeinschaft angepasst. Die vielfältigen Interessen, Fachkenntnisse und Formen der zivilgesellschaftlichen Organisationen erfordern ein durchdachtes und flexibles Herangehen an die Beziehungen zwischen den Vereinten Nationen und der Zivilgesellschaft. Auf praktischer Ebene hat die Einrichtung von Anlaufstellen für die nichtstaatlichen Organisationen innerhalb des Sekretariats das Zusammenwirken mit diesen Organisationen und zwischen ihnen erleichtert. Die vom Sekretariat bereitgestellte verstärkte Unterstützung für zwischenstaatliche Organe, die unmittelbar mit nichtstaatlichen Organisationen befasst sind, hat das Zusammenwirken zwischen den nichtstaatlichen

Organisationen und den Mitgliedstaaten verstärkt. Gleichzeitig hat sich das Sekretariat darum bemüht, die Kommunikation zwischen den nichtstaatlichen Organisationen selbst zu erleichtern, indem es die Entwicklung von regionalen Netzwerken dieser Organisationen, insbesondere in den Entwicklungsländern, fördert.

227. Im Hinblick auf die Rolle und den Umfang der Mitwirkung nichtstaatlicher Organisationen an Sonderkonferenzen

der Vereinten Nationen hat sich eine umfassende Praxis entwickelt. Beschlüsse über diese Regelungen werden, unbeschadet der allgemeinen Grundsätze in der Resolution 1996/31 (Teil VII) des Wirtschafts- und Sozialrats, weiterhin zumeist fallweise getroffen. Es ist natürlich das Vorrecht der Mitgliedstaaten, die Bedingungen der Akkreditierung und Mitwirkung nichtstaatlicher Organisationen bei Konferenzen und sonstigen Beratungen der Vereinten Nationen festzulegen. Eine größere Kohärenz, Schlüssigkeit und Vorhersehbarkeit in diesem Bereich würde die Beziehungen zwischen den Vereinten Nationen und der Zivilgesellschaft insgesamt weiter stärken.

228. Partnerschaften mit dem Privatsektor sind ebenfalls von entscheidender Bedeutung. Der Globale Pakt hat mit Unternehmen auf der ganzen Welt zusammengearbeitet, um die unternehmerische Verantwortung in den Bereichen der Menschenrechte, der Arbeitsnormen und der Umwelt zu stärken. Gemeinsam mit den Partnern auf einzelstaatlicher Ebene und mit Unterstützung der Organisationen, Programme und Fonds der Vereinten Nationen wurde der Globale Pakt nunmehr in allen Weltregionen eingeführt. So arbeitete die Internationale Arbeitgeberorganisation in Asien zum Beispiel mit der Internationalen Arbeitsorganisation zusammen, um eine regionale Studie über die Durchführung des Paktes zu erstellen, auf einzelstaatlicher Ebene Management- und Interessenvertretungsgruppen einzurichten und die wirksamsten Konzepte zur Einbindung der Unternehmen in Asien in die Tätigkeiten im Rahmen des Paktes zu finden.

229. Der erste Zwischenbericht des Globalen Paktes wurde im Juli 2002 herausgegeben und hält die bisherigen Erfolge des Paktes fest. Insbesondere wurden im Zeitraum 2001-2002 im Rahmen des Paktes ein Beirat für den Globalen Pakt sowie Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich mit verschiedenen Fragen befassen, namentlich mit der nachhaltigen Entwicklung in den am wenigsten entwickelten Ländern, darüber hinaus wurde der Politikdialog über die Rolle der Unternehmen in Konfliktzonen fortgesetzt, ein zweiter Dialog über Privatwirtschaft und nachhaltige Entwicklung eingeleitet, das "Lernforum" als eine Datenbank von Fallstudien derjenigen Unternehmen eingerichtet, die die Grundsätze des Paktes in die Praxis umsetzen, Partnerschaftsprojekte zwischen Unternehmen und den Organisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen erleichtert und die einzelstaatliche Öffentlichkeitsarbeit durch Lobbyarbeit auf hoher Ebene und offizielle Einführungen des Paktes in den einzelnen Staaten konsolidiert.

Fazit

230. Dieser Jahresbericht gibt einen Überblick über die Anstrengungen, die die Vereinten Nationen unternehmen, um bei der Lösung dringender globaler Probleme zu helfen und die internationale Zusammenarbeit zu stärken. Ausführlichere Bewertungen bestimmter in diesem Bericht behandelter Fragen finden sich in meinen anderen Berichten an die beschlussfassenden Organe. Die Entwicklungen des letzten Jahres bestätigten die zunehmende Bedeutung der Ver-

einten Nationen in den internationalen Angelegenheiten. Eine Überprüfung der Arbeit der Vereinten Nationen zeigt jedoch auch, dass noch viel getan werden muss, um die Ziele der Charta und der Millenniums-Erklärung zu verwirklichen. Im kommenden Jahr sollten wir jede Gelegenheit ergreifen, um die Vereinten Nationen in unserem gemeinsamen Streben nach Verwirklichung eines dauerhaften Friedens und dauerhafter Gerechtigkeit zu nutzen.
